

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großhildt behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipz., Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Anzeigenpreis: Die 10. Geleit, Kolonelle 35 Pf., bei Vorauszahlung 40 Pf., Stellenangebote 10 Geleit, Kolonelle 25 Pf., Familienanzeigen von Privatpersonen 10 Geleit, Kolonelle mit 50% Nachlag. Reklamepreise 2 Mk., Inserate v. ausw.: die 10 Geleit, Kolonelle 40 Pf., bei Vorauszahlung 50 Pf., Reklamepreise 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Verleger, unsere Zweigabteilungen und alle Postanstalten entgegen

Und dann die Demokraten Oberbürgermeister Böß und Stadtverordneter Rosenthal

Ratschläge an Allstein und Wosse

- Die DDP verweist: Korruption und Claquewesen jeglicher Art . . .
- Die DDP verschmäht: Verbreitung kommunaler Greuelmärchen von anderen Gegenden Gruppen und Personen . . .

Wir entnehmen diese Sätze einem gelben Wahlplakat, das die Demokraten an die Anschlagtafeln Leipzigs kleben ließen. Wenn man's so hört, mag's leidlich scheinen. Der Schreiber des Plakats dürfte mit den Verhältnissen in der Berliner Asphalt- und Asphaltindustrie recht enge Beziehungen haben, denn die Presse der Wosse und Allstein hat den zweiten Grundsatz geradezu schonungslos durchgeführt. Sie verschmähte die Verbreitung kommunaler Greuelmärchen von anderen Gegenden Gruppen und Personen", denn ausgesprochen die Presse der Demokraten stand Seite an Seite mit den wüsten Hehern der Hugenberg-Feinmüllfabriken, um den Berliner Oberbürgermeister, Herrn Dr. Böß, zur Strecke zu bringen. Herr Böß ist Demokrat, obwohl er jetzt von den Bürgerlichen aller Schattierungen schändlich den Sozialdemokraten an die Rodhöhe gehängt worden ist. Herr Böß gehört zur Partei der Allstein und Wosse. Die Goldschreiber beider Verlage haben demzufolge in geradezu wahrer Verzückung den Grundsatz durchgeführt, den die Demokraten Leipzigs an allen Ecken plakatierten.

Um eine Sensation, die irgendein Langochtiger in irgendeinem der Regierungscouloirs aufzuspüren vermag, verkauft die Demopresse in Berlin die Republik, die Große Koalition . . . Sie fragt nicht danach, ob eine solche Notiz den größten Schaden stiften kann. Geschäft ist ihr alles. Die Wosse mit Herrn Georg Bernhard, dessen Rechte nicht weiß, was seine Hintermänner mit der Linken tun, an der Spitze. Die Wosse, das Nach- und das Sensationsblatt und das Sensationsblatt Tempo wetteifern mit den Hugenbergen von der Nachtausgabe und vom Pafal- anzeiger um die Palme des Siegs. Und die eigene Presse des Berliner Oberbürgermeisters, das Tempo, in stärkstem Tempo immer vornean, hat den Gewaltigen vom Roten Rathaus recht eigentlich zur Strecke gebracht. Darum entspricht der Satz auf dem Wahlplakat der Leipziger Demokraten durchaus der Wahrheit. Und wenn es das Haupt der Demokraten ist, Sensation ist alles, auch wenn die geheiligte Partei zugrunde geht.

Dabei sei nichts zugunsten des Berliner Oberbürgermeisters gesagt. Er bezieht ein Gehalt, das das des Reichs- langlers weit übersteigt. Das Oberhaupt der Stadt Berlin hat von den Sklarets einen Pelt bezogen und die Presse seiner Partei war gütig genug, die Beziehungen zwischen Sklarek und Böß weitgehend aufzuklären. Dabei ist restlose Klarheit noch immer nicht gewonnen worden. Die Aussagen des Berliner Oberbürgermeisters stehen im Gegensatz zu den Angaben, die seine Frau macht. Auf Grund der Aussage des Herrn Böß haben die Gebrüder Sklarek der Frau Oberbürgermeister die Pelzjacke „aufgedrängt“, während nach der Version seiner Gemahlin die Sklarets nur auf die Lasten verweisen hätten, daß sie „besonders gute Verbindungen mit Pelzhändlern“ aufgenommen hätten. Als dann Frau Böß in der kühlen Talschlucht von Gastein bedenklich vor „erinnerte sie sich“ der „guten Verbindungen mit Pelzhändlern“, die die Sklarets hatten. Sie bestellte einen Pelz, wurde ordnungsgemäß abgeliefert. Der Oberbürgermeister bezahlte auch einen Teilbetrag. Einen weiteren Teil opferte er zu Wohlthatigkeitszwecken. Nur weiß heute, trotz der Geschwichtigkeit der Demopresse, noch niemand positiv anzugeben, wo Dr. Böß den Wohlthäter nimmt. Von Amerika zurückgekehrt, hat er unverzüglich die Pelzjacke an den Konturs- walter der Sklarets zurückgegeben. Schade, daß er sich nicht vor der Abreise in die seligen Kinogebilde von Hollywood zu dieser Handlung zu entschließen vermochte. Die Presse seiner eigenen Partei wäre damit freilich um eine ihrer Sensationen gekommen. Allstein und Wosse hätten einige Groschen weniger verdient. Aber die Leipziger Demokraten hätten dann ihr Wahlplakat anders fassen müssen. Wie denn aber sei, Herr Böß bleibe der Repräsentant des naserümpfenden Bürgertums.

Eine besondere Perle der Berliner Demokraten ist der Stadtverordnete Rosenthal, der mit dem Bezirksbürgermeister Schneider in engsten Beziehungen stand. Darüber berichteten vor einiger Zeit die Zeit-Notizen wie folgt:

An der Straßauer Straße liegt ein Grundstück, das zu einem notwendigen Straßendurchbruch von der Stadt gebraucht wird. Dieses kaufte der Stadtverordnete Herr Rosenthal, der davon wußte, und bot es der Firma T. L. an, die auf ihm ein Verwaltungsgebäude errichten wollte. Da dieses dem Durchgang gesperrt hätte, mußte sich die Stadt zu einem Angebot städtischen Geländes in der Straßauerstraße an T. L. bequemen. Dieses war aber zu dessen

Zweck zu klein; „der Zufall“ brachte es mit sich, daß die Nachbar- grundstücke wiederum dem Herrn Rosenthal gehörten, der sie unmittelbar vorher gekauft hatte, von dem also T. L. wieder kaufen sollte. Herr Bürgermeister Schneider schlug vor, der Firma als Entschädigung für den Tausch des ihr von Herrn Rosenthal angekauften Grundstücks außerdem drei Millionen Mark dar aus der Stadtkasse zu zahlen. Das von Rosenthal und Schneider, die den Straßendurchbruchplan der Stadt durch ihre Amtsführung

kannten, eingefädelt Geschäft sollte also dazu dienen, aus städtischen Geldern einen privaten Nutzen zu ziehen.“

Die Freistellungen, die inzwischen gemacht worden sind, an denen sich aber die Demopresse weniger beteiligt hat, haben diese Angaben im wesentlichen bestätigt. Woraus sich ergibt, daß der Vorfall der Demopresse, daß der Kampf gegen „Korruption und Claquewesen jeglicher Art“ durchaus gerechtfertigt ist. Nur ist die Demokratische Partei für derartige Kämpfe besonders ungeeignet, da die Demokraten die unerschrockenen Kämpfer für Behauptung der kapitalistischen Wirtschaft sind. Sie lehnen jedweden gemeinwirtschaftlichen Gedanken ab. Die Demokraten feiern den Individualismus im Wirtschaftsleben. Die ungehemmten Reicherungsinstinkte privater Kapitalisten aber fördern die Korruption mit Treib- haushalte.

Alles kommt zur Sozialdemokratie Der Kölner Spikendoktor der KPD-Liste übergetreten

Köln, 15. November.
Der Sekretär der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion in Köln, Sender, hat seinen Austritt aus der kommunistischen Partei erklärt und ist zur Sozialdemokratie übergetreten. Er war von der kommunistischen Partei bereits auf die neue Kandidaten- liste zur Stadtverordnetenwahl übernommen worden, hatte aber seine Unterschrift zurückgezogen. Sender ist der zweite kommunistische Stadtverordnete, der innerhalb kurzer Zeit zur Sozialdemokratie übergetreten ist.

Herr Willi Leow schweigt

Am Abend nach geschlagener „Schlacht“

Ein rotes Gekt-Treffen.



„Läßt uns ruhig noch eine trinken, die dummen Proleten müssen ja doch alles bezahlen.“

Herr Leow, der Rotfront-General, schweigt beharrlich. Dafür schlupft die Sächsische Arbeiter-Zeitung um so mehr. Das Schweigen und das Schimpfen bestätigen nur, daß die von uns und von dem Genossen Böh herausgeschälten Korruptionsfälle in den führenden Kreisen des ZK. und des Rotfrontkämpferbundes nicht zu bestreiten sind. Um Bullen Willi von den An- schuldigungen zu reinigen, die u. a. der Bruder Ruth Fischers, Friedländer alias Gerharts, und Hunderte anderer verbreitet hatten, wurde vor einiger Zeit ein Schiedsgericht eingesetzt. Das Schiedsgericht hat natürlich Leow freigesprochen, weil mit Leow das ganze ZK. ins Verderben gerissen worden wäre.

Während das Verfahren im Gange war, wurden allerlei Beschuldigungen ausgestreut. Die Antwort auf eine der von Leow zu seiner Entlastung angeführten Gegenbeschuldigung war unter anderem der nachfolgende Brief des früheren Reichstagsmitgliedes der KPD, Max Schüy. Max Schüy war damals Angehöriger des ZK. Die Andeutungen, die er im vorletzten Absatz seines Briefes machte, beziehen sich auf das Schreiben, das wir vor wenigen Tagen veröffentlicht haben.

Die Rote Fahne hat die Echtheit des vorliegenden Schreibens nicht bestritten. Sie erklärte nur, daß Gerharts diesen Brief dem Vorwärts gegen silberne Schillinge veräußert habe.

Berlin, den 22. April 1929.
Herrn Willi Leow, Mitglied des Reichstags,
Berlin NW 7, Reichstag.

Ich bin heute davon unterrichtet worden, daß Sie vor einigen Tagen einen Brief geschrieben haben, in dem auch ich, im Falle Ger-

harts genannt wurde. Sie belieben darin Andeutungen zu gebrauchen, auf die ich weiter nicht eingehen will. Sie teilen in diesem Brief auch mit, daß es schon allerhand sei, wenn ein Stroch sich auf den sogenannten „Schüy“ beruft.

Ich habe bisher im Interesse der kommunistischen Partei und des Rotfrontkämpfer-Bundes zu allen Vorkommnissen geschwiegen. Dies wird aber unmöglich, wenn ein Mensch wie Sie, der leider noch eine führende Rolle in der kommunistischen Bewegung spielt, sich anmaßt, über Personen ein Urteil zu fällen, um seine eigene lumpenproletarische Anwandlung in der Öffentlichkeit zu verbergen.

Sie haben sich veranlaßt gefühlt, gegen einen Ihrer Partei- genossen ein Schiedsgericht einzuberufen, weil er Dinge zur Sprache gebracht hat, die Sie betreffen. Ich möchte hierbei erwähnen, daß ich diesen Ihrem Genossen die Tatsachen nicht unterbreitet habe, Sie wohl aber alle tenne.

Sie haben nicht nur in einem Cafe am Alexanderplatz eine Zecher gemacht, die Sie mit Ihrem eigenen Gelde nicht bestreiten konnten, sondern haben Sie immer auf großen Ruhe gelebt und dazu immer die Mittel aus den Jähren zur Verfügung stehenden Kassen genommen. Würde die Parteileitung eine ordnungsmäßige Revision der Kasse vornehmen, so würde man sicher bald darauf stehen, wieviele Tausende von Mark einen unbekanntem Weg ge- gangen sind. Darf ich Sie vielleicht auch daran erinnern, daß Sie Gelder, die Sie für die Leitung des Rotfrontkämpfer-Bundes be- kommen haben, für sich verwendet haben?

Darf ich Sie weiter daran erinnern, daß Sie bei einem roten Treffen in Dortmund abends dieses rote Treffen mit Wein und Sekt gefeiert haben? Veranlassung dazu gab Ihre Freundin, die sich nicht scheute, im Beisein von Partei- genossen (Kellner des betr. Lokals) zu erklären: „Läßt uns ruhig noch eine trinken, die dummen Proleten müssen ja doch alles bezahlen.“

Sie haben gegen diese Rede keine Stellung genommen, sondern haben dem Verlangen Ihrer Freundin stattgegeben. Dies beweist schon genug, welche Meinung Sie von den Interessen der Proleten haben.

Vielleicht mag es Sie noch interessieren, daß sich in meinen Händen noch eine Aufstellung befindet über Gelder, die Sie, als Sie noch ganz, ganz klein waren, an die Führungskräfte der Rotaktion auszahlen mußten. Die Liste kommt ich später, als ich Mitglied der Zentrale war, mit Ihrer Aufstellung vergleichen und konnte fest- stellen, daß Sie sich bei der Auszahlung immer wesentlich zu Ihren Gunsten geirrt hatten. So fing der kleine Leow an. Indirekt waren damals verschiedene Flüchtlinge gezwungen, da die Gelder ausblieben, im Bergbau zu arbeiten. Wätschlich war damals die Unterbringung verschiedener Flüchtlinge bei der Zecher, Moni Genus in Sodingen.

In diese Zeit fiel gerade das große Grubenunglück, wobei verschiedene verlorbte Parteigenossen ihr Leben einbühten. Ob Sie zu retten gewesen wären, wenn Sie Geld zur Ver- fügung gestellt hätten?

Diese kleine Auslese mag heute genügen. Sie brauchen sich mit mir in einen Schriftwechsel nicht einzulassen und betrachte ich mit diesem Brief die Angelegenheit vorläufig als erledigt.

Max Schüy

Beamte und Kommunalwahlen

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die deutsche Beamtenschaft auch an dem Ausgang der Kommunalwahlen lebhaft interessiert ist. Wichtige Beamtenfragen werden nicht nur in den Landesparlamenten und im Reichstag entschieden, auch die Kommune besitzt in ihrer Verwaltung weite Gebiete, denen die Beamten nicht nur ihre Aufmerksamkeit, sondern auch ihr praktisches Interesse widmen müssen. Es ist deshalb eine Selbstverständlichkeit, daß auch der Beamte bei den Kommunalwahlen seine Stimme in die Waagschale legt. Wahlenthaltung wäre gleichbedeutend mit der Begehung seiner wichtigsten Rechte.

Bei den Kommunalwahlen geht es um einen wesentlichen Teil des Verwaltungsapparates des Staates, dem die Beamten dienen sollen. Verglichen mit den letzten Kommunalwahlen, hat die Erregung in der Beamtenschaft nicht ab-, sondern zugenommen. Die Beamtenschaft ist die Schicht im staatlichen Organismus, die der Abstimmung der öffentlichen Meinung am meisten ausgesetzt ist. So, wie die Arbeiterbewegung um die soziale Ausgestaltung ihres Tarifrechts, ihrer sonstigen wirtschaftlichen Lebensbedingungen schwer zu kämpfen hat, so geht der Kampf der Beamtenschaft im gegenwärtigen Stadium besonders um die Erhaltung ihrer verfassungspolitisch zugesicherten Rechte.

Wenn die Beamtenschaft in der Sorge lebt, daß dem Verwehrtwerden die rechtlichen Grundlagen entzogen werden könnten, so ist diese Sorge durchaus berechtigt und nicht mit einer leichten Handbewegung abzutun. Die Gefahr wird so lange nicht überwunden sein, als es nicht gelingt, endlich ein einheitliches Beamtentum zu schaffen. Die Ministerarbeit, die seit Jahren offen und verdeckt gegen das Berufsbeamtentum betrieben wird und aus den Landen der industriellen Verbände und Handelsorganisationen gespeist wird, sorgt dafür, daß die endgültige Regelung des Beamtentums immer wieder hinausgeschoben wird.

Wenn auch die Rechtsverhältnisse des Beamtentums in den Kommunen nicht geregelt werden können, so drohen den Beamten doch gerade von der Gemeindepolitik die größten Gefahren. Die Finanznot, in der sich heute die verschuldeten deutschen Gemeinden befinden, ist das Signal für jene Kreise, die dem Beamtentum nicht hold gesinnt sind, die nichts Heileres sehen, als es zum „Prügelknaben“ ihrer Interessen zu machen. Die Steuerpolitik, die die bürgerlichen Parteien nicht nur im Reich und in den Ländern, sondern auch in den Gemeinden betreiben, wird die Beamtenschaft eines Tages vor ein schicksalhaftes Entweder-Oder stellen. Schon heute denken sich die Tendenzen an. Der Entwurf der Reichs-Städteordnung, der vom Deutschen Städtetag aufgestellt worden ist, will nichts mehr und nichts weniger, als den Gemeinden freie Hand lassen in der Besoldung ihrer Beamten. Wenn also die Finanzbedürfnisse in den Gemeinden nicht mehr reicht, wird man zu dem von den Wirtschaftskreisen schon längst gepredigten und verlangten Gehaltskürzungen übergehen, man wird einem neuen Beamtentum auf die Wege gehen und schließlich durch Entkommunalisierung der Betriebe das Berufsbeamtentum weiter und weiter zurückdrängen. Die Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien ist angelegt auf einen weiteren, ja völligen Abbau der Grund- und Gewerbesteuern, abgesehen, wie die bedeutungsvolle Schrift des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Kimpel über „Kommunen und Gemeinden in Sachsen“ überzeugend nachweist, die besondere Finanznot der sächsischen Gemeinden auf die niedrigen Gewerbe- und Grundsteuern in Sachsen zurückzuführen ist. Vergewagt man sich, daß das kommunalsteuerverfahren der bürgerlichen Parteien anstrebt, die reicheinkommenerfreien Einkommen bis zu 1200 M. in den Gemeinden zu besteuern oder sozial ungerecht, nicht dem Einkommen nach abgestufte Gemeindefeste zu erheben oder, wie es schon in bürgerlich regierten Gemeinden geschehen ist, Zuschläge zu den Wertzinssteuern zu erheben, um den Finanzbedarf der Gemeinde zu decken, so kann man ermaßen, wie eine solche Entwicklung der kommunalen Finanzpolitik allen Behnftigkeiten gegen die Beamtenschaft, die als die „faulen Nuhnleier“ der öffentlichen Verwaltung hingestellt werden, die Ventile öffnen, wie sie eine Atmosphäre schaffen muß, die einer neuen, in ihrem Ausmaß nicht vorauszu sehenden Beamtenschaft, wie sie schon einmal von der Deutschen Bergwerkszeitung eingeleitet und vom Chorus der deutschen bürgerlichen Zeitungen willfährig mitgemacht worden ist, Tür und Tor öffnet.

Diese Perspektiven sollte die Beamtenschaft voraussehen. Die nächste Zukunft wird die Beamtenschaft dazu zwingen, nicht allein ihre ideellen Rechte aufzuerheben zu verteidigen, sondern einen harten Kampf um die Existenz zu führen. In den Gemeinden wird aus den dargestellten Gründen der Kampf zuerst entzünden. Am notwendigsten ist es, daß die Beamten ihre Stützkräfte in den bürgerlichen Parteien entfalten, daß sie sich bei den kommenden Kommunalwahlen für die Partei entscheiden, der sie ihrer ganzen Klassenlage nach auf Geduld und Verdrerb angehören. Ist einmal die materielle, wirtschaftliche Grundlage der Beamten unterhöht, so wird es dann auch im Sturmschritt mit dem Abbau der ideellen Rechte vorwärtsgehen.

Die bürgerlichen Parteien malen in der gefährlichsten Weise den Ruin der Rathäuser an die Wand, wenn Arbeitermehrheiten in den Gemeindeparlamenten dominieren. Die Beamten wissen es besser. Sie haben hinreichend Gelegenheit gehabt, mit politisch führenden sozialdemokratischen Beamten in den Gemeinden zu arbeiten und die gegenseitigen Erfahrungen zu sammeln. Die Beamten erkennen bereits, daß dort, wo Sozialdemokraten die Verwaltung führen, nicht das bürgerlich liberale Prinzip des „Bereichert euch“ maßgebend ist, sondern der Dienst an der Gesamtheit. Der Beamte, wenn er nicht noch völlig in der Sphäre des Obrigkeitsstaates lebt, fühlt mit innerer Freude die ganz andere, frischere Luft, die in die Rathäuser gekommen ist, seitdem das wertvolle Volk der Angestellten und Arbeiter und der Beamten selbst mitbestimmt. Der Beamte als Diener der Gesamtheit, als Volkssdiener, empfindet es wohlthuend, daß an der Spitze der Verwaltung ihm Gleichgesinnte stehen. Das erleichtert ihm die Arbeit und erfüllt seine Berufspflicht mit einem hohen ethischen Inhalt, der eine wertvollere Eigenschaft ist als der ehemalige blinde Kadavergehorsam. Diese ideellen Ausstrahlungen des Willens der Arbeiterbewegung in den Gemeinden wird dem Beamten die schwere Aufgabe erleichtern, Träger des Willens des Volkes zu sein, und nicht mehr selbst als „gehähter Nichtstuer“ außerhalb des Volkes zu stehen, sondern eng mit ihm verbunden zu sein. Wer von den Beamten diese Entwicklung in den Gemeinden fördern will, weiß, welcher Partei er am 17. November seine Stimme zu geben hat.

Eine „feine Nummer“ der Volkspartei

Reichstagsabgeordneter Hugo „saniert“ die Görde Werke — Wenn in kommunalen Betrieben so gewirtschaftet würde

Theorie und Praxis eines Wirtschaftsführers

Herr Dr. Hugo, der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete und der Syndikus der Schwerindustriellen Industrie- und Handelskammer aus Bochum, jener Dr. Hugo, der als Vorsitzender des Industrie- und Handelsausschusses der Deutschen Volkspartei vor kurzem in Bremen nach der Verringerung der öffentlichen Ausgaben um jeden Preis, nach Abbau der Steuern, nach Schonung des Produktionskapitals und Begrenzung der sozialen Aufwendungen rief, ist so nebenbei Aufsichtsratsvorsitzender der Görde Werke in Bielefeld, eines Betriebes, der nicht nur technisch gut ausgestattet ist, sondern der auch ein Fahrrad von Weltberühmtheit herstellt. Die Görde Werke sind in Konturs geraten, und dort hat Herr Dr. Hugo ein Musterbeispiel privatkapitalistischer Wirtschaft geleistet, hier hat Herr Dr. Hugo gezeigt, wie man Steuern abbauen, das Produktionskapital schonen, die sozialen Aufwendungen begrenzen kann.

Der Steuerabbau

Die Görde Werke haben in den Jahren 1924/27 203 000 Mark an Steuern überbezahlt. Wie das kam? Nicht aus Liebe zum Fiskus, sondern weil man die Bilanzen rosig frisiert hatte, die Bilanzen, nach denen nicht nur die Kreditwürdigkeit des Werkes, sondern nach denen auch die Höhe der Dividenden und Tantiemen der Görde Werke (Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Hugo) bestimmt wurde. So sind Hunderttausende von Mark an Dividenden und Tantiemen unbeschleunigt bezahlt worden. Das kam auch daher, daß der bis zum März d. J. amtierende Generaldirektor — unter dem Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Hugo — alle möglichen Vorzinsen hatte, nur keine Ahnung von kaufmännischer Betriebsführung, und infolgedessen bei seinem Ausscheiden trotz aller dafür ausgeworfenen Tantiemen und Dividenden noch 130 000 Mark Schulden hinterließ.

Die Schonung des Produktionskapitals

Die in Konturs geratenen Görde Werke (Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Hugo) waren erst im März d. J. saniert worden. Das Aktienkapital wurde im Verhältnis 1:2 zusammengelegt und im übrigen von 1,05 Millionen Mark auf 2,5 Millionen Mark erhöht. Von diesen 1,5 Millionen Mark Kapitalerhöhung sahen die Görde Werke selbst keinen Pfennig in ihrer Kasse. Sie verschwand reiflos in den Kreolen der Großbanken, trotzdem Herr Dr. Hugo die Kapitalerhöhung als eine Bargründung notariell im Handelsregister beurkundete.

Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 30. August, am 2. September teilten die Banken den Görde Werken mit, daß sie die Kapitalerhöhung von 1,5 Millionen Mark vergüten, d. h. verzinsen ließen, und am 5. September verhängten dieselben Banken Sperre über die Görde Werke, die daraufhin ihre Zahlungen einstellen.

Herr Dr. Hugo aber und seine Kollegen im Aufsichtsrat ließen sich noch im März d. J. von dem bankrotten Werk Tanti-

men auszahlen, um so das Produktionskapital zu schonen, und weil kein bares Geld zur Verfügung stand, übernahm man Fahrradartikel, wobei die Frage aufzuwerfen ist, seit wann ein Handelskammer-Syndikus und volksparteilicher Reichstagsabgeordneter mit Fahrradartikeln handelt.

Privatkapitalistische Wirtschaftsmethoden

Der Sanierung war am 4. Januar 1920 eine Verständigung mit den Banken und großen Warengläubigern vorausgegangen, und auf Grund des Moratoriums wurden den Banken und Großgläubigern der Görde Werke (Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Hugo) die vor dem 4. Januar 1920 entstandenen Außenstände zu Hundert Prozent, die nach dem 4. Januar entstehenden Außenstände zu 100 Prozent, außerdem aber auch alle Warenvorräte und Fabrikfaktoren als Sicherheit und zu Eigentum übertragen, ja, die Banken übernahmen sogar eine Hypothek auf ein Grundstück in Höhe von 1 Million Mark, während der Wert des Grundstückes 500 000 Mark betrug. Daraus ergibt sich, daß nach dem 4. Januar den Görde Werken kein Nagel und kein Nagel mehr gehörte und daß sich dieser privatkapitalistische Betrieb unter dem Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Hugo jeglichen eigenen Besitzes, an dem sich ein Gläubiger hätte halten können, entleerte.

während er nach außen hin als wirtschaftlich selbständige Rechtspersonlichkeit auftrat und den Anschein einer gewissen Kreditwürdigkeit erweckte, den er gar nicht besaß.

Diebstahl an den Arbeitergroßen

Auch den Besorgten die Görde Werke (Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Hugo) durchaus selbständig. An Arbeitslosenversicherung wurden von der Firma 915 Mark, an Invalidenversicherung 20 807 Mark, aus der Kurzarbeiterunterstützung, die zur Auszahlung durch den Betriebsrat überwiesen war, 350 Mark, an Angestelltenversicherung 1580 Mark, an Lohnsteuer 10 414 Mark, an der Betriebskrankenkasse 71 107 Mark, aus der Arbeiterzuschußkasse 572 Mark, aus zwei Stiftungen 24 000 Mark

veruntrent und für eigene geschäftliche Zwecke mißbraucht, um mit den mäßig ausgezahlten Arbeitergroßen profitorientierten Interessenten das Maul zu stopfen, während die Familien der Belegschaft zu Hause Not litten.

Diese Auswahl von Musterbeispielen privatkapitalistischer Wirtschaftsführung mag genügen. Dem Bank- und Industriekapital, die die öffentlichen Betriebe schluden wollen und nicht zuletzt der Deutschen Volkspartei, die diese schamhaften Geschäfte in den Kommunen führend betreiben will, ist damit die heuchlerische Maske vom Gesicht gerissen. Es versteht sich, daß diese kapitalistischen Kreise um die Görde Werke nach dem Kladderadatsch verlusten, öffentliche Mittel zu einer neuen Sanierung irgendwie aufzutreiben. Woraus zu ersehen ist, daß die öffentliche Hand sich immer dann wirtschaftlich betätigen darf, wenn es sich um saule Geschäfte handelt, und die Kapitalisten glauben, dadurch Verluste ihres eigenen Selbstbesitzes verhindern zu können.

Die letzte Sitzung aufgeflogen

Neue Lärmereien im Stadtparlament

Die kommunistischen Anträge bleiben unerledigt

SPD Berlin, 14. November.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung, die letzte vor den Kommunalwahlen, ist am Dienstag wieder aufgeflogen. Eine halbe Stunde nach Eröffnung der Sitzung kam es zu so heftigen Lärmereien, daß der Stadtverordneten-Vorsitzender sich gezwungen sah, die Verhandlungen abzubrechen, ohne daß über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Oberbürgermeister abgestimmt worden war.

Auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung standen nicht weniger als 58 Punkte, darunter u. a. ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten auf sofortige Entlassung des sozialdemokratischen Direktors der Berliner Verkehrsverbände Probst. Aus dem ganzen Hause wird gegen die Dringlichkeit der Anträge Widerspruch laut, so daß es schließlich bei der Tagesordnung bleibt und zunächst der Kommunist Lange das in der letzten Sitzung unterbrochene Schlusswort zu der Angelegenheit erhält. Lange hätte kaum die Rednertribüne bestiegen, als sich im ganzen Hause ein fürchterlicher Lärm erhob. Sozialdemokraten und andere Mitglieder des Hauses drängen auf Lange ein, der inzwischen neue Versprechungen gegen die Sozialdemokratie in den Saal schleuderte und mit seinem Schlüsselbund drohte. Die Erregung steigerte sich mehr und mehr, so daß es dem Stadtverordnetenvorsitzender schließlich unmöglich war, die Verhandlungen weiterzuführen. Als er die Sitzung geschlossen hatte, leisteten sich kommunistische Tribünenbesucher unerschämte Rufe gegen verschiedene Stadtverordnete. Die Tribüne wurde daraufhin geräumt.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung hatte Lange die So-

zialdemokraten als gemeine Lumpen beschimpft. Er mußte dafür von einem Veteran der Sozialdemokratischen Partei eine schallende Ohrfeige einstecken. Die Forderung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion an die Kommunisten, den Vorwurf ihres Mitgliedes Lange gegen die Sozialdemokratie zurückzunehmen, wurde nicht nur abgelehnt, sondern dafür beantwortet, daß sich die Kommunistische Partei mit Lange solidarisch erkläre. Diese Gemeinheit mußte letzten Endes zu Tumulten in der Donnerstagssitzung der Stadtverordnetenversammlung führen.

Untersuchung der Grundstückschiebungen

Ermittlungsverfahren gegen Rosenthal

SPD Berlin, 14. November.

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat ihre Ermittlungen in Falle Klare inzwischen auch auf die Grundstücksgeschäfte der Stadt Berlin ausgedehnt. Im Zusammenhang mit diesen Prüfungen ist gegen den demokratischen Stadtverordneten Moritz Rosenthal ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Auf diesem Wege soll geklärt werden, in welchem Umfang Beschuldigungen, die gegen Rosenthal wegen der von ihm vorgenommenen Grundstücksvorkäufe und Hypothekengeschäfte erhoben worden sind, zutreffen.

Dieser Tage hat ein Kaufmann aus Wilmersdorf an Rosenthal einen plumpen Erpressungsversuch verübt. Rosenthal erhielt einen Brief, in dem er aufgefordert wurde, dem Schreiber sofort 5000 Mark zu zahlen, andernfalls er schwerwiegendes Material gegen ihn weitergeben würde. Als sich der Erpresser am nächsten Tage bei Rosenthal meldete, wurde er von der Kriminalpolizei in Empfang genommen und hinter Schloß und Riegel gesetzt.

SPD Berlin, 15. November.

Der Berliner Magistrat hat das Gesuchen des sozialdemokratischen Direktors der Berliner Verkehrsgesellschaft Probst, für ihn wegen der gegen ihn im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit bei der Berliner Brennstoffgesellschaft erhobenen Vorwürfe Strafantrag gegen die Rote Fahne zu stellen, am Donnerstag abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte, weil Probst nicht mehr städtischer Beamter, sondern Privatangehöriger der Berliner Verkehrsgesellschaft ist.

Die Verluste der Stadtbank

SPD Berlin, 14. November.

Das gegenwärtige Gesamtrisiko der Berliner Stadtbank beträgt 10,5 Millionen Mark. Zu seiner Deckung standen 3,2 Millionen Mark Ende 1928 ausgewiesene Reserven und 1,25 Millionen Mark stille Reserven herangezogen werden, so daß für die Berliner Stadtbank — nach einer Meldung des Städtischen Nachrichtendienstes — einschließlich aller Klare-Risiken für dieses Jahr ein äußerster Verlust von 6 Millionen Mark errechnet wird.

Der Senat der Berliner Universität hat gegen die Hauptredaktionsleiter der Dienstag-Krawalle ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Entscheidung von der Universität eingeleitet.

Korruptionwirtschaft der Antimarxisten

SPD Köln, 14. November.

Aus einem am Donnerstag in der Rheinischen Zeitung veröffentlichten Schriftwechsel zwischen dem Fraktionsvorsitzenden der Wirtschaftspartei der Kölner Stadtverordnetenversammlung und der Kölner Stadtverwaltung ergibt sich, daß der Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung von Rheinland-Westfalen, Ronge, von der Stadtverwaltung bzw. dem städtischen Ausstellungs- und Messeamt für die Veranstaltung von Gastwirtschaften erhebliche Provisionen forderte. Diese Provisionen erreichten in den letzten drei Jahren die Höhe von annähernd 27 000 Mark. Die Tätigkeit dafür bestand lediglich darin, daß der Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung die ihm unterstellten Wirtschaftsorganisationen für die Veranstaltung der Gastwirtschaften lieh und bei Geschäftsfreunden für die Gastwirtschaften Klamme machte. Für diese Tätigkeit ließ er sich Procente nicht nur von den Stadtmitteln, sondern auch Abgaben von den Eintrittsgeldern auszahlen.

Diese Enttüllung ist insofern bemerkenswert, als die Wirtschaftspartei in der Kölner Stadtverordnetenversammlung hauptsächlich „gegen die marxistische Korruptionswirtschaft“ gekämpft hat und für sogenannte gesunde Prinzipien des privaten Wirtschaftslebens eintritt. Die Veröffentlichung hat in der Kölner Bürgerschaft, besonders in den Kreisen der Gastwirte, großes Aufsehen erregt.

Die Reparationsbank

Das Organisationskomitee hat nunmehr das Statut der Bank für internationale Zahlungsausgleich — so wird der Name der Reparationsbank lauten — veröffentlicht. Der Zweck der Bank ist nicht nur die Ueberweisung von Reparationszahlungen an die Gläubigerstaaten, sondern darüber hinaus soll sie eine internationale Zentralfstelle zum Ausgleich der Wechselkurse (Valuten) sein. Damit wird der Bank die gewaltigste Aufgabe zugewiesen, die jemals eine kapitalistische Organisation gehabt hat. Denn die Regulierung der Wechselkurse durch Bankung des Sirotes des internationalen Zahlungsverkehrs schließt auch den Versuch einer Regulierung des Warenverkehrs in sich. Die neue finanzkapitalistische Zentralfstelle soll also nicht mehr und nicht weniger versuchen, als die Regelung des internationalen Waren- und Geldumlaufs, mittelbar also auch der Warenproduktion. Das heißt eine Zusammenarbeit der Zentralnotenbanken der großen Länder voraus. Schon während der Verhandlungen über Statut und Aufgaben der Bank konnte man feststellen, daß der internationale Konkurrenzkampf auch nach Errichtung der internationalen Zentralfbank nicht weniger scharf sein wird als zuvor, daß er nicht verschwinden, sondern nur mit anderen Mitteln ausgetragen wird als bisher. Das kam darin zum Ausdruck, daß besonders die Vertreter Englands und Frankreichs bestrebt waren, die Befugnisse der Bank möglichst einzuschränken, um zu verhindern, daß sie vom amerikanischen Finanzkapital als Instrument zur Ueberwindung des Weltmarktes ausgenutzt würde.

Die Bank, so wie sie ist, kann zu einem mächtvollen Werkzeuge in der Hand des internationalen Finanzkapitals werden. Das soll sie auch offenbar nach der Absicht ihrer Gründer sein, denn nach dem Statut wird der Verwaltung ausschließliche aus Vertretern des Großkapitals bestehen. Die große Masse derer, die die Werte schafft, mit denen die internationale Bank umgehen soll, bleiben unberücksichtigt. Es wird Sache der internationalen Arbeiterklasse sein, sich in der internationalen Bank den Einfluß zu sichern, der ihr zukommt.

Gemäß der Bestimmung, die der Bank im Vorpunkte übertragenen Aufgaben durchzuführen, und die Durchführung des Planes zu erleichtern, wird das neue Institut die von Deutschland gewährten Annullitäten in Empfang nehmen, sie verwalten, verteilten und die Kommerzialisierung und Mobilisierung bestimmter Teile der deutschen Reparationsschuld überwachen und fördern. Das ist aber loszulassen nur eine vorübergehende Aufgabe der Bank. Im Statut wird vorher in einem besonderen Artikel ausdrücklich als Zweck der Bank angegeben, die Zusammenarbeit der Zentralbanken zu fördern, neue Möglichkeiten für internationale Finanzgeschäfte zu schaffen und als Treuhänder (Trustee) oder Agent bei internationalen Zahlungsgeschäften mitzuwirken. Das Kapital der Bank beträgt 500 Millionen Schweizer Goldfranken. Das Stimmrecht in den Generalversammlungen liegt bei den beteiligten Notenbanken Belgiens, Englands, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, der Vereinigten Staaten und Japans.

Die Bank soll grundsätzlich nur Geschäfte machen, die mit der Politik der Notenbanken der beteiligten Länder übereinstimmen. Bevor sie ein Finanzgeschäft auf einem bestimmten Markt oder in einer bestimmten Währung ausführt, hat der Verwaltungsrat den unmittelbar beteiligten Zentralnotenbanken Gelegenheit zum Einspruch zu geben (Votorecht der Notenbanken). Erfolgt dieser Einspruch in einer bestimmten Frist, dann hat das beabsichtigte Geschäft zu unterbleiben. Im übrigen deckt sich der Aufgabenkreis der Bank für internationale Zahlungsausgleich ungefähr mit dem der Notenbanken. Besonders wichtig erscheint, daß die Bank gegen erfolglose Sicherheiten den Zentralnotenbanken Darlehen gewährt und bei ihnen laufende Konten bzw. Einlagenkonten unterhalten kann. Ausdrücklich räumt das Statut der Bank auch die Mitwirkung im internationalen Abrechnungsverkehr ein. Verboten ist der Bank, Noten auszugeben, Wechsel zu akzeptieren, an Reaktoren Darlehen zu gewähren, für Reaktoren laufende Konten zu eröffnen, beherrschenden Einfluß auf ein Unternehmen zu erlangen und der Bank von Grundbesitz, die nicht zur Aufrechterhaltung ihres eigenen Geschäftsbetriebes notwendig sind.

Die Geschäftsführung liegt in Händen des Verwaltungsrates. Diesem gehören die Präsidenten der Zentralbanken der Länder an, die die Zeichnung des Kapitals garantieren. Zu ihnen treten 7 Vertreter der Finanzen, der Industrie oder des Handels, die von den Präsidenten der Notenbanken berufen werden. Die Präsidenten der Notenbanken haben weiter 9 Personen für den Verwaltungsrat vorgeschlagen, die Vertreter der Finanzen, der Industrie oder des Handels sein müssen. Ueber die Ernennung entscheidet der Verwaltungsrat mit Zweidrittelmehrheit. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats ist Präsident der Bank. Er ist aus der Mitte des Verwaltungsrats zu wählen und darf kein Amt bekleiden, das nach Ansicht des Verwaltungsrats mit seinen Pflichten als Präsidenten unvereinbar ist. Der Generaldirektor der Bank wird auf Vorschlag des Präsidenten vom Verwaltungsrat ernannt.

Die Bank hat einen Jahresbericht und wenigstens einmal im Monat einen Geschäftsausweis zu veröffentlichen. Für die Verteilung des Reingewinns liegt ein bestimmter Plan vor, der u. a. die Zahlung einer Leihprozentanteils Dividende auf das eingezahlte Grundkapital der Bank, die Bildung der sogenannten gesetzlichen Reservefonds und besonderer Fonds vorstellt. Unter den besonderen Fonds ist ein „Sonderfonds“ zu erwähnen, der unter bestimmten Bedingungen dazu verwendet wird, Deutschland bei der Bezahlung der letzten 22 im Vorpunkte vorgesehenen Annuitäten zu unterstützen. Die Bestimmung geht auf das bekannte Kompromiß in Paris und auf Vorschriften des Vorpunktes zurück.

Die Bestimmungen, über die Bank und Zweck der Bank, über Kapitalerhöhung und Kapitalherabsetzung, über das Stimmrecht, das Votorecht der Zentralbanken, den internationalen Abrechnungsverkehr, die Zusammenfassung des Verwaltungsrats, die Geschäftsführung, Abstimmung usw. die Gewinnverteilung und die Vorschriften über das Schiedsgericht können nur durch Gesetz, d. h. mit Zustimmung der beteiligten Regierungen geändert werden. Für die übrigen Bestimmungen ist eine Veränderung zulässig, wenn sich der Verwaltungsrat mit Zweidrittelmehrheit und die Generalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit dafür ausgesprochen haben.

Bundesrat Scheurer plötzlich gestorben

Der Mitglied der Schweizerischen Regierung, Bundesrat Scheurer, Leiter des Eidgenössischen Militärparlamentes, ist heute vormittag unerwartet an den Folgen einer Halsoperation im Alter von 57 Jahren gestorben. Daraus ist ein zweiter Sitz in der sieben Mitglieder zählenden Schweizer Regierung frei geworden.

DWZ doppelt subventioniert

Die Reichsbahn bestätigt

WZB Berlin, 13. November.

Zu der von einer Zeitung gebrachten Nachricht über Beziehungen der Reichsbahn zur Deutschen Allgemeinen Zeitung wird von der Deutschen Reichsbahngesellschaft folgendes mitgeteilt: Schon seit Jahren, zurückreichend in die Kriegszeit, bestehen Beziehungen zwischen der Eisenbahnverwaltung und der früheren Norddeutschen Allgemeinen Zeitung — die damals amtlichen Charakter trug —, jetzt der Deutschen Allgemeinen Zeitung.

Die Reichsbahn hat 5000 Exemplare der DWZ abonniert. Dafür wird monatlich ein Betrag von 25 000 Mark gezahlt. Geliefert werden nur 200 Exemplare. Mit anderen Worten: Der DWZ werden monatlich von der Reichsbahn nicht weniger als 24 000 Mark geschenkt. Das sind jährlich rund 300 000 Mark für nichts und wider nichts. Es entsteht die Frage: Was geschieht mit den anderen Exemplaren, die von der Reichsbahn bestellt und bezahlt, aber nicht bezogen werden? Werden sie nicht gedruckt oder eingekauft, werden sie verschickt oder gegen Bezahlung veräußert? Es wird schwer halten, auf diese Fragen von der DWZ eine, oder wenn überhaupt, die richtige Antwort zu erhalten. Hotels und Gastwirtschaften werden von ihr nach unseren Informationen schon seit Monaten nicht mehr gratis beliefert. Andererseits ist bei der finanziellen Lage der DWZ — die von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie monatlich mit rund 40 000 Mark

unterstützt werden soll — nicht anzunehmen, daß die 4500 Exemplare gedruckt und eingekauft werden.

Es bleibt also nur die eine Möglichkeit, daß man sie gegen Bezahlung veräußert und der DWZ dadurch eine doppelte Einnahme entsteht: einmal das Geld der Reichsbahn und zweitens die Abonnementgebühren der Bezahler.

Das macht nach unserer Schätzung eine Einnahme von mindestens 40 000 Mark monatlich für 4500 Zeitungsexemplare. Der Skandal dürfte also noch weit größer sein als anfänglich angenommen wurde. Ja, wir befürchten, daß er noch viel größer ist, als es gar nach unserer Rechnung scheint. Bisher bleibt nur die Frage, wer in ihm mehr verwickelt ist, die DWZ oder die Reichsbahn.

Unsere Feststellung, daß das Auswärtige Amt mit der DWZ eine ähnelnde Abmachung getroffen haben soll wie die Reichsbahn, ist inzwischen dementiert worden. Als wir vor antähernd zwei Jahren behaupteten, daß die DWZ vom Auswärtigen Amt subventioniert wird, antworteten die zuständigen Stellen ebenfalls mit einem Dementi, bis sie an Hand der Tatsachen schließlich eines anderen belehrt wurden. Auf Dementis von den Verwaltern der Geheimfonds im Auswärtigen Amt geben wir deshalb nicht sehr viel.

Der neueste „Fall DWZ“ kann mit diesen Erklärungen und den Auserkennungen der Reichsbahnverwaltung nicht erledigt sein. Er ist das Signal, endlich mit aller Entschiedenheit Aufklärung darüber zu schaffen, wie von gewissen amtlichen Stellen „Prelepolitik“ gemacht wird und endlich für die längst notwendige Abhilfe zu sorgen.

Aufklärung der Mordaffäre Lampel

Die Leiche gefunden — Geständnis der Täter

SPD Berlin, 14. November.

Der Fall Lampel ist jetzt aufgeklärt. Die Leiche des wegen militärischen Betrugs vor dem Feinde erschossenen Röhler wurde am Mittwochnachmittag aufgefunden. Sie wurde exhumiert und wird wahrscheinlich zur gerichtlichen Untersuchung nach Breslau transportiert werden.

Die Aussagen der drei Verhafteten, Peter Martin Lampel, Schwemmer und v. Beulwitz, die in allen Punkten miteinander übereinstimmen, ergeben folgendes Bild: Peter Martin Lampel fungierte seinerzeit beim Freikorps Oberland als Gerichtsoffizier. In dieser Eigenschaft — er war von seinem direkten Vorgesetzten, Major Siedringhaus, dazu beauftragt worden — hatte er eine Reihe von Diebstahls- und Unterschlagungsaffären behandelt. Nach den Aussagen der drei lag es Lampel als Gerichtsoffizier auch ob, die Exekution im Fall Röhler als Befehlshaber auszuführen. Er und Schwemmer haben der Exekution beigewohnt.

Den übrigen Schuß hat v. Beulwitz abgegeben. Wie die Verhafteten behaupten, haben sie keineswegs auf eigene Initiative, sondern auf Befehl ihres Vorgesetzten gehandelt. Den Namen dieses Vorgesetzten weiß er nicht, aus Gründen kameradschaftlicher Disziplin anzugeben.

SPD Weizsäcker, 15. November.

Eine nachmalige Konfrontierung der drei unter dem Verdacht der Ermordung des früheren Reichswehrsoldaten Röhler verhafteten Hauptbeschuldigten ergab, daß v. Beulwitz den tödlichen Schuß abgegeben hat. Lampel und Schwemmer gestanden, jedoch, bei der Tat zugegen gewesen zu sein. Der Hauptbeschuldigte, der anschließend vernommen wurde, und auf dessen Anzeige die Verhaftung Lampels zurückzuführen ist, bleibt dabei, daß Lampel den tödlichen Schuß abgegeben hat.

Der Soz. Pressedienst bemerkt zu dieser Meldung: Es handelt sich hier um einen Fall, bei dem die Frage gestellt werden muß, inwieweit ein geordnetes militärisches Verfahren im Sinne der Feldgerichtsbarkeit vorliegt. Es ist zu bedenken, daß die Aktion der Freiwilligenkorps in Oberpfalzen mit amtlicher Duldung (sowohl der zukünftigen Reichswehrstellen, wie auch der in Frage kommenden preussischen und Reichsbehörden) erfolgte. Diese Korps fungierten nicht nur als Polizeitruppe, sondern auch als halbamtliche Kampfeinheit. Diese Zusammenhänge dürften im weiteren Verlauf der Angelegenheit Lampel-Schwemmer-v. Beulwitz eine erhebliche Rolle spielen. Da die drei Verhafteten sich ohne jeden Umschweif zu der Tat bekennen und eine Verdunkelungsgefahr nicht mehr vorliegt, ist die Frage erhoben worden, ob man sie nicht vorläufig auf freien Fuß setzen könne. Furchtverdacht liegt kaum vor. Inzwischen haben Freunde Lampels eine nicht unerhebliche Summe als Kaution für eine Haftentlassung des Dichters zur Verfügung gestellt. Lampel selbst allerdings weigert sich, von einem Haftentlassungsgeheim Gebrauch zu machen, wenn nicht auch seine Mitbefragten auf freien Fuß gesetzt werden.

Von Koblenz nach Wiesbaden

Die Rheinlandkommission, die demnächst von Koblenz nach Wiesbaden überledet, hat hier bisher 103 Wohnungen und 10 Villen zwecks Einquartierung beschlagnahmt. Das Reichskommissariat für die besetzten Gebiete wird voraussichtlich am 25. November nach hier überledet. Mit dem Eintreffen der Rheinlandkommission wird in den nächsten Tagen geredet. Die Engländer haben in Wiesbaden bereits 180 Wohnungen freigegeben. Sie dürften Wiesbaden endgültig bis Anfang Dezember verlassen haben.

Kein Kompromiß in Oesterreich

In ihren Donnerstagausgaben melden die Wiener Blätter übereinstimmend, daß hinsichtlich der Verfassungsreform zwischen dem Bundeskanzler und der Sozialdemokratie noch kein Kompromiß zustande gekommen ist.

Die Flottenkonferenz

SPD London, 15. November.

Die diplomatischen Verhandlungen für die Londoner Flottenkonferenz stehen jetzt in ein Stadium größerer Aktivität einzutreten. Der französische Botschafter in London ist in Paris eingetroffen, um Tardieu und Briand über seine bisherigen Verhandlungen mit dem Foreign Office Bericht zu erstatten und sich neue Instruktionen zu holen. Die diplomatischen Besprechungen zwischen Frankreich und Italien über die Bildung einer Einheitsfront sind bisher trotz der Annahme einer entsprechenden Aufforderung Italiens durch den Quai d'Orsay noch nicht in Gang gekommen. Das Journal begründet diese Tatsache damit, daß die Regierungstruppe in Frankreich ihre Aufnahme vorhindert habe. Das Blatt muß allerdings zugeben, daß sich in Italien eine Stimmungsänderung vorbereitet scheint. Nicht nur propagierten zahlreiche italienische Blätter die Abschaffung der Unterseeboote, um mit diesem Opfer die Flottengleichheit gegenüber Frankreich zu erhalten, man habe darüber hinaus sogar die Idee eines Locarno-Vertrages des Mittelmeeres lanciert, auf Frankreich gegenüber Italien nachgiebiger zu stimmen. Italien müsse sich aber gefaßt sein lassen, erklärt das Blatt drohend, daß Tardieu nicht der Mann sei, der auf solche Taktiken hereinfalle.

Kammerfraktion und Parteileitung

SPD Weizsäcker, 14. November.

In der Kammerfraktion der sozialistischen Partei kam es am Donnerstag zu sehr erregten Auseinandersetzungen über die Vorgänge auf dem letzten außerordentlichen Delegiertenkongress, der die Beteiligung an einem Kabinett Daladier abgelehnt hatte. Die sozialistische Parlamentarierfraktion hatte damals die Einberufung eines außerordentlichen Parteitag für den 25. Dezember verlangt, der sich ausschließlich mit der Frage der Regierungsbeteiligung befassen sollte. Der Parteivorstand hat den Parteitag jedoch erst für den 21. Januar einberufen und seine Tagesordnung auf die Revision des politischen Programms ausgedehnt. Diese Tagesordnung hat die Spannung zwischen Kammerfraktion und Parteivorstand außerordentlich verschärft. Am Schluß der Fraktionsführung wurde beschlossen, gegen das Vorgehen des Parteivorstandes den schärfsten Protest einzulegen und durch eine Delegation fordern zu lassen, daß dem von der Fraktion beantragten Termin und der von ihr gewünschten Tagesordnung entsprochen wird.

Abzug polnischer Wanderarbeiter. Aus Warschau wird berichtet: In der zweiten Novemberwoche letzte die Rückwanderung der polnischen Saisonarbeiter aus Deutschland ein. Nach Angaben des Warschauer Emigrationsamtes ist die Zahl der Zurückkehrenden auf etwa 100 000 zu bemessen. Von den deutschen amtlichen Stellen sind im Einvernehmen mit den polnischen Behörden Maßnahmen zur Erleichterung des Rücktransports getroffen worden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Weizsäcker in Weizsäcker. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Hugo Weizsäcker in Weizsäcker. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft „Die Arbeiterstimme“ Weizsäcker.



Wenn Schmerzen Toga Tabletten
Toga-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten. Laut notarieller Befestigung anerkannt über 5000 Ärzte, darunter viele bedeutende Professorennamen, die gute Wirkung des Toga. Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Preis RM. 1.40.

0,46 Chin. 12,6 Lith. 74,3 Acid. acot. sal. ad 100 Amyl.

Diese Nummer umfaßt 22 Seiten.

Warum ist die Kombination von Seelig's Korn-Kaffee so nussvoll?



Die hochwertigen Extraktstoffe, welche das Roggenkorn besitzt und die so außerordentlich dazu geeignet sind, Kornkaffee als gesunden Ersatz für echten Kaffee zu verwenden, werden bei „Seelig's Korn-Kaffee“ durch die wertvolle Kandiierung konserviert.

1 Pfund 55 Pfennig **Jubelworte von Roburkaffee!**

Daher nur „Seelig's kandierten Kornkaffee“ das gesunde deutsche Familiengetränk

Und wann machst du den Laden zu?

Die Vereinigte Bürgerliste, jenes Häuflein, dessen ausschließliches Bestreben es ist, die proletarische Mehrheit im Leipziger Stadtparlament zu besitzigen, hat ein Plakat an die Anschlagstafeln kleben lassen, das sich an die Ladeninhaber und Ladeninhaberinnen wendet und ihnen mit der furchterregenden Warnung:

„Und wann machst du den Laden zu?“

Schrecken vor der Liste 1 einzulegen will. Es heißt in dem Plakat:

Erkenne deinen unerbittlichsten Feind: den Konsumverein der Sozialdemokraten, die Sozialdemokraten haben ihn gegründet, die Sozialdemokraten werden ihn immer weiter ausbauen.“

Man könnte den Herren Vereinigten Bürgern eigentlich dankbar sein, daß sie durch ihr Plakat dem Konsumverein zu einer kostlosen Reklame verhelfen, denn jeder, der das Plakat liest, wird sich sagen: wie groß müssen die Vorteile sein, die der Konsumverein seinen Mitgliedern verschafft, wenn sie in so großer Zahl ihm zustimmen und ihm eine so gewaltige Ausdehnung ermöglichen. Aus dem Plakat kann man nämlich erfahren:

„45 Millionen Mark hat der Konsumverein Leipzig-Plagwitz im Geschäftsjahre 1928/29 umgesetzt.“

„140 Verkaufsstellen besitzt der Konsumverein Leipzig-Plagwitz.“

„53 511 Quadratmeter Grundbesitz gehören dem Konsumverein.“

„60 000 eingeschleubene Mitglieder und das Vielfache an Mitgliedsangehörigen sind sein Kundenstand.“

Wenn der Leipziger Konsumverein eine so große Anziehungskraft ausübt, daß seine Mitgliederzahl 9 Prozent der gesamten Einwohnerzahl Leipzigs umfaßt, und daß ihm also jeder zwölfte Einwohner und jeder vierte Haushalt angehört, dann muß sich jeder einsichtige Ladenbesitzer sagen, daß es vernünftiger ist, darüber nachzudenken, aus welchen Gründen der Konsumverein immer größer und größer wird, anstatt sich von den Vereinigten Bürgern gegen den Konsumverein und gegen die große Masse der Arbeiter und Angestellten aufheben zu lassen, die ihm anhängen und die sich nicht nur als seine Kunden, sondern auch als seine Mitbesitzer fühlen.

Warum strömen die Lohn- und Gehaltsempfänger in die Konsumvereine? Nicht weil sie die Ladenbesitzer und Ladenbesitzerinnen hassen, sondern

weil sie im Konsumverein Schutz vor der Ausbeutung und Auswucherung durch vertraute, landläufige und kartellierte Großindustrie und Großhandel, durch Großgrundbesitzer und Großbanken suchen und finden.

Das Trustkapital ist der ärgste Lohnrücker, der sich nicht scheut, hinter tausende Arbeiter auszusperren, nur um eine geringfügige Lohnerhöhung zu ersparen. Das Trustkapital ist der unerbittlichste Feind der Arbeiter- und Angestelltenschaft und deshalb auch der unerbittlichste Feind der Ladenbesitzer und Ladenbesitzerinnen, deren Umsatz schwinden muß, wenn der Arbeiter für seine Arbeit keine ausreichende Entlohnung erhält.

Auf die Frage der Herren von Liste 2:

„Und wann machst du den Laden zu?“

ist zu antworten:

Wenn es gelingt, die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Angestellten und Beamten soweit herabzudrücken, wie es das Trustkapital will, und wie es schon geschehen wäre, wenn nicht die Sozialdemokratie und die von ihnen beeinflussten Gewerkschaften Widerstand leistet würden.

Wir zählen in Deutschland mehr als eine Million Arbeitslose. Die Großindustrie „rationalisiert“. Rationalisieren heißt mit weniger Arbeitskräften mehr Waren herstellen. Statt der Arbeitszeit vermindert das Trustkapital die Belegschaft. Die Menge der Waren wird immer größer, die Zahl der Arbeiter immer kleiner. Es wächst die Arbeitslosigkeit, und es wächst zugleich der Profit der Großindustrie. Von den Arbeitslosen, die auf die färglichen Groschen der Arbeitslosenversicherung, oder gar der Krisenfürsorge und der öffentlichen Wohlfahrt angewiesen sind, kann der Ladenbesitzer nicht leben. Trotzdem wünschen gerade die Herren, deren Namen die Liste 2 listet, daß auch diese gerade noch vor der äußersten Not schützenden Unterstühtungen ganz oder fast ganz verschwinden. Sie sind ihnen ein Dorn im Auge, weil sie verhindern, daß der Arbeiter schrankenlos dem Lohnrückwillen der Großindustrie zum Opfer fällt.

„Und wann machst du den Laden zu?“

Wenn die Arbeitslosenfürsorge nach dem Wunsche der Herren von der Liste 2 abgebaut ist.

Die Rationalisierung hat den Anteil des Lohnes am Warenpreise und damit die Selbstkosten der Industrie gewaltig gesenkt, allerdings auf Kosten der Arbeiter, also mittelbar auch der Ladenbesitzer. Aber sind mit den Selbstkosten der Industrie auch ihre Verkaufspreise gesunken? Der Ladenbesitzer kann nur mehr verdienen, wenn sein Umsatz wächst. Aber die kartellierte Großindustrie handelt nach dem Grundsatz: Besser weniger Umsatz mit größerem als mehr Umsatz mit kleinerem Nutzen. In der Zeit vom Februar 1924 bis Oktober 1929 stiegen die Lebenshaltungskosten, wenn man sie für das Jahr 1913/14 mit 100 ansieht, von 130,2 auf 133,2. Es hat also in der Zeit, in der die Rationalisierung erfolgt ist, trotz Senkung der Selbstkosten keine Senkung, sondern eine beträchtliche Erhöhung der Preise, gerade der für den Arbeiterhaushalt wichtigsten Waren stattgefunden. Wenn der Arbeiter mehr für Lebensmittel aufwenden muß, kann er weniger davon kaufen. Daran ist der Preiswucher der Kartelle, Syndikate und Trusts schuld, und nicht zuletzt auch der Großgrundbesitzer. Dieser Preiswucher wäre nicht möglich, ohne die von den bürgerlichen Parteien, also von den Kreisen, die hinter der Liste 2 stehen, bewilligten hohen Einfuhrzölle. Auf die Frage:

„Und wann machst du den Laden zu?“

ist zu antworten:

Wenn die Zölle so hoch sind, wie sie die vereinigten bürgerlichen Parteien haben wollen und wie sie wären, wenn nicht die Sozialdemokratische Partei Schulter an Schulter mit den Konsumvereinen und den Gewerkschaften dem hemmungslosen Preiswucher einen Damm des Widerstandes entgegenstellen würden.

Warum können die Ladenbesitzer keine Kredite bekommen, und wenn, dann nur zu unerhörten hohen Zinsen?

Sind es die Konsumvereine, die Zinswucher treiben? Es sind die Großbanken, die ihre Einlagegelder nur der Großindustrie und dem Großhandel zukommen, aber die kleinen Ladenbesitzer unversorgt lassen, und zu deren Gunsten sich die Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen gegenüber der Vorkriegszeit beträchtlich erhöht hat, weil die Großbanken weit höhere Zinsen und Provisionen nehmen als früher.

Wer ist für die unerhörten Kreditkosten verantwortlich? Die Konsumvereine und die Sozialdemokratie?

Nein:

Die Großbanken.

Wer ist für die hohen Bau- und Wohnungslosten verantwortlich?

Die Konsumvereine und die Sozialdemokratie, die dafür sorgen, daß möglichst viele und möglichst billige Wohnungen gebaut werden?

Nein,

sondern

der Wucher der kartellierten Baustoffindustrie.

Kein Artikel zeigt Preissteigerungen vom Ausmaße gerade der Baustoffe. In der Zeit von 1924 bis Oktober 1929 ist der Index der Großhandelspreise für Baustoffe von 143,7 auf 161,6 gestiegen.

Wer ist es, der dafür sorgt, daß Licht und Kraft nicht übermäßig verteuert werden?

Es ist die Sozialdemokratie, die verhindert hat, daß die städtischen Gas- und Elektrizitätswerte dem Einfluß des Privatkapitals ausgeliefert werden. Das ist es aber, was die Herren von Liste 2 feilscht wünschen, und das würde geschehen, wenn an Stelle der Vertreter der Arbeiterschaft den Herren von der Liste 2 die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung mit Hilfe der Ladenbesitzer zufallen würde.

Wer ist der unerbittlichste Feind der Ladenbesitzer? Sie haben ihn mit der Arbeiterschaft, mit der Sozialdemokratie, mit dem Konsumverein gemeinam. Es ist das vertrustete und kartellierte Großkapital, das von der Auspöderung der Massen, nicht nur der Arbeiter, sondern auch des Kleinhandels und des Kleingewerbes, lebt, wofür die Inflation ein fürchterliches Zeugnis abgelegt hat.

Jeder Ladenbesitzer, der Liste 2 wählt, also diejenigen, die sich schüßend vor das Großkapital stellen, handelt nach dem Grundsatz:

Nur die allerblühmsten Räuber,

Wählen ihre Schlächter selber.

Jeder einsichtige Ladenbesitzer weiß, daß die Sozialdemokratie nicht sein unerbittlichster Feind, sondern, als der einzige wahre Beschützer des Wohlstandes der großen Masse seiner Käufer, sein bester Freund ist.

Jeder einsichtige Ladenbesitzer und jede einsichtige Ladenbesitzerin wählt deshalb am 17. November

Liste 1!

Wucher Kurs gesetzt. Die Fünzig-Renten- und Fünzig-Reichspennigstücke aus Aluminiumbronze werden mit Ablauf des Monats November außer Kurs gesetzt, so daß sie vom 1. Dezember 1929 ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel gelten. Von der Reichsbank, den Reichskassen und den Staatskassen werden sie noch bis zum 30. November 1929 eingelöst.



Die besten Fachleute arbeiten für uns

und schaffen Höchstleistungen moderner Schneiderkunst. Prüfen Sie deshalb unsere auf Grund langjähriger Erfahrung und unter Verwendung erprobter, immer wieder verbesserter Schnitte hergestellten Modelle: Sie sind das Ideal aller vorbildlich gekleideten Herren, in jeder Beziehung vom Guten das Beste und — ebenso wichtig — überzeugend preiswert!

Neue Winter-Mäntel Moderne Herbst-Anzüge

| | | | | | |
|---------------------|-------|-------|-------|-------|-----------|
| Hauptpreislagen | 69.- | 79.- | 89.- | 98.- | 110.- |
| Modelle | 125.- | 135.- | 155.- | 165.- | und höher |
| Niedrige Preislagen | 29.- | 34.- | 39.- | 49.- | 59.- |

Winter-Loden-Foppen

aus guten Qualitäten, warm gefüttert

| | | | | | |
|------------------|------------------|------------------|------|------|----------|
| 11 ⁷⁵ | 13 ⁵⁰ | 19 ⁵⁰ | 24.- | 29.- | bis 59.- |
|------------------|------------------|------------------|------|------|----------|

Herren-Sport-Foppen

engl. gemusterte Stoffe, Plaidfütter

| | | | | | |
|------|------|------|------|------|----------|
| 29.- | 39.- | 49.- | 59.- | 69.- | bis 79.- |
|------|------|------|------|------|----------|

Praktische Wetter-Mäntel

aus Gummi-stoffen von 11⁷⁵ bis 59.- Trench-Coats von 29.- bis 89.-
aus Loden-stoffen von 19⁵⁰ bis 69.- Impräg. Mäntel von 49.- bis 118.-

Jünglings-Winter-Mäntel

| | | | | | |
|------|------|------|------|------|-----------|
| 20.- | 35.- | 54.- | 70.- | 85.- | bis 140.- |
|------|------|------|------|------|-----------|

Knaben-Winter-Mäntel

| | | | | | |
|-----------------|------------------|------|------------------|------------------|----------------------|
| 7 ⁷⁵ | 10 ⁷⁵ | 13.- | 16 ⁷⁵ | 22 ⁵⁰ | bis 26 ⁵⁰ |
|-----------------|------------------|------|------------------|------------------|----------------------|

Reizende Knaben-Anzüge

| | | | | | |
|-----------------|-----------------|------------------|------------------|------------------|----------------------|
| 6 ⁵⁰ | 9 ⁵⁰ | 13 ⁵⁰ | 17 ²⁵ | 21 ⁵⁰ | bis 27 ⁵⁰ |
|-----------------|-----------------|------------------|------------------|------------------|----------------------|

GOTTENKAMP

GRÖSSTES SPEZIALHAUS FÜR HERREN- UND KNABEN-BEKLEIDUNG
LEIPZIG, BRÜHL UND LINDENAU

Abbau von Bankangestellten in Leipzig

Das Damoklesschwert des Abbaus durch Rationalisierung schwebt heute nicht nur über den Arbeitern, sondern bedroht auch die Angestellten, mögen sie in der Industrie, im Handel oder im Bankgewerbe tätig sein. Hier wie dort fordert die kapitalistische Rationalisierung ihre Opfer. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit geht um. Es ist schwer zu sagen, wer am meisten unter der Erwerbslosigkeit zu leiden hat, die Arbeiter oder die Angestellten. Sicher ist, daß bestimmte Angestelltengruppen sehr schwer von ihr betroffen werden, und zu diesen zählen auch die Bankangestellten. Ohne weiteres klar wird das, wenn man bedenkt, daß die Zahl der Bankangestellten heute auf ein Viertel derjenigen von 1924 gesunken ist. Sie fiel von 360 000 auf gegenwärtig 90 000. Aber selbst diese Ziffer dürfte in Zukunft noch eine Reduzierung erfahren.

Die Leiter der Deutschen Bank haben das kürzlich in den Generalversammlungen der fusionierten Gesellschaften mit einer Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, die nichts zu wünschen übrig läßt. Sie machen die Gehälter der Angestellten für die „schlechte Rentabilität“ der Großbanken verantwortlich. Es wurde sogar erklärt, eine Bank sei „nicht ein Versorgungshaus oder eine Pensionsanstalt“. Dieser Anspruch vertritt die Absichten der Bankleitungen. Banken sind keine Versorgungshäuser oder Pensionsanstalten, deshalb Fusion zwischen Deutscher Bank und Diskonto-Gesellschaft und auf die Straße mit den Angestellten! Wie aber sieht es überhaupt mit deren Gehältern? Ist auf sie wirklich die Steigerung der Löhne zurückzuführen? Wasser man von der Deutschen Bank wies selbst darauf hin, daß das Durchschnittsgehalt der Angestellten der Deutschen Bank (die Bezüge der Vorstandsmitglieder nicht eingeschlossen) sich im Jahre 1913 auf 3408 Mark und im Jahre 1928 auf 4882 Mark stellte. Das ist eine Erhöhung von 28 v. H. Dagegen stiegen die Lebenshaltungskosten nach den amtlichen Angaben im selben Zeitraum um mehr als 50 v. H. Die Steigerung der Durchschnittsgehälter der Angestellten der Deutschen Bank blieb also ganz enorm hinter derjenigen der Lebenshaltungskosten zurück.

Wohlweislich unterließ es auch Wassermann, Angaben über die Gehälter und Löhnen der Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank zu machen. Nun steht fest, daß die Deutsche Bank im Jahre 1913 neben den Gehältern für die Angestellten nur 4,7 Millionen Mark für Unkosten aufzubringen hatte, im Jahre 1928 dagegen 23,88 Millionen Mark. (Zusatz im Magazin der Wirtschaft.) Diese Zahlen lassen eine ungleich beträchtlichere Steigerung der allgemeinen Unkosten als der Angestellten erkennen. Sehr zu recht sagt deshalb Wassermann im Magazin der Wirtschaft: „Es wäre nun interessant zu erfahren, wie groß die Erhöhung der in den Unkosten enthaltenen Löhnen für Vorstandsmitglieder ist, aber leider ist gerade über diesen wichtigen Punkt weder in den Geschäftsberichten, noch, wie schon erwähnt, in der Generalversammlung etwas gesagt worden.“ Ohne Zweifel wäre es auch sozial eher zu vertreten, wenn man hier, bei den Vorstandsmitgliedern, durch Sparmaßnahmen die Unkosten senken würde, nicht aber durch den Abbau der Angestellten. Wie dem auch sei, die Vorstandsmitglieder bestimmen über den Gang der Dinge in den Gesellschaften, da sorgen sie selbstverständlich dafür, daß sie nicht zu kurz kommen. Mögen die Angestellten leben, was aus ihnen wird.

Mittlerweile zeigen sich die Auswirkungen der Fusion Deutsche Bank-Diskontogesellschaft auch in Leipzig. Sie bestehen darin, daß man dazu übergeht, Angestellten in größerem Maße zu kündigen, und zwar nicht nur bei den fusionierten Gesellschaften, sondern auch bei einer Anzahl anderer Banken. Zunächst übernahm die Deutsche Bank hier am Orte 27 Angestellte der Diskonto-Gesellschaft. Dann aber baute sie von dem Gesamtpersonal 3 Personen ab, pensionierte 8 und 2 trat freiwillig aus. Dabei hatte es indessen hier am Orte nicht sein Bewenden. Auch andere Bankgeschäfte nahmen sich die beiden Großbanken zum Vorbild. So kündigte die Spar- und Gewerkschaft in den letzten Tagen einem Drittel, und die Sächsische Staatsbank etwa 15 v. H. ihres Personals. Außerdem soll die Filiale dieses letzteren Geschäftes am Grimmaischen Steinweg im nächsten Jahr ganz aufgelöst werden. Die Dresdner Bank stellte 10 Prozent ihrer Angestellten die Kündigung zu. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß auch noch andere Bankgeschäfte Kündigungen vornehmen werden.

Wie wir erfahren, zwingt zur Zeit die wirtschaftliche Lage die Bankunternehmen keineswegs, ihr Personal abzubauen. Allerdings besteht die Möglichkeit, daß in Kürze durch Saisonrückfälle das Geschäft mit dem Baugewerbe beeinträchtigt wird. Aber auch dann besteht noch keine Notwendigkeit, Entlassungen von Angestellten vorzunehmen. Auch vor dem Kriege gab es z. B. im Sommer ruhige Zeiten, ohne daß gleich zum Personalabbau geschritten wurde. Vielleicht handelt es sich bei den jetzigen Kündigungsmaßnahmen um Fusionsvorbereitungen, möglicherweise wurden sie aber auch ergriffen, um unter allen Umständen die Ausgaben — auf Kosten der Angestellten natürlich — zu droffeln.

Es kann nicht abgelehnt werden, daß die Rationalisierung im Bankgewerbe besonders schwierige Verhältnisse für viele Angestellte schafft. Das liegt an dem rigorosen Vorgehen und an der ungezügelter Profitgier der Bankleitungen. Wohl kaum in einem anderen Gewerbe wird so ausschließlich auf Kosten der Angestellten und zugunsten der Unternehmungen rationalisiert wie im Bankgewerbe.

In seiner Abhandlung „Rationalisierung“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften sagt Dr. J. Gerhardt: „Das Reichs-Laboratorium für Wirtschaftsforschung gibt folgende Begriffsbestimmung: „Rationalisierung ist die Anwendung aller Mittel, die Technik und planmäßige Organisation dienen zur Hebung der Wirtschaftlichkeit und damit zur Steigerung der Gütererzeugung, zu ihrer Verbilligung und damit auch zu ihrer Verbesserung.“ Unmittelbarer Zweck der Rationalisierung ist jedoch in der Konkurrenzwirtschaft nicht die Steigerung der Gütererzeugung, ihre Verbilligung und Verbesserung, sondern Erhöhung der Rentabilität. Die Steigerung der Gütererzeugung ist erst die Folge der Rationalisierung.“

Hier ist das Wesen der kapitalistischen Rationalisierung von einem bürgerlichen Manne gezeugt. Die Erhöhung des Profites des Einzelindividuum, nicht aber die Steigerung der Gütererzeugung ist ihr Zweck. Verständlich deshalb auch, daß im kapitalistischen System die Vorteile der Rationalisierung in erster Linie den Produktionsmittelbesitzern zugute kommen. Für viele Arbeiter und Angestellte wirkt sie sogar oft nachteilig aus. Aber das liegt nicht an der Rationalisierung selbst, sondern am bestehenden

Wirtschaftssystem. In einer Wirtschaftsordnung mit geregelter nach dem Prinzip der Bedarfsdeckung und nicht des Profitstrebens auf gebauter Produktion könnten Rationalisierungserfolge nur sozial günstige Auswirkungen haben. Es wäre an der Zeit, daß dies auch die Bankangestellten einsehen, die bestehende Wirtschaftsordnung nicht mehr als die einzige, „von Gott gewollte“ betrachten und daraus die erforderlichen Schlüsse zögen.

Erhöhung der Arbeitslosenziffern

Die Arbeitslosenziffern steigen erheblich. Wir stehen im Augenblick bereits bei einer Arbeitslosenziffer von über 1 Million. Nach den amtlichen Berechnungen ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der zweiten Oktoberhälfte von 784 000 auf 889 000, also um rund 105 000

oder 13 1/2 Prozent gestiegen. An der Zunahme sind diesmal auch die Frauen — und zwar mit rund 12 000 — beteiligt, während die männlichen Unterstützten um rund 94 000 zugenommen haben. Die Gesamtzahl der Unterstützten in der Arbeitslosenversicherung liegt zur Zeit um mehr als 200 000 Personen höher als zu der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist in der zweiten Oktoberhälfte von 165 000 auf 172 000, also um rund 7 000 oder 4 Prozent angestiegen.

Wohl ist das Tempo des Anstiegs der Arbeitslosenziffer nicht schneller als im Vorjahr, aber es ist schneller als man erwartete. Auf jeden Fall gehen wir mit einem beträchtlichen höheren Niveau der Arbeitslosenziffer in den Winter hinein. Schon die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung dürfte bis zum 15. November bereits eine Million erreicht haben. Die Grenzziffer, bis zu der die Reichsanstalt aus eigenen Mitteln die Unterstützung bereitstellen kann, ist 820 000. Bereits in nächster Zeit wird die finanzielle Reserve der Reichsanstalt, die nur 28 Millionen beträgt, in Anspruch genommen werden müssen. Die Reichsanstalt muß also im Monat Dezember das Reich abermals um Darlehen angehen.

Reptilienfonds gegen Gewerkschaften

Die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie finanziert die Gelben

Kürzlich ging die aufsehenerregende Mitteilung durch die Presse, das Ostdeutsche Braunkohlenyndikat in Berlin habe im Jahre etwa 300 000 Mark zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung hergegeben. Das Syndikat hat nicht gewagt, dieser Behauptung zu widersprechen. Es stimmt also. Trotz der enormen Höhe der Summe ist das aber nur ein winziger Bruchteil der wirklich von der gesamten mitteldeutschen Braunkohlenindustrie verschleuderten Korruptionssumme. Die Braunkohlenindustrie bombardiert die zuständigen Regierungsstellen unter Hinweis auf die „angeblich unrentierliche“ Wirtschaftslage dauernd mit Preisermäßigungsanträgen. Es ist daher sehr denklich, in voller Deffektivität einmal festzunehmen, welche geradezu enormen Gelder diese „arme Industrie“ zur Propaganda für die völkische Werksgegnung offen und verdeckt verpulvert.

Was sich die Großkonzerne trotz ihrer von sich selbst behaupteten Armut in bezug auf die Bekämpfung hauptsächlich der Gewerkschaften alles leisten können, ist nicht mehr zu übersehen. Die Gelder werden natürlich verschiedenartig verwendet, letzten Endes dienen sie aber ausschließlich zur Benützung der „Werksfremden“, also der Gelben und Stahlhelmer.

Zunächst ist es die Form der

Prämien,

die in der Regel nur den Mitgliedern der Werks- und Knappensvereine in erhöhtem Maße und völlig willkürlich zugesprochen werden. Besonders der Deakonern ist hier „bahnbrechend“. Die „Gesinnungsgünstigen“ erhalten eine Sparprämie, die erst kürzlich durch die Gnade des Direktoriums um wöchentlich 50 Pfennig auf 1,50 Mark erhöht wurde.

Am in der Freizeit insbesondere die Jugendlichen ins nationalstatische Lager zu drängen, geben fast alle Konzerne viel Geld aus für Sport und partielle Veranstaltungen. Unzählige Sportplätze und Werkskassen sind zu diesem Zweck errichtet und angekauft worden. Ebenso werden Anstalten gepopt.

Werkskapellen, Werksgejangvereine, Werkslegelclubs usw.

Das alles geschieht aber nur, um die Getreuen gegen die rote Anstetzung abzuwandern.

Am wenigstens ab und zu als „Mohläter“ zu erscheinen und umschmeichelt zu werden, veranstalten die Direktoren periodisch, in der Hauptsache um die Weihnachtszeit, Familienunterhaltungsabende. Geschenke an die Kinder, Kaffee und Kuchen für die Frauen und Bier und Zigarren für die abgerockten „treuen Seelen“ sollen dann annehmend bei dieser Gelegenheit den im Jahre aufgesparten Jörn für schlechte Bezahlung vergessen lassen. Jedenfalls aber ist für derartige Veranstaltungen Geld im Ueberfluß vorhanden. Eine besondere Rolle spielt die geistige Kost. Eine Flut geistiger Werkszeitungen, die völlig unentgeltlich verbreitet werden, ergießt sich über die Belegschaften. Gesperrt wird dabei nicht, die leichte Kost ist auf desto besserem Papier gedruckt. Die Mitarbeiter sind nicht billig.

Am im Zeitalter der Technik und des Verkehrs die „Aus-erlebens“ in den Genuss des „Weitblicks in bestimmten Grenzen“ gelangen zu lassen, werden Werksreisen unter „sachkundiger“ Führung veranstaltet. Nur wer sich besonders gut bewährt hat, das heißt, dessen Gesinnung „erprobt“ ist, nimmt daran teil. Um der Deffektivität zu zeigen, daß man da ist und auch wächst, werden jährlich in den verschiedensten Revieren die wegen des Treibers so beliebten

„Treudeutschen Knappensfeste“

veranstaltet. Hierzu kommen die ganz Großen; Leopold, Rademacher u. a. steigen herab zum gemeinen Kohlenvolle und predigen Frieden. Die Konzerne lassen es sich an diesen Tagen etwas kosten. Unzählige Kastautos und Werkskapellen werden kostenlos zur Verfügung gestellt. Auch hier ist wieder Geld im Ueberfluß vorhanden.

Ein besonderes Kapitel bilden die

„Gegenmährliche Schulungskurse“.

In enger Verbindung mit dem „Dint“ sollen in zum Teil wochenlangen Kursen „hoffnungsvolle Unerwähnte“ zu Funktionären der Gelben erzogen werden. Es geht zwar nicht in allen Fällen; aber die aufgewandten Gelder sind ganz enorm. Der Lohn wird bei Teilnahme an einem Kursus weiterbezahlt, außerdem erhalten die auserwählten Spejen und Beförderung

Ganz enorm sind die Kosten für die Lehrer, von denen nur einige genannt seien: Barts, Dr. Stabler, Dr. Theiler, Leopold, Dr. Stübbers, Dr. Eise, Kortum u. a. m. Alle deutschen und internationalen Männer und Stahlhelmer. Die Oberleitung liegt in den bewährten Händen des Braunkohlenindustrievereins Halle.

Daneben wird von den Sphidzi des Arbeitgeberverbandes, die durchweg ehemalige tschechische Offiziere sind, versucht, die Belegschaften für den Stahlhelmegeist empfänglicher zu machen.

Nicht unbeachtlich ist das Gebiet der Werkswohnungen. Auch hier werden große Summen aufgewendet zum Bau von

„Werkswohnungen nur für Gelbe“.

Auch der Sozialpolitik wird gedacht. Massen von Sudetenschriften, deren Inhalt sich gegen die Sozialversicherung, gegen die Knappenschaft und deren Leitungen richtet, werden gleichfalls auf Werkskosten hergestellt und verbreitet. Nicht man ziffernmäßig die Ausgaben für die angeführten Positionen zusammen, dann steht fest, daß die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie in den letzten Jahren Millionenbeträge an Korruptionsgeldern zur — erfreulicherweise erfolglosen — Bekämpfung der Gewerkschaften aufgewendet hat. Man muß das gerade jetzt in Erinnerung bringen, wo die mitteldeutschen Bergbauindustriearbeiter um eine menschenwürdige Entlohnung kämpfen.

Die Braunkohlenindustrie hat — das steht fest — durch die Finanzierung der Gelben und Stahlhelmer selbst den Beweis erbracht, daß sie höhere Löhne bezahlen kann.

Leipziger Rundfunkprogramm

Sonnabend, 16. November.

- 10,00 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt. Anschließend: Schallplattenkonzert.
- 11,45 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen.
- 12,00—12,30 Uhr: Schallplattenkonzert.
- 12,30—12,55 Uhr: Kanener Zeitungen.
- Anschließend: Wettervorhersage, Presse- und Börsenbericht.
- 14,30 Uhr: Poststunde für die Jugend. Sprecherin: Susanne Bach.
- 15,00 Uhr: Willi Apel, Stadtrada: „Wir bauen Futtergeräte und Mistkästen für die Vögel.“
- 15,45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 16,00 Uhr: Praktische Rechtskunde. Bericht von Landgerichtsrat Paul Gähler und Amtsgerichtsrat Dr. Paul Mayer, Dresden: „Die Haftung des Tierhalters.“
- 16,30 Uhr: Radmittagskonzert. Kapelle Bleichharts, Dresden. Dirigent: Ernst Bleichharts.
- 18,00 Uhr: Funtkassette.
- 18,20 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangabe.
- 18,30 Uhr: Dr. Joh. Nijal, Leipzig: „Auch der heutige Schüler noch lernen?“
- 19,00 Uhr: Konzert der Weintraub Synkopators.
- 19,30 Uhr: Hans Reimann mit seinem Programm.
- 20,15 Uhr: Uebertragung aus dem Vereinshausaal, Dresden: Konzert. Dirigent: Generalmusikdirektor Hermann Scherchen. Das Königsberger Rundfunkorchester.
- Anschließend: Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht, Bekanntgabe des Sonntagsprogramms und Sportfunk.
- Anschließend: Funtkabarett. Mitwirkende: Engelbert Miße und das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber.
- Bis 00,30 Uhr: Tanzmusik (Schallplatten).

Berichtungs-Kalender

Freitag, 15. November.

- Deutscher Metallarbeiter-Verband (Annungsschmiede), Volkshaus, 19,30 Uhr.
- Sonnabend, 16. November.
- Bund soz. Freidenker, Detagruppe Nüßchena, Volkshaus Nüßchena, 20 Uhr.



Herren-Rindboxstiefel mit Zwischensohle

Doppelsohlen

halten auch bei naschkaltem Wetter Ihre Füße warm und trocken

- Herrenstiefel schwarz Rindbox, solide Verarbeitung 8 85
- Herrenstiefel in Orig. Good-Welt 14 50
- Braun Herrenstiefel mit Doppelsohlen, echt Boxkell 19 50



Leipzig, nur Hainstraße 16/18

Verkaufsstelle: Conrad Tack & Co., G. m. b. H.

Wo ruft die Pflicht?

Vorkände der Kädtischen Ortsvereine.

Die Vorschläge für Schöffen und Geschworene müssen bis spätestens Montag, den 18. November, dem Sekretariat eingereicht sein.

Funktionäre.

Alt-Beipziger-Süden. Gruppenführer, Funktionäre und alle Wahlhelfer Sitzung Sonnabend, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 8.
Alt-Beipziger-Nord. Sonnabend, den 18. November, 20 Uhr, im Kreuz, Nordstraße, Funktionäre und Wahlhelferführung. Von 18 Uhr an Flugblattausgabe.

Thonberg. Wir treffen uns zum Fadelzug morgen Sonntag, 18.30 Uhr, Städtisch, Weikeplatz.

Neubitz. Funktionäre, Jugend, Reichsbanner sowie alle Wahlhelfer Sonntag 8 Uhr im Arbeiterheim, Kirchstraße 17.
Volkmarstorf. Funktionäre, Reichsbanner, Jugend sowie sämtliche Wahlhelfer Sonntag 8 Uhr im Arbeiterheim, Kirchstraße 17.

Dehlig-Gauß. Heute Freitag, 20 Uhr, im Rathaus.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Connewitz. Alle Helfer beteiligen sich Sonnabend am Fadelzug; anschließend eine kurze Besprechung in der Bibliothek.

Alt-Beipziger-Ost. Horde Jodler trifft sich am Montag um 17.15 Uhr am Heim, 1.20 Markt für Großsteinberg mitbringen.

Connewitz. Gruppenleiter, Ernst, Jwede 1, Herbert-Kurt Sonntag treffen 15.30 Uhr am Kreuz. Wir spielen Dr. Dostlie und seine Tiere.

Neuhäuser Osten. Nächste Helfer-Arbeitsgemeinschaft am Montag, 20 Uhr, im Paunsdorfer Heim.

Stütz. Alle Gruppenleiter und Helfer werden zu einer notwendigen Besprechung geladen für Dienstag, 19.30 Uhr, bei Ehrlich.

Arbeiterwohlfahrt.

Schulungsfuror. Dienstag, den 19. November, 19.30 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 8, Vortrag über: Die Amtsvormundschaft. Vortragender Herr Jugendamtsdirektor Purtsche.

Mitglieder-Veranstaltungen

Alt-Beipziger-Nord. Freitag, den 15. November, 19 Uhr, auf dem Blücherplatz Stellen zum Fadelzug in unserem Bezirk. Erscheint zeitlos.

Eutritzsch. Alles stellt sich am Sonnabend, dem 16. November, 19 Uhr, in der Gossenschlößchen zum Fadelzug. Am Tage vor der Wahl darf es keine Säumigen geben.

Unser Wahllokal für Sonntag, den 17. November, ist das Gossenschlößchen, eine Treppe. Abends Bekanntgabe der Wahlergebnisse.

Gröhschlocher. Sonntag ab 20 Uhr Resultatverkündung in der Friedrichsburg. Morgen und Sonnabend Flugblattverbreitung ab 11.30 Uhr. — Dienstag, den 19. November, 20 Uhr, in der Bibliothek, Frauenabend. Genosin Erna Kammer spricht über „Mutter und Kind“.

Der Sitz des Bezirkswahlkomitees

Beendet sich am Sonntag, dem 17. November, im Bezirkspartei-Sekretariat, Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 (Leipziger Volkszeitung), Telefon 250 78. Geöffnet von 8 Uhr ununterbrochen bis 24 Uhr. Das Sekretariat Groß-Leipzig ist gleichfalls von 8 Uhr bis 24 Uhr geöffnet. Telefon 180 25.

Einige Beschwerden und Verstöße beim Wahlakt oder sonstige die Wahl beeinträchtigende Störungen sind sofort durch Telefon 250 78 oder durch Boten zu melden.

Für die Übermittlung der Wahlergebnisse sind die ausgegebenen Wahlergebnislisten zu benutzen. Sowohl der Stadtbezirk Leipzig und die Ortsgruppen der Amtshauptmannschaft Leipzig in Frage kommen, sind die Resultate sofort nach Feststellung des Wahlergebnisses unverzüglich durch Boten dem Sekretariat Groß-Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, zu übermitteln.

Die Resultate der Orte aus den Unterbezirken Borna, Döbeln, Rochlitz, Wurzen sind dem Bezirkssekretariat Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, sowie auch den Untersekretariaten mit der ausgefüllten Resultatliste sofort nach Wahlschluss zu übersenden.

Bei telefonischen Mitteilungen der Wahlergebnisse sind die Fernsprechnummern 250 78, 180 25 und 722 06 zu benutzen. Falls am Wahltag irgendwo noch Material und dergleichen fehlt, ist dieses von den betreffenden Orten durch einen mit Ausweis versehenen Boten selbst abzuholen. In den Orten der Unterbezirke Borna, Döbeln, Rochlitz und Wurzen ist etwa noch fehlendes Material bei den Kreiswahlkomitees zu erhalten.

Bezirkskomitee der SPD Leipzig.

J. A.: Karl Schjörns.

Von Dresdener antarktischer Expedition

12. Paris, 13. November.

Die geologischen Sachverständigen der Byrd-Expedition, die nach dem sogenannten Königin-Maud-Gebirge vordringen, sind Sonnabend auf der zweiten Hilfsstation auf dem 80. Grad südlicher Breite eingetroffen. Schwere Schneestürme gestalteten das Vordringen äußerst schwierig, doch soll sich das Wetter nach der letzten Meldung etwas gebessert haben, so dass sich auch die Hieshunde in besserer Verfassung befinden und ein günstiges Ergebnis der Forschungen möglich war.

Eine gestürzte Hafenkreuzgröße

Bezirksleiter Dr. Höhne wegen „stinkender Faulheit“ und Schuldverwicklung aus der Nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen

Vor einem halben Jahre wurde von den Bauhener Nationalsozialisten der am 20. Januar 1902 in Niesitz (Niederlausitz) geborene — also 28 Jahre alte Dr. rer. pol. Joachim Höhne, der zuletzt Steuerberater beim Landbund in Görlitz war, als Bezirksleiter angestellt. Man gab ihm ein monatliches festes Gehalt von 150 Mark, das er bequem durch Verammlungsstätigkeit auf 400 bis 500 Mark steigern konnte. Daneben hatte Höhne auch noch die Leitung der Ortsgruppe Bauhen. Er verstand es eben, sich „emporzuarbeiten“.

In zahlreichen Versammlungen verkündete er die Erneuerung Deutschlands durch die Nationalsozialisten, schimpfte über Korruption, Schiebung und Bonzentum — und jetzt kommt plötzlich für die nazibegleiteten Bauhener wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Kunde von seinem Ausschluß aus der Nazi-Partei.

Das war ja ein sauberes Fräulein, dieser Bezirksleiter Dr. Höhne. In jeder Beziehung ein schwankendes Rohr im Winde, auch in seiner politischen „Überzeugung“. Er gab vor Gericht selbst einmal an, er sei früher Anhänger Friedrich Raumanns und Ludwig Traubs, also demokratisch eingestellt gewesen. Als dann während der letzten Jahre nach dem Zusammenbruch, wo während sein Süßchen Kohle hatten, in Niesitz der Volksgutrat einen Teil der aufgespeicherten Kohlenvorräte bei Höhnes Eltern beschlagnahmte, wuchs in ihm „ein grenzenloser Haß gegen diesen Staat und dieses System auf“. So wurde Dr. Höhne Nationalsozialist — das sagte er wenigstens vor Gericht, in Wirklichkeit bewegte auch wesentlich andere Gefühle seine teuflische Männerdrust.

Trotzdem es Höhne durch seine Rückwärtslosigkeit und seine Schamhölzererlei gelang, eine führende Stellung zu erlangen, also wohlbestallter „Bonze“ zu werden, begegnete man ihm im Kreise seiner Parteigenossen mit starkem Mißtrauen, das immer mehr anwuchs. Man zweifelte sogar, daß er studiert und seinen Doktor gemacht hatte und ließ durch ein Parteimitglied, einen Apotheker aus der Stadtapotheke, Erkundigungen bei der Breslauer Universitätsbibliothek einholen. Damit hatte es aber keine Richtigkeit. Seine Parteigenossen fühlten sich aber zu diesem Mißtrauen berechtigt, denn sie und auch andere Außenstehende machten die Erfahrung, daß Dr. Höhne unmaßstäblich, verlogen, unmännlich war; gegebene Versprechungen irgendwelcher Art wurden fast nie eingelöst.

Besonders wuchs die Erbitterung aber über die Art und Weise, wie Dr. Höhne glaubte, seine Tätigkeit als Ortsgruppenführer und Bezirksleiter zu erfüllen.

Er war ein Feind jeder Arbeit. Außer einigen Reden in Bauhener Versammlungen blieb er vollkommen negativ. Man wollte es aber noch einmal mit ihm versuchen, entzog ihm vor etwa 6 Wochen die Führung der Ortsgruppen-Geschäfte, legte den Ingenieur Bernweh aus der Waggonfabrik als Ortsgruppenleiter ein und übergab Dr. Höhne lediglich den Bezirk. Aber auch damit ging es nicht, Dr. Höhne verschlampete und verlebte alles. Bis in die ersten Nachmittagsstunden lag er im Bett und schlief — wie Eingeweihte sagen; war Höhne einem Raufgast verfallen —, die Post blieb tagelang un-

geöffnet auf dem Tisch liegen, Besucher, die Anstöße haben oder Dr. Höhne in irgendwelchen Angelegenheiten sprechen wollten, kamen umsonst, denn der Herr Bezirksleiter lag im Bett und schlief. Ging er wirklich einmal aus Telephon, wenn bei seinen Wirtsleuten auf der Carolafstraße angerufen wurde, so stieg er nachher sofort wieder ins Bett. Alles blieb liegen und verbummelte. Höhne setzte Versammlungen auswärts an und erschien nicht, er wurde von größeren Orten angefordert und kam nicht — statt dessen konnte man ihn fast täglich nachmittags und abends in Cafés und Restaurants sitzen sehen, nur ab und zu ging er hinaus in den Bezirk. Man sagte ihm zum Vorwurf, daß er in einem halben Jahre nur eine einzige Ortsgruppe gegründet habe, seine Parteigenossen sprachen von „stinkender Faulheit“ und „notorischer Arbeitsunlust“ und erklärten solches auch ihm gegenüber persönlich.

Dazu kam, daß Dr. Höhne allmählich zu einem öffentlichen Vergernis durch seine Baumwirtschaft wurde.

Er pumpte Parteigenossen und Bauhener Geschäftsleute um ansehnliche Beträge an — bisher wurden rund 1000 Mark festgelegt —, lebte, nachdem er seine Wohnung in der Carolafstraße aufgegeben hatte, tags- und wochenlang bei fremden Leuten, ohne zu bezahlen, schlief in Hotels und machte Schulden und arbeitete fast überhaupt nicht mehr für die Partei. Er war zu jeder praktischen und positiven Arbeit unfähig, das einzige, was man von ihm kannte und was ihn immer wieder hielt, war seine Rebegewandtheit. Dazu kam noch die große Blamage durch die Bürgerlichen, die öffentlich erklärten, Dr. Höhne habe den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung, „in Bauhener Stadtparlament werde verraten und gelogen auf der ganzen Front“, nicht erbringen können, sondern trotz mehrwöchiger Frist geschwiegen. Außerdem forderte Dr. Höhne, daß man ihm nach der Wahl den Stadtratssitz, auf den man hofft, gebe, wovon die Parteimitglieder nichts wissen wollten. So nahmen die Dinge ihren Lauf.

Der Gau schloß auf Betreiben der Ortsgruppe Bauhen diesen Jamosen Bezirksleiter aus der Partei aus!

Als der Ausschluß am Montag in öffentlicher Versammlung bekanntgegeben wurde, hatte Dr. Höhne schon lange den Staub Bauhens von den Füßen geschüttelt und war unter Juridikation von fast 1000 Mark Schulden bei seinen Wirtsleuten, Parteifreunden und Geschäftsleuten und seines armeneligen Gepäcks lang- und langsam verschunden. Er soll sich gegenwärtig in Hannover aufhalten.

So ist dieser leuchtende Stern am nationalsozialistischen Himmel schon erloschen. Solche Leute sind nun die Erneuerer Deutschlands! Diese zweifelhaften Personen erlauben sich, die bewährten Führer der Arbeiterkraft, die jahrzehntlang und selbstlos Tag für Tag und Nacht für Recht in der Arbeiterbewegung stehen, mit ihren Dredmäulern zu beschmutzen. Der zweite Kandidat auf der Bauhener Stadtordnungsliste, der sogenannte Arbeiter Feldmann, ist der ersten würdig; er war früher ein bekannter Kadaver-Kommunist und ist auch schon mit dem Gesetz in Konflikt gekommen. So sehen die Leute aus, die Deutschland „aus dem Sumpf erheben und erneuern“ wollen! Na, danke schön!

Gemeingefährlicher Polizeioberleutnant

Uns wird berichtet: Festgenommen und der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Dresden zugeführt wurde ein Polizeioberleutnant aus Zwidau; der beschuldigt wird, während der in Dresden als Polizeioffizier seinen Dienst verrichtete, gegenüber einem jungen Kaufmannssohn sich unästhetisch vergangen zu haben. Man darf gespannt sein, ob sich die schwere Beschuldigung bestätigt. Die Untersuchung dauert fort.

Vermutlich handelt es sich um den Polizeioffizier, der in Dresden zur Erhöhung seines Privatvermögens diensttuende Polizeibeamte beauftragte, telephonisch eine Dirne in die Kaserne zu bestellen. Der Vorgang wurde den Vorgesetzten dieses sauberen Herrn dienstlich bekannt. Verfügt wurde nichts. Hoffentlich wird die heutige Untersuchung nicht zu einer Unterdrückung des Tatbestandes, was nach den bisherigen Erfahrungen sehr zu wünschen wäre.

Der Verhaftete heißt Krampe.

Sechs Monate Gefängnis für eine Kindesaushebung.

Am 31. August wurde in Dresden-Johannstadt im Grundstück Stephantstraße 51, vor der Wohnung für eine Witwe Lunge, ein kleines, erst 12 Tage altes Mädchen niedergelegt und nach Auffindung alsbald dem Findelhaus überwiesen, wo es sich noch befindet. Als Kindesmutter wurde die 21 Jahre alte vormalige Direktrice, jetzige Arbeiterin, Lotte Faber ermittelt. Sie hatte mit dem Sohn der Witwe Lunge, dem 39 Jahre alten Kaufmann Erich Lunge, ein Verhältnis unterhalten, aus dem das Kind entsprang. Lunge hat sich übrigens auch zu der Vaterchaft bekannt und verpflichtet, für den Unterhalt sorgen zu wollen. Die Faber,

die bereits Mutter eines anderthalbjährigen Kindes ist, für das sie allein aufzukommen hat, mußte sich wegen der Kindesaushebung vor dem Amtsgericht Dresden verantworten. Die Angeklagte war geständig, sie will aus Verzweiflung gehandelt haben. Kriminalkommissar Scheiner sagte als Zeuge aus, das Kind hat durch die Aushebung keinerlei Schaden erlitten. Das Urteil lautete wegen Vergehens nach § 221 Abs. 1 und 2 StGB auf sechs Monate Gefängnis, der für solche Handlungen angedrohten Mindeststrafe. R.-g.

Neuer Baugeschäftswurf. Wie eine Dresdener Korrespondenz erzählt, hat das Ministerium des Innern den unter dem Minister Dr. Apelt ausgearbeiteten Entwurf eines Baugesetzes fallengelassen. Es wird gegenwärtig ein neuer Entwurf vorbereitet.

Stadt Herznhut. Das Gesamtministerium hat der Gemeinde Herznhut wegen ihres städtischen Charakters und in besonderer Berücksichtigung ihres weitreichenden Rufes ausnahmsweise die Befugnis erteilt, sich als Stadt zu bezeichnen.

Dresden. In den Tod gerast. Ein 23 Jahre alter Kraftfahrer tauchte die Straße entlang. In einer Ecke fuhr er in einen entgegenkommenden Lastkraftwagen, wobei er so schwere Verletzungen erlitt, daß er bald darauf starb.

Mittweida. Zusammenstoß zwischen Lieferwagen und Güterzug. Auf der Staatsstraße Mittweida-Markersdorf stieß ein Blechwarenhandler mit seinem Lieferwagen mit einem Güterzug zusammen. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert und mußte abgeschleppt werden. Der Händler kam zum Glück mit einigen Schnittwunden davon. Im Wagen saßen noch zwei Frauen, die nach dem Unfall schwerlich die Flucht ergriffen. Dem Wagenführer soll angeblich die Schuld an dem Unglück treffen, der den sehr langsam fahrenden Zug hätte sehen müssen.

Däner- und Städtewappen aller Erdteile in Gold- und Silberdruck; Die EREUDE des KURMARK-RAUCHERS.



Der Künstler:

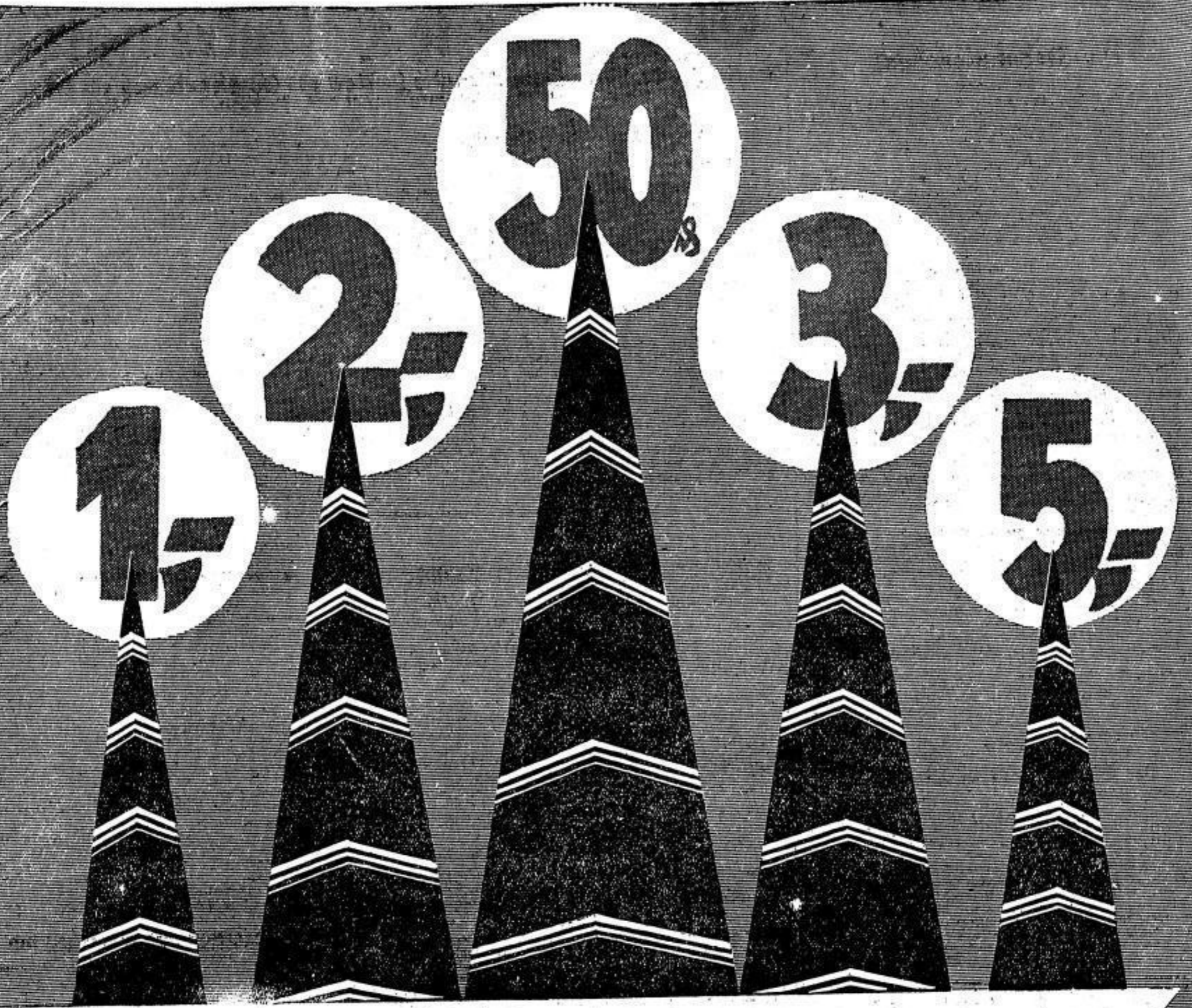
Im Schaffenstrang meiner Arbeit empfinde ich das Handwerksmäßige fast als hemmenden Ballast. Die schaffende Hand vermag kaum dem Flug der auf mich einströmenden Gedanken zu folgen, wenn das Rauchen von Cigaretten ausgeglichener Geschmackswirkung mich in wunderbarer Weise belebt.

So schafft den positiven Genuss

KURMARK

die Cigarette der neuen Epoche!

Als Repräsentationspackung für Geschenke und Feste, den Rauch- und Schreiblich fördern Sie KURMARK-PRIVATPACKUNG (ohne Preisaufsicht)



Die großen Tage der
Einheits-Preise
 sind wieder da!

Alles haben wir daran gesetzt, um auch diesmal
Höchstleistungen und nur Höchstleistungen
 zu vollbringen. Tausende schöne u. praktische Gegenstände werden Sie finden,
die weit aus dem Rahmen des
Alltäglichen herausgehen.
 Deshalb werden Sie nicht nur für jetzt, sondern schon
für Weihnachten
richtig einkaufen.

Lesen Sie morgen
 unsere vierseitige
 Beilage!

Heute Vor**kauf!**

Verkauf!

K A U F H A U S
BRUNNEN

NAUMANN



Wunderknaabe Ritter

Wunderknaabe deshalb, weil sich alles darüber wundert, wie Herr Ritter so unbeschadet als Stadtbaurat nach Leipzig gewählt wurde.

Leistungen: Grassmuseum, Schlachthof, Großmarkthalle. Höhe der Ueberschreitungen: etwa 12 Millionen Mark.

Auf dem Gebiet der Wahrheitsliebe und des Vertrauens kennt er sich wenig aus. Sein Auftreten in Leipzig leitete er bekanntlich damit ein, daß er mindestens eine solche herrschaftliche Wohnung haben möchte, wie er sie in Köln bewohnte.



Der Stadtbaurat Ritter habe schriftliche Vorschläge, ganze Plätze aus den Altten entfernt, Eintragungen in Altten wegradiert. In all diesen Dingen handelt es sich um empfehlende Bemerkungen über die Städtische Baugegen-schaft.

Man denke einmal, was gesehen wäre, wenn an Stelle Ritters ein sozialdemo-kratischer Stadtrat so gehandelt hätte. Man hätte ihm ein hoch-notpeinliches Halsgericht gemacht und ihn mit Schimpf und Schande entfernt. Daraus möchte man die Konsequenzen ziehen.

Weber Stadtbaurat Ritter noch der Rat haben bis zum heutigen Tage gewagt, gegen diese, jeden anderen Menschen ein-sach wegweisende Feststellung Plottkes auch nur das geringste zu unternehmen. Und so geht es fort. Er fühlt sich sehr wohl dabei und gehört zu den Prachtexemplaren im Ratskollegium.

Trübe und regnerisch - Frost und Schnee

Das Ereignis der vergangenen Woche war der gewaltige Sturm-wirbel, der in der Nacht zu Dienstag den deutschen Westen und Nordwesten erreichte und sich hier mit elementarer Kraft ausstobte.

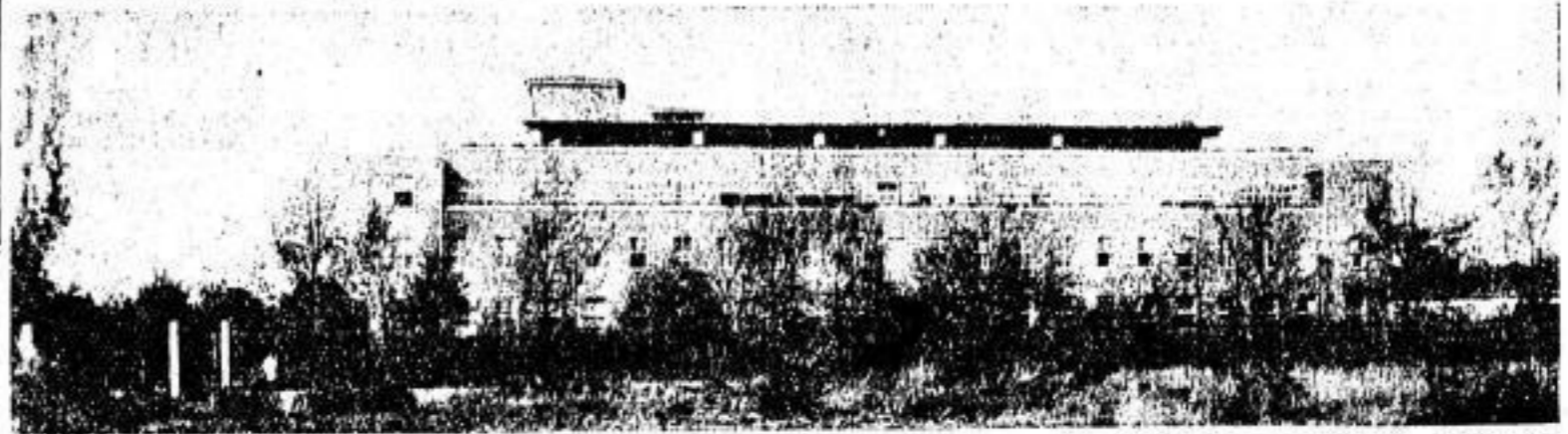
Erst auf der Weltweiserkarte von Montag nacht war diese Ent-wicklung, die man vorher nicht einmal ahnen konnte, zu erkennen. Mit der gleichen Plötzlichkeit, mit der das Sturmtief heraneilte, machte es auch dem kühlen, meist trockenen und heiteren Wetter, das im Westen bis Montag abend, in Mittel- und Ostdeutschland bis Dienstag früh ge-herrscht hatte, ein Ende.

Die Ursache des schnellen Ab-ebbens der Stürme, die sich diesmal kaum bis zur westlichen Ostsee aus-dehnten, scheint auf einer allgemeinen starken Druckzunahme über ganz Nord- und Osteuropa zu beruhen.

Insgesondere hat sich das seit längerer Zeit über Rußland lagernde Hoch als sehr widerstands-fähig erwiesen und neuerdings einen Vorstoß nach Westen unter-nommen, der zu beachten bleibt, wie auch aus dem Raum von Grönland und aus dem Gebiet östlich von Spitzbergen frische Polar-luft nach Süden abfließt. Der Drucksteigerung im Osten und Nord-osten steht recht niedriger Luftdruck über Mittel- und Südeuropa gegenüber, und es scheint, daß die kalte Polarfront einen all-gemeinen Vorstoß südwärts unternimmt. In Schottland und Eng-land hat der Kaltsturmbruch auf der Rückseite der Sturmzyklone bereits starke Schneefälle ausgelöst; die Morgenstemperaturen lagen Donnerstag in Schottland und Nord-England schon zum Teil unter Null; London hatte morgens nur ein Grad Wärme. Bei uns wird bis zur völligen Ausfüllung der über Mitteleuropa verlagerten Tiefdruckzone das Wetter trübe, kühl und regnerisch bleiben; sobald uns aber der Kaltsturm vom Nordost oder Nordwest erreicht, werden die Temperaturen bis an den Gefrierpunkt oder auch darunter sinken. Die Neberschläge dürften dann auch in der Ebene niefach in Schnee übergehen. Der genaue Zeitpunkt der Entwicklung ins Winterliche läßt sich allerdings im Augen-blick noch nicht bestimmen.

Kommunistische Erwerbslosen-Agitation

Wir werden um die Aufnahme folgender Zellen ersucht: In einem Aufreiß des kommunistischen Erwerbs-lojenanschlusses, der gehtern vor allen Arbeitsnachweifen ver-teilt und in dem ich zum Redaktour „ernannt“ wurde, wird behauptet, ich hätte in einer Erwerbslosensammlung in Marz-towitz gelangt, daß von 100 Erwerbslosen nur 2 arbeiten wollten. Ich habe selbstverständlich eine derartige Äußerung nie getan. Es handelt sich um eine freche Lüge von der KPD, die ich vor aller Öffentlichkeit anprangern möchte als Beweis für die Verlum-pung der kommunistischen Agitationsmethoden. Fritz Heller.



Heim für gebrechliche Kinder

Unbeachtet von einem großen Teil der Einwohnerschaft ist in Probstheida ein Bau entstanden, der einem großen sozialen Zweck dienen soll. Vor nunmehr 20 Jahren wurde in Leipzig der Verein „Leipziger Heim für gebrechliche Kinder, e. V.“ gegründet, der sich zum Ziel gesetzt hatte, gebrechlichen Kindern ein Heim zu geben.

Kun ist der Bau fertig und bereits seit Oktober bezogen. Eine äußerst gefällige Architektur läßt darauf schließen, daß auch im Inneren des Heimes alles zweckmäßig arrangiert ist.



Bei dem Eintritt beständig sich diese Auffassung. In hellen, freundlichen Far-ben sind alle Räume gehalten. Die Innenarchitektur ist ohne jede Verzierung und Verchnörkelung und nur der Zweckmäßigkeit ent-sprechend angeordnet, aber doch gefällig. Für das Eindringen von Luft und Licht ist ausgiebig Sorge getragen. Im Unter-gechoß befinden sich die Wirtschaftsräume, im Erdgechoß die Schule, Lehrwerkstätten und Büros, im ersten Obergechoß die Wohn- und Schlafräume, im zweiten Obergechoß die Liege-terrassen, Operations- und Gipsraum, Röntgen- und Bestrahlungs-zimmer, sowie Dienstwohnungen. Im Dachgechoß findet man die Bodenräume, Zimmer für die Aussicht und ein großes Sonnen-bad mit herrlicher Aussicht auf die Umgebung. Der Bauentwurf des Heimes sah von vornherein wieder die seit Jahren bewährte Gliederung in Klinik, Schule und Heim vor.

Zur Zeit ist das Heim mit 180 Kindern belegt, die hier alles finden, was ihnen von Nutzen sein könnte. In vier Schulzimmern wird der Schulunterricht nach den neuesten Ergebnissen der Päd-agogik erteilt. Bei den Stg- und Liegegelegenheiten ist im weitesten Maße auf die Gebrechen der einzelnen Schüler Rücksicht genom-men. Auch für eine Berufsausbildung der Krüppel ist gesorgt. 16 Lehrlinge bilden sich hier im Bürohandl., Geflügelzüchterei, Schuhmacherei, Gärtnerei, Schneiderei, Tischlerei, Maschinen-strickerei und Weberei aus und sollen nach vollendeter Ausbildung der Berufsausbildung zugeführt werden. Nicht schulpflichtige, aber gefähliche Kinder vergnügen sich im Kindergarten des Heimes mit Spielen. Dabei ist festzustellen, daß auch in der Auswahl der Spielzeuge großer Wert auf das Leiden eines jeden Kindes ge-legt worden ist. Die Liegekinde, das sind Kinder, die nicht stehen oder laufen können, liegen in dem gemeinsamen Schlafzimmern in sauberen Betten und haben die Möglichkeit einer ihrem Leiden zweckmäßigen Beschäftigung.

Für das seelische Wohl der Kinder sorgt eine im Keller liegende Küche, die täglich fünf verschiedene Küchenzettel zulamen-stellt. Dem Heim selbst ist noch eine Schwesterküche ange-gliedert, in der Schwestern für die moderne Krüppelpflege und Ernährung herangebildet werden.

Der neue Bau entspricht allen modernen orthopädischen, hygie-nischen und pädagogischen Ansprüchen und kann sich mit Recht als eine Musteranlage für gebrechliche Kinder bezeichnen. Staats- und Gemeinbebehörden können sich ein Beispiel an dieser Anlage nehmen, um so mehr, da es ja eigentlich ihre Aufgabe ist, für diese bedauerenswerten Geschäfte in ausreichendem Maße zu sorgen.

Stuhl- und Tischbeine

Stalinische Aufklärung

Es ist eine ebenso bekannte wie betrübliche Tatsache, daß Wahl-veranstaltungen in der Regel mehr oder weniger ausschließlich von den geschworenen Anhängern der Einberufer besucht werden. Noch weit schmerzlicher aber ist es natürlich, wenn die große Mehrheit der zu Belehrenden aus kritischen Gegnern besteht, die von vorn-herin sämtliche Maßnahmen und Behauptungen der Veranstalter mit unverhohlenen Mißtrauen betrachten. Dann braucht man schon sehr viel Verstand oder sehr viel Stuhlbeine, um die Zuhörer von der durchschlagenden Kraft seiner Argumente zu überzeugen. Die kommunistische Jugend bedarf sich am Mittwochabend in solch einer Lage - und entschied sich selbstverständlich für Stuhlbeine.

Die proletarischen Jungwähler sollten durch den „Jungarbeiter-Kandidaten“ Bruno Blache von der einseitigen Richtigkeit der kommunistischen Kommunalpolitik überzeugt werden.

Zu diesem löblichen Zweck hatten sich gegen 20 Uhr in der „Goldenen Krone“ zu Mädem etwa dreißig Mitglieder der KJ zusammengefunden. Pflöchl erschienen rund zweihundert Mädel und Burshen der sozialistischen Arbeiter-Jugend im Saal, um auch von den Heilslehren Moskaus ein wenig zu profitieren! Eine peinliche Situation für die Stalinisten.

Anfangs hatte die Verammlungsleitung die Absicht gehabt, ein Präsidium wählen zu lassen. Pflöchl lag die Gedächtnis freilich wesentlich anders, und während einer der Jungmostowiter zum Fernsprecher flüchte, um Verstärkung aus anderen Teilen der Stadt aufzubieten, wurde der demokratische Vorstandsrath mit Schwung beiseite gedrückt. Nachdem sich dann bis gegen 20,30 Uhr noch an fünfzig Mann eingefunden hatten, die ausliefen, als ob sie auf der Straße gegen zwei Helle und freie Strahendahnfahrt ange-worben worden wären, konnte der Kommunist Bemm nicht umhin, das Wort zu ergreifen. Er erklärte, daß „aus technischen Gründen“ vor der Rede Blaches die sogenannten Roten Sender funken müßten. Auf den Widerspruch der SAJ-Genossen, die Ab-stimmung über die Programmfolge verlangten, bemerkte Bemm kategorisch, daß hier die KJ zu bestimmen hätte. Die SAJ fügte sich.

Der bolschewistische Rundfunk bemühte sich mit unbeschränktem Erfolg um den Nachweis, daß bei ihm der Geist völlig weg oder gar überhaupt noch nie dagewesen ist. Nur einmal brachte er, freilich bloß indirekt, den ganzen Saal zu einem homerischen Ge-lächter: als er fragte, was der größte Automat in Leipzig sei, und antwortete: Das Polizeipräsidium; wenn man oben einen Stein hineinwirft, kommt unten ein Sipo heraus. Da machte nämlich ein SAJ-Genosse den treffenden Zwischenruf: „Nein, die KPD! Wenn einer eintritt, fliegen zehn raus!“ Nicht einmal die Kom-munisten konnten da ihre Nachmuskeln in Ruhe halten.

Dann begann Blache mit seinem Referat, dessen Inhalt jeder kennt, auch wenn er's nicht gehört hat. Nach kaum zehn Minuten rief der Redner auf einen Zwischenruf des Genossen Kluge hin: „Wenn du nicht ruhig bist, haue ich dich richtig in die Schnauze!“ Bemm, der dem Vortragenden an Courage nicht nachsehen mochte, schrie ergänzend in den Saal:

„Wenn ihr nicht stille seid, schmeißen wir euch hinaus, und wenn wir Gewalt anwenden müssen!“

Nach diesem Diskussions-Vorgeschmack war eine sachliche Aus-sprache nicht mehr zu erwarten. Da außerdem nur noch Leute, die genügend heruntergekommen ansahen, eingelassen, weitere SAJ-Genossen jedoch abgewiesen wurden, stieg der Genosse Stabek auf einen Stuhl und forderte die Mädeln und Burshen der Arbeiter-Jugend zum geschlossenen Verlassen des Saales auf.

Daraufhin hätten nun natürlich die Kommunisten ihren Drost alleine machen können. Aber daran lag ja den Leuten gar nichts; möglicherweise hatten sie sogar mehr Angst vor der drohenden Langeweile als unsere Jugendgenossen.

Daher sperren sie plötzlich vorn die Türen, hoben Stühle oder Stuhl- und Tischbeine, die sie schon während des Referats vor-lorglich ausgewuchtet hatten, und drangen mit Hullo auf ihre Gäste ein! Sie schlugen zu, wie es gerade traf, und wurden endlich ordentlich warm vor Begeisterung über diese urwüchsigge Art von Debatte.

Ordentlich „selbstmäßig“ ging es in dem Kronen-Saale zu, zumal die Moskauer gleich Sanktäter mitgebracht hatten, deren einer, ein langer Schwarzhäutiger, sich sogar erfolgreich am Kampf beteiligte. Da die Angegriffenen zahlenmäßig in der Uebermacht waren, stiegen ihre Sieges-Chancen beträchtlich. Pflöchl erschien, ein Sipo, piffte die Verammlung ab, das Lokal wurde mit leichter Nachhilfe des Gummitüppchens geräumt! Das „revolutionäre Proletariat“ verflüchtete sich in seine diversen Stammheime, in dessen die verletzten SAJ-Genossen im Arbeiter-heim verbunden wurden.

Das war das Ende der kommunistischen Jungwähler-Verammlung! Vergnügt schaut das profitgierige, vor einer roten Mehrheit hangende Bürgertum solch erhebendem Schauspiel zu und schöpft neue Hoffnung aus der Engstirnigkeit, mit der hier Proletarier einander die Rube schaben und fast den eigentlichen Feind darüber vergessen. Möge die Verammlung wenigstens den einen Erfolg haben, den Indifferenten das geistige Man to kom mu ni st i sch er Politik klarzulegen. Dann hat sie ihren wahren, von den Veranstalter allerdings nicht gewünschten Sinn erfüllt, wenn alle Werttätigen wissen:

Am 17. November gehören alle proletarischen Stimmen der Sozialdemokratie, der Liste 1!

Erklärung

Die unterzeichnete Baugenossenschaft erklärt hiermit öffentlich, daß sie nicht zu den Baugenossenschaften zählt, die sich die Volks-recht-Partei als Vertreterin ihrer Interessen innerhalb der Ge-meindevertretung auserwählt haben. Es wird vielmehr betont, daß die unterzeichnete Genossenschaft politisch neutral ist und es den Mitgliedern freisteht, für die Partei zu stimmen, welcher sie ihre Vertrauen entgegenbringen.

Der Vorstand der Eisenbahner-Baugenossenschaft Leipzig e. G. m. b. H. Rudolph Kiepiß

Heute Freitag, 20 Uhr, im ZOO, Leipzig, Pfaffendorfer Straße, spricht Stadtschulrat Otto Glöckel, Wien

Des Obers Gefolgschaft Lehrer Kabisch von der Liste 2

Die VVN hehen mit Herrn Dr. Kothe gemeinlich gegen allen vortritt. Ein Inserat in dem Leipziger Patentkreuzerorgan, ausgegeben vom Vereinigten Bürgertum der Liste 2, sollte ein schwerer Schlag gegen die in neuen Bahnen sich entwickelnde Volksschule werden. Ein Bewerbungsschreiben eines Mädchens, das aus der zweiten Sonderklasse der 7. Volksschule mit der Hauptzeitung 4 entlassen worden ist, im Falle mit voller Namensunterzeichnung wiedergegeben, sollte die falsche Erziehung und ihre Folgen demonstrieren. Als Begleitworte machten die Bürgerlichen Hege gegen Verarmtstellung, Schulspaltung und den neuen Atlas, den sogar Leipzigs Gemeindevorstand, Dr. Karl Kothe, für sehr gut erklärt hatte.

Doch aus dieser plumpen Stimmungsmache für die Liste 2 wurde ein großer Reizfall. Der Lehrer, der die Schuld an dem schlechten Deutsch, an der miserablen Rechtschreibung haben soll, und dessen Arbeit man als Experimentiererei und Veruchspielerei herabziehen wollte,

ist kein anderer, als Herr Lehrer Kabisch, der mit dem bekannten „Erzieher“ Hillmann die Stadtverordnetenwahlkandidatenliste des Vereinigten Bürgertums liest.

Mit dieser Feststellung liegt der gültige Weis, den die Bürgerkandidat auf die moderne Lehrerschaft abzuheben, auf die Schulgen. Auch einen Herrn Kabisch war es nicht möglich, einem so schwach begabten Kinde mehr beizubringen als der in der Hin- und Herjurthypothese abgedruckte Text zeigt. Ist es schon gemein und erbärmlich, Leistungen solcher armer Menschentinder zur Wahlagitration zu verwenden, so muß es noch als viel niedriger und gewissenloser bezeichnet werden, durch Meinung der genauen Namen und die genaue Ortsangabe zur Bloßstellung des fraglichen Mädchens beizutragen. Eine solche Schandtat bringt nur die sich christlich nennende bürgerliche Wahlgemeinschaft fertig. Der erhobene Vorwurf des parteipolitisch eingestellten Lehrers ist aber auf niemand mehr anzuwenden, als auf den stramm rechtsorientierten Herrn Kabisch. Er ist Vorsitzender der Gruppe des völksparteilichen Parteiverbands, während der Leipziger Lehrerverein politisch neutral ist. Wenn also der Wahlanruf der Bürgerliste 2 vor jenem parteipolitisch eingestellten Pädagogen warnt, so hätte natürlich besonders betont werden müssen, daß Kabisch, die Bürgerbundesglieder, einer der ersten dieser Erzieher ist.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Frauen, icht euch also die Kothe-Partei, die krupellos und gemein den Wahlkampf führt, die schwachbegabte Kinder öffentlich bloßstellt, genau an. Gebt dieser Kampagne am 17. November die ihr gebührende Antwort.

Wählt Sozialdemokraten! Liste 11.

Festigung der sozialistischen Position

In der öffentlichen Wählerversammlung für Wähler-Wahren sprach Genosse Reichstagsabgeordneter Paul Herx, Berlin, über „Die Bedeutung der Gemeindevahlen“. Er ging einleitend von unserem Wunsche aus, daß die kommenden Gemeindevahlen das vollenden mögen, was die Reichstags- und Landtagswahlen begonnen hätten: die Festigung der sozialistischen Position. Das politische Geschehen in Deutschland wird durch die Reichstagswahl und durch die Reichstagszusammensetzung entscheidend beeinflusst; alle große Gebiete, auf denen die Klassenangelegenheit sich in aller Schärfe herausstellen: Finanz-, Steuer-, Wirtschaftsangelegenheiten sind an der Reichstagswahl ausgerichtet. In den Gemeinden wird zumeist für die unmittelbare Bedürfnisbefriedigung der Ge-

meindemittglieder gesorgt; hier haben sie ein weites Tätigkeitsfeld; und deshalb ist ihre Zusammenlegung wesentlich für die Völkergesetzgebung. Wie die Verwaltung in den Gemeinden ist, das bestimmt oft entscheidend, ob ein Gesetz gut oder schlecht ist; denn auf die Verwaltung, die es anwendet, kommt es meist an. Heute, wo die Gemeinden und ihre Selbstverwaltung auf das schwerste angegriffen werden vom Bürgertum, ist der Wahlausfall ungeheuer wichtig.

Warum greift das Bürgertum die Selbstverwaltung der Gemeinden so stark an, wo es doch früher stolz darauf war? Das Wahlrecht, durch die Sozialdemokratie ein allgemeines, gleiches, geheimes geworden, hat die Vorrechte, die das Dreiklassenwahlrecht den Besitzenden gab, beseitigt. Die arbeitende Bevölkerung bestimmt entscheidend mit. Den Mut, das reaktionäre Wahlrecht wieder einzuführen, hat man nicht; deshalb will man auf falschen Wege, hinterherum, den Arbeiter wieder rechtlos machen.

Sich den Aufgaben der Gemeinden zuwendend, zeigte der Redner, daß die Leistungen der wenigen, vereinigten Elitengemeinden vor dem Kriege ungefähr so groß waren, wie sie heute vom Durchschnitt vollbracht werden. In den Gemeindebetrieben liegen die Anfänge zu einer Vergeellschaftung der Produktionsmittel, die wir Sozialisten erstreben. Sozialistische Planwirtschaft ist dem Bürgertum ein Dorn im Auge; daher der Kampf gegen die Regierbetriebe.

Wahngedend für die Kraft, mit der im Reich und in den Ländern die Auseinandersetzung zwischen den Klassen, wie der Kampf um den Sozialismus geführt werden kann, ist der Ausgang der Gemeindevahlen am 17. November. Deshalb gilt es, alle Kräfte einzusetzen, nicht nur, daß Leipzig eine rote sozialdemokratische Mehrheit bekommt, sondern, damit Leipzig gleichzeitig ein starkes Glied in der Kette des Fortschrittes zum Sozialismus überhaupt werde!

Das Bürgertum arbeitet mit Hochdruck

Das Bürgertum der vereinigten Bürgerliste läßt sich die Wahl etwas kosten. Zwar ist es mit der Arbeitelust selbst, soweit die Kleinarbeit in Betracht kommt, nicht weit her. Aber man läßt es sich ja auch gegen einen Waken Geld kosten. Der Bürgerbund, der die Wahlarbeit ausführt, hat sich tausend Arbeitslose gebunden, damit diese gegen ihre eigene Heberzeugung, des lieben Brotes willen, bürgerliche Wahlarbeit machen.

Der Leipziger Bürgerbund hat „zur Belebung der Wahlarbeit“ Fahnen mit der Aufschrift: „Wählt Liste 2“ herausgegeben. Dem Opfermut der Mitglieder traut man allerdings nicht. Deshalb gibt die Geschäftsstelle die Fahnen, zwei Meter lang und einen Meter breit, gratis ab. Der Bürgerbund ist eigentlich ja auch nur eine andere Bezeichnung für Hausbesitzervereine. Das sieht man schon daraus, daß die 10 Geschäftsstellen des Allgemeinen Hausbesitzervereins zugleich die Vertretungsstellen für die gratis zu verteilenden Fahnen sind. Der Verband der Hausbesitzervereine will auch Flugblätter verteilen. Er möchte aber Arbeit und Geld sparen. Deshalb verleiht er sie an die Hausbesitzer mit der Bitte, damit den Mietern des Grundstücks die Briefkästen zu verstopfen. Das tun die meisten Hausbesitzer sicher gern. Besonders jene, die ständig mit ihrem Mieter auf dem Kriegsfuß leben.

Die Mieter aber lachen darüber und wählen SPD, Liste 1!

Gemeindevahlen und Siedler

Die mit der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei verbundene Volkrecht-Partei verlinket, u. a. auch Vertreter der Siedler auf ihrer Liste zu haben und führt unter Nr. 7 Herrn Köhler mit Nennung seiner Funktion im Allgemeinen Sächsischen Siedlerverband auf. — Ganz abgesehen davon, wie man der neuen Auffassung sein kann, daß eine Partei, die die Befestigung der Reichstagsstener fordert, Siedlerinteressen vertreten wird,

hat Herr Köhler erklärt, daß seine Kandidatur seine private Angelegenheit sei. Herr Köhler hat kein Recht und ist von keiner Stelle des Allgemeinen Sächsischen Siedlerverbandes dazu legitimiert worden, als dessen Kreisvorsitzender zu kandidieren, am allerwenigsten bei der Volkrecht-Partei.

Die Stellung des Allgemeinen Sächsischen Siedlerverbandes zu den Gemeindevahlen ist festgelegt in einer Rundgebung, die im Nr. 10 der „Sächsischen Siedlung“ abgedruckt ist. Auch der Verbandsvorsitzende, Dr. Müller, Dresden, hat gewarnt, dieses Experiment zu machen.

Kühler

Mitglied im geschäftsführenden Vorstand des Allg. Sächs. Siedlerverbandes, Ortsverband Leipzig.

Ward an einem Kraftdroschkenführer

Am 15. November, gegen 1/2 Uhr, wurde auf dem Verlänger-ten Schönauer Weg in Kleinzschocher, Verbindungsweg Schönauer-Großzschocher, der Kraftdroschkenführer Ernst Fritz Max Wädling, 25. Oktober 1880 in Probstzella geboren, in der von ihm geleiteten Kraftdroschke mit einem Stief in die Halbschlagader er-mordet und herabst aufgefunden. Der Täter ist unbekannt. Wie festgestellt wurde, ist Wädling mit einem Unbekannten etwa 5 Minuten vor 1/2 Uhr vom Hauptbahnhof weggefahren. Dieser Unbekannte kann nicht beschrieben werden. Er ist vielleicht mit einem Unbekannten personengleich, der am 14. Oktober gegen 10 Uhr einem anderen Droschkenführer am Hauptbahnhof einen Mantel und eine Aktentasche für 2,50 Mark zum Kauf angeboten hat. Da der Kauf abgelehnt wurde, hat er geäußert: „Wie mache ich das, ich muß Geld haben. Ich muß nach Zeit und Gera.“ Auf die Frage des Kraftdroschkenführers; was er von Beruf sei, erklärte er, er wäre Chauffeur und aus der Tischschlosserei gebürtig. Beschreibung des Unbekannten: etwa 25 Jahre alt, schlank, hager, blaßes, bartloses Gesicht, trug blaue Schirmmütze, schwarzen Mantel mit Samttragen, dunklen Anzug, gelbe Halbschuhe und unterem Arm eine Aktentasche. Einem anderen Kraftwagenführer hat er erzählt, daß er nach Halle müsse. Die zur Tat verwendete Stiefwaffe wurde nicht aufgefunden. Die kriminalpolizeilichen Feststellungen über das geraubte Gut sind im Gange. Wie zur Ermittlung des Täters dienstlichen Angaben, mögen sie noch so gering erscheinen, wolle man schnellstens an das Kriminalamt Leipzig mitteilen.

Fleischverkauf an den Freibänken. Morgen, Sonnabend, den 16. November, an der Freibank I Nr. 1801 bis 2400, Nr. 3001 bis 3450 und Nr. 4501 bis 5000; an der Freibank II Nr. 1501 bis 2300 und Nr. 3001 bis 3050. Von 10,30 Uhr an freier Verkauf.

Schuld hat das Wasser!

Unser Wasser ist kalkhaltig und hart. Und daß solches Wasser keinen guten Kaffee geben kann, ist unschwer einzusehen. Eins aber hilft den Kaffee besser machen: „Weber's Carlsbader“! Es macht das Wasser zum Kochen tauglich und wertet die Bohnen besser aus. So ein Kaffee schmeckt ganz anders. Viel besser! Das ist Kaffee! Das merkt man beim ersten Schluck.

Schämt man sich nicht?

Zu Ostern 1926 wurde aus einer hiesigen Volksschule ein Mädchen entlassen, das mit dem 14. Lebensjahr nur die 2. Klasse erreichte und zwar nur die Sonderklasse für Schwachbegabte.

In einem Wahlinserat des vereinigten Bürgertums, Liste 2, wird ein von Fehlern strogendes Stellengesuch dieses Mädchens mit Nennung des Namens und der Schule — ohne jede menschliche Rücksicht auf das Kind und seine Eltern — veröffentlicht.

Wem gibt man die alleinige Schuld an solch mangelhafter Leistung,

die heute, vor dem Kriege und auch in Zukunft als Ausnahmerscheinung auftritt?

Der neuen Schule, der „marristisch und kommunistisch“ eingestellten Lehrerschaft.

Was erfährt man aber nicht aus dem Inserat der Liste 2 des vereinigten Bürgertums?

Herr Kabisch

war der Lehrer dieses Kindes,
der Stadtverordnetenwahlkandidat der gleichen Liste 2 des vereinigten Bürgertums,
der Vorsitzende des Neuen Sächsischen Lehrervereins in Leipzig,
der Schulsachverständige der Rechtskreise,
der 2. Vorsitzende des Bezirksverbandes christlicher Elternvereine in Leipzig,
das prominente Mitglied der Deutschen Volkspartei.

Das beweist:

Daß es auch einem Gegner der Schulreform und Anhänger der alten Schule nicht möglich war, Schwierigkeiten und Hemmnungen in der Schularbeit zu überwinden, die durch Begabung und soziale Verhältnisse bedingt sind.

Nur skrupellose Wahlagitration

kann einen solchen Sonderfall benutzen, um die modernen Schulbestrebungen zu verdächtigen und die fortschrittliche Lehrerschaft vor den Augen der Öffentlichkeit und der gesamten Schuljugend herabzuwürdigen.

Wer so wie die Wahlmacher der vereinigten bürgerlichen Liste das Ansehen der Schule und ihrer Lehrerschaft untergräbt, hat nicht das Recht, sich zum Richter über die Schule aufzuwerfen.

Wenn ein Vorwurf zu erheben ist, so muß er sich gegen die wenden, die christlich und national sein und mit solchen Mitteln in der Wählerschaft Anhänger gewinnen wollen.

Der Leipziger Lehrerverein.

Abtreibungsprozess in Altenburg — Der Arzt unter Bravourufen freigesprochen

WZB, Altenburg, 13. November.

In dem Altenburger Abtreibungsprozess wurden zahlreiche Sachverständige vernommen, unter denen sich ärztliche Kapazitäten befinden. Der Professor der Medizin an der Universität Jena, Dr. Giese, und der Leiter der Frauenklinik in Berlin-Charlottenburg, Professor Dr. Liepmann, erklärten den Angeklagten für glaubwürdig, wenn er die vorgenommenen Eingriffe als nicht mit den gesetzlichen Bestimmungen im Widerspruch stehend bezeichnet hat. Professor Dr. Theilhaber, Berlin, stellt fest, daß der Angeklagte in allen Fällen, wo eine Abtreibung vermutet wird, schon eine eingeleitete Fehlgeburt vorgefunden und zu Ende geführt habe. Der Leiter der Frauenklinik in Leipzig, Professor Dr. Sellheim, bezeichnet das Vorgehen des Angeklagten als berechtigt. Bei den Ausführungen von Dr. Liepmann kam es im Zuhörerraum zu spontanen Beifallsstürmen und Bravourufen, so daß die Verhandlung zeitweilig unterbrochen war, ohne daß der Vorsitzende diesen Ausbruch des Volksempfindens rügte.

Trotz alledem beantragte der Staatsanwalt am Schluß seiner Ausführungen eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten unter Anrechnung der Untersuchungshaft und Jubilierung einer Bewährungsfrist sowie die Zahlung einer Geldbuße. Die als Sicherheit hinterlegte Summe von 20.000 Reichsmark soll als Buße dem Staat verfallen. Der Strafantrag rief im Zuhörerraum große Unruhe hervor.

Am Nachmittag wurde dann das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde in vier von neun zur Anklage stehenden Fällen von dem Verbrechen gegen den § 218 StGB mangels Beweises freigesprochen und in den übrigen fünf Fällen nicht für schuldig befunden.

Das Gericht ist der Ansicht, daß es sich nicht hat feststellen lassen, ob bei den in Frage kommenden Patientinnen Schwangerschaft bestanden hat. Die gerichtlichen Kosten wurden auf die Staatskasse übernommen. Das Urteil wurde im überfüllten Zuhörerraum mit großem Beifall aufgenommen.

Am die Düsseldorf Morde

In Düsseldorf, 14. November.

Wie bereits gemeldet, ist von der Kriminalpolizei am Donnerstag ermittelt worden, daß Handtasche und Schlüssel, die auf den Feldern des Gutes Papendell in der Nähe der Stelle gefunden wurden, die der mutmaßliche Mörder in einem Schreiben als den Ort bezeichnete, an dem ein weiteres Opfer einer Mordtat vergraben sei, einem seit dem 11. August vermihten Mädchen gehört.

Auf die Veröffentlichungen in den Tageszeitungen mit den Abbildungen der Handtasche und Schlüssel teilte heute ein Herr mit, daß es sich bei den Schlüsseln um den Schlüsselbund der früheren Hausangestellten Maria Hahn handle, die aus Bremen stamme und bis zum August in seinem Haushalt beschäftigt gewesen sei. Am 15. August sollte Maria Hahn wegen unordentlicher Führung aus dem Dienst der Familie entlassen werden. Am Sonntag, 11. August, verließ sie die Wohnung, kehrte aber nicht mehr zurück. Auch auf die Vermisstenanzeige hin wurde niemals eine Spur gefunden.

Es ist also fast mit Gewißheit anzunehmen, daß sie einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist und daß die Angaben des Briefes, daß auf den Feldern bei Papendell eine Leiche vergraben sei, stimmen. Wie weiter bekannt wird, soll die Hausangestellte Maria Hahn auch mit der in Oberhassel ermordeten Angestellten Reuter bekannt gewesen sein. Wertwärdig erscheint weiter, daß beide Gesprächsweise mehrfach geäußert haben, daß sie eine gute Stelle in Holland in Aussicht hätten. Wahrscheinlich hat der Täter den Mädchen versprochen, ihnen in Holland eine gute Stellung zu besorgen, um sie vertrauensselig zu machen. Sollten sich diese Zusammenhänge bewahrheiten, dürfte für beide Morde ein und derselbe Täter in Frage kommen.

11 Tote bei Gasexplosion

SPD, Istanbul, 13. November.

In der Nähe vom Sungaldan an der Küste des Schwarzen Meeres kam es am Donnerstag in einem Kohlenbergwerk zu einer außerordentlich schweren Gasexplosion, der elf türkische Arbeiter zum Opfer fielen. Vier Arbeiter wurden schwer verletzt. Einige werden noch vermißt. Die Ursachen der furchterlichen Katastrophe waren bisher nicht festzustellen.

Wohlfahrtsgefelder unterzogen

In Breslau, 14. November.

Der städtische Wohlfahrtspfleger Alfred Neumann, früherer Zeitungsredakteur, ist wegen Amtsunterschlagung verhaftet worden. Es handelt sich um die Aufklärung von 170 Straftaten, die Neumann begangen haben soll. Die Untersuchung wird mit besonderer Beschleunigung geführt werden.

Zimmerer - Krankenkasse.

Sonnabend, den 16. November 1929 im Gesellschaftssaal des Volkshauses

Herbst - Vergnügen.

Einlass 6.30 Uhr, Anfang 7 Uhr. Eintrittspreis 50 Pf. Neben Tanz ist für gute Unterhaltung Sorge getragen

Um recht zahlreiche Beteiligung bitten Der Vorstand

Kaffeehaus Hüster. Täglich nachm. u. abends: Künstler Konzerte. Salon-, Jazz- und Stimmungs-Kapelle. Kapellmeister Fred Rötcherdt. Angenehmer Aufenthalt.

LICHT-SCHAUSPIELHAUS. Freitag bis Montag. Das große Doppel-Programm. Pola Negri Warwick Ward in dem Emelka-Großfilm Die Straße der verlorenen Seelen. Der gewaltige Erfolg im 'Capitol' 2. Sch. aser. Um Frauen und Geld. Ein spannend. Drama m. d. beliebten Darstellern. Iris Arlan Walter Rilla. Einlaß wochentags 5 Uhr. Beginn 5 1/2 Uhr. Einlaß Sonntags 3 Uhr. Beginn 3 1/2 Uhr. EISENBAHNSTR. 74

Unterricht

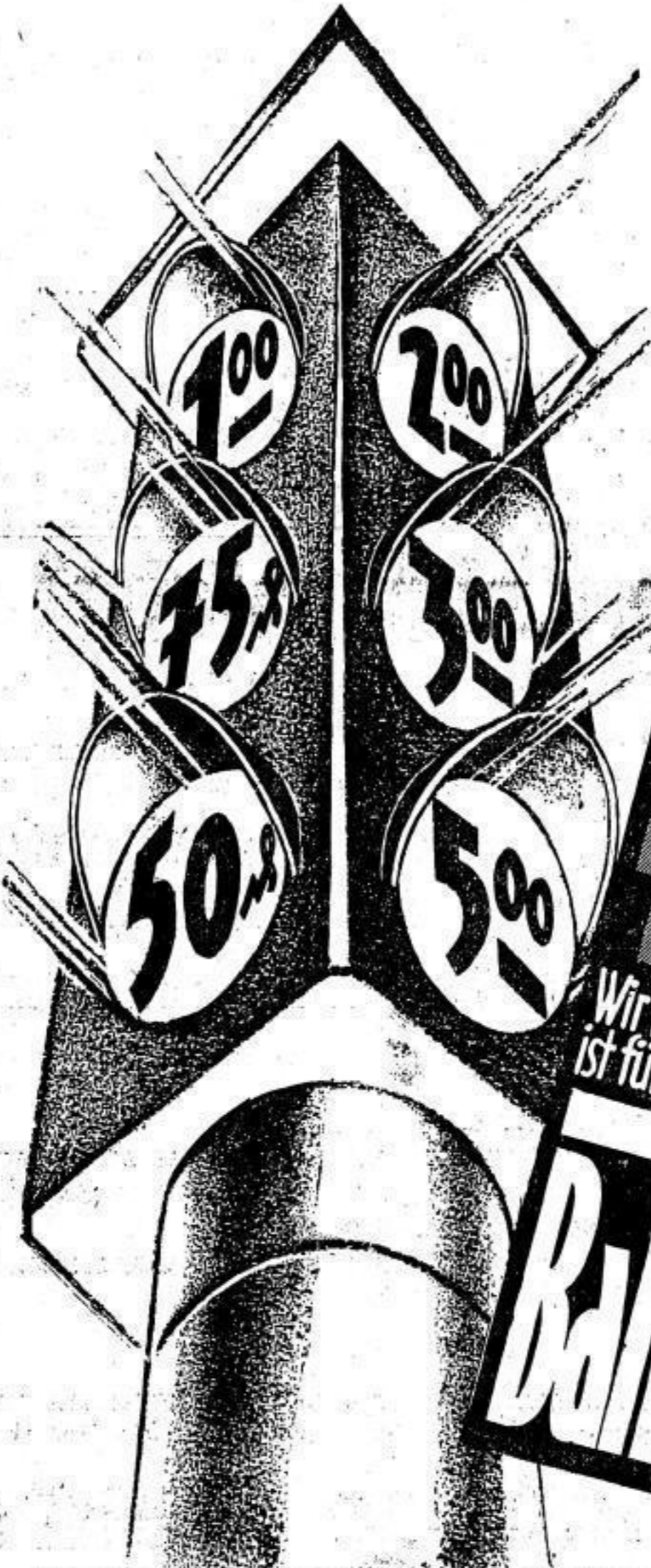
la Klavier- und Zither-Unterricht für talentierte Kinder ermäßigter Preis. Näheres Bannow Str. 16, I. r. (4-7 Uhr).

Automobil- und Motorrad-priv. Fahrschule. Autohaus Günther & Co. Inh. Herm Risch. W 33, Lütz. Str. 75. Tel. 415 84, 419 85. Illust. Prosp. frei. WZL ADAG - Fahrschule.

Wohnungen. Eiltausch. Biete 4-Zimmer-Wohnung, Küche, elektr. Licht, Gas, in Wohllo. Friedensmiete 580. & Suche gleiche in Lind. od. Veitich. Zu erfragen Marieburg, St. 79. b

Wohnungstausch. Wer tauscht von Leipzig nach Brodburg. Stube, Kamm., Kl., Keller, Stall, Gas, Friedenem. 120. &. Eilt sehr! Zu erfr. h. D. Adfert Reudn., Riedelst. 10.

Vermietungen. Großes freundliches Zimmer i 2 Betten frei. Elektr. Licht. Bayerische St 401V 1. Schlafstelle f. Herrn zu vermieten Lind. Ratmbudr. 4, U. 1.



BEGINN: MONTAG, DEN 18. NOVEMBER

Achtung! morgen stehen alle Abteilungen unseres Hauses unter dem Zeichen der REKORDTAGE. Wir bieten unser Bestes - jetzt ist für günstige Einkäufe die Bahn frei! SONNABEND VORVERKAUF

ALTHOFF BEACHTEN SIE BITTE MORGEN UNSERE SONDERBEILAGE!

Backe mit UNION-HEFE

garantiert reine triebkräftige vitaminreiche Branntweinpreßhefe.
Älteste Qualitätshefe zur Erzielung delikater Gebäcke.

Zu beziehen durch die Bäckereien.

In die einzelnen Pfunde ist die Marke UNION-LEIPZIG eingedrückt.

UNION

Leipziger Preßhefefabrik und Brennerei A.-G.

LEIPZIG-MOCKAU

Fernsprecher 554 80 554 81 554 82

Emelka-Palast

Riesen-Erfolg

des spannenden gewaltigen

Abenteurer-Detektiv-Filmes



MONOKEL

Der erste Film der neuen Stuart-Webbs-Serie

Fred Döderlein

der bekannte Hauptdarsteller des Großfilmes „Hell in Frauensee“, der in dem Film „Das grüne Monokel“ eine führende Rolle spielt,

ist heute, Sonnabend und Sonntag **persönlich anwesend!**

Das große lustige Beiprogramm und Emelka-Woche!

Beginn 4.30, 6.30 und 8.20

Verkäufe

Schaffstiefel

Fahleder
dauerhaft ... 14⁰⁰
Nordheimer
Potlitzstr. 48 / Hainstr. 5

Guteshalten
Maßanzüge
wie neu, sehr bill.
Amalie Altmann
Garderobengeschäft
Preußische Str. 9, I
gegenüb. Ullrich

Sehr herrschaftlich
wenig Geld Best.
Garberode bill. zu
of. Adelheid Willeke
Börningstr. 12, v.
Ein- u. Verkaufsgesch.

Auf Kredit
Solos
Gebäude
mit 2 Mark Anzahlung
Hans Hoffmann
Schleierstr. 10, I. Stock

Auf Kredit
Schränke
mit 20% Anzahlung
Scherbel
Markt 2
(Rathausplatz)

Perfekte Bettstelle
mit Matr., verkaufe
1 Kinderbettwagen m.
Bord. für 8. A. N. 21.
Wittenbergerstr. 37 v.
Vollzahlung Kleider
88 A. Bettstell 28 A.
Rück 100 A. Schall 45 A.
Kammob., Tisch bill.
Winkel, Schränke,
Büro, Schmecke, 7
Wag., befest. Kinder-
wagen preisw. u. of.
Dittlerstr. 7, I.

Schneemaschinen
auf erhalten, billige
Körnerstr. 2.

Gebr. Nähmasch.
Ritterstr. 4., Schube
Nähmaschin.-Geschäft

1 Polter
Puppenwagen
Puppenklappwagen
mit kleinem Fehler
! unattraktiv!
Thomastützstr. 11

Maurer-
Werkzeuge
und Reparaturen
Geherdt, Spaltenstr. 10

Gute
Reklame

In der
Petzstraße
Goldsektuna
bringt

Gute
Geschäfte

Gummi- Klose

Baby-Ausstattungen
Badewannen
Wickelkommoden
Wagen
zum Wippen des Säuglings
auch Ischwalbe-
Windelhosen

LEIPZIG-HAINSTR. 17-19

Für

Weihnachten

kaufe jetzt,
zahle später!

1. Rate:

1. Januar 1930
6 Monatsraten

Damen- und
Herren-Konfektion
Schuhe
Teppiche • Gardinen
Baumwollwaren

Central- Kaufhaus

G. m. b. H.

Brühl 25

Im Neubau Goldene Eule / Nur I. Etage

Verbrechertypen vor dem Schöffengericht

Man unterscheidet unter Verbrechern zwei Sorten; die für ihre Tat stehen und solche, die winkeln und zusammenschließen. In Bad Lausitz hatte es das Schöffengericht mit einer ganz besonderen Sorte zu tun, frech und arglistig. Die zitierten Zeugen, trotzdem sie den Eid leisteten, nahmen es mit der Wahrheit nicht genau, so daß sich der Staatsanwalt veranlaßt sah, gegen diese Zeugen, Straßmeisterei, ein Meineidverfahren einzuleiten. Lügen und Verleumdungen gehörten eben zum Kommunismus.

In Bad Lausitz ist man schon soweit vorgeschritten, wie hiesige Zeugen erzählen, daß keiner mehr in der SPD aufgenommen wird, der nicht viermal verurteilt ist.

Christliche Arbeiter, deren Gesichter auf jeden Steckbrief passen, so berichtete das Lügenorgan, die SAZ, in Nr. 262, mußten vor dem Schöffengericht freigesprochen werden.

Diese „christlichen“ Arbeiter, die Angeklagten, haben im Laufe dieses Jahres schon neun Wochen gearbeitet. Die andere Zeit aber waren sie nicht etwa müßig, denn in Bad Lausitz und Umgegend mußten einzelne Einwohner des Morgens feststellen, daß allerhand Ichte, Hausjuchenden ergaben dann, daß man kommunistisch hatte. So war ein Angeklagter und der Stadtwater Heine mann als Zeuge schon 3 Wochen außerhalb des Gefängnisses, weil er seinem Sohn Platz gemacht hatte, der dessen Zelle bezog. Der Angeklagte J. n. n. a., eine ganz besondere Nummer, hat in diesem Jahre auch schon vier Monate gearbeitet, und zwar Knöpfe aufgenäht, wobei er freie Verpflegung und 10 Pfennig pro Tag erhielt und die beste Aussicht hat, auf ein weiteres Jahr auf Staatskosten beherbergt und verpflegt zu werden. So der Richter von „Herren“ Angeklagten und „Herren“ Kommunisten sprach, hatte er schon recht, denn der eine oder der andere gibt ihm vierzehntägig ein Gastspiel im Kommunisten bei Nacht und Nebel. Dabei braucht nicht immer nur gestohlen zu werden; es besteht auch die Methode, nach Empfang ihrer Gelder in den verschiedenen Wirtschaften mit Messer und Revolver auf den Wirt einzudringen, was dann 8 resp. 14 Tage Gefängnis einbringt. Am darauffolgenden Tage werden Frau und Kinder zum Rathaus geschickt, wo sie schreiben müssen: Wir haben Hunger! Es dreht sich also nicht darum, der Familie was zusammen zu lassen, sondern die dürftigen Rechnen zu bestrafen. Wie es nun sonst um die kommunistischen Drahtzieher in Bad Lausitz bestellt ist, davon legte P. a. h. l. b., „der Gefenngelächter“, Zeugnis ab. Er sagte:

„Ich weiß nicht, wie ich dazu gekommen bin, daß ich heute Kommunist bin. Im Kriege habe ich mir mehrere Auszeichnungen geholt und war immer ein ehrlicher Mann; meine Frau und meine acht Kinderchen sind es heute noch, auch meine Geschwister sind noch alle gut. Nur ich bin unter die Betworfenen geraten. Vielleicht hat er der Krieg mit sich gebracht. Herr Richter, sprechen Sie mich frei.“

Ein menschliches Können und Waschl wurde wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Die gestohlene Glode muß er doch herausgeben, sonst gibt es wieder Stoff zu einer Gerichtsverhandlung.

Der angebliche Leutnant mit einer wunderbaren Schnur und einem Glühbolzen im Gesicht, heute Soldat der SPD, man kann es auch Bezirksleiter der SAZ nennen, schmiert und lügt und verleumdet und versucht, den Genossen Steffens persönlich zu verunglimpfen, gleich den Zeugen, die von der Staatsanwaltschaft geladen waren. Dieser Soldat versucht nun den Ueberfall vom 1. Mai d. J. auf den Genossen Steffens mit der Lausitzer Kommandoschwärze zu verwickeln. Lange Zeit hat der Schmier-Mag gebraucht, um auf die Feststellungen, die in der Muldentaler am 11. Mai 1920 gemacht wurden, eine Lügenmeldung zu bringen. Ueber diesen Fall werden sich die Kommando in kurzer Zeit vor Gericht zu verhalten haben.

Schmier-Mag lügt und schmiert weiter und versucht die Dinge, die sich vor dem Schöffengericht in Bad Lausitz abspielten, auf den Kopf zu stellen. Der tatsächliche Verhandlungsengang war folgender: Vor der Verhandlung wurde der allgemeine Strafentwurf ausgeschrieben und in der gemeinteten Weise wurden die Juchler, die nicht der SPD angehörten, beiseite. Einer der Angeklagten las von einem Zettel bei der Verhandlungseröffnung ab, daß die von der Staatsanwaltschaft geladenen Zeugen von der SPD instruiert worden wären, um gegen die Kommunisten ungünstig auszusagen.

Wer wird wohl der Instruierer der Zeugen sein, wenn sie sich wegen Diebstahls und Körperverletzung zu verantworten haben? Richter und Staatsanwalt stellen fest, daß die Zeugenausagen von Steffens, Dahlheim und Börner mit den zu Protokoll gegebenen und in den zwei Verhandlungen gemachten Angaben übereinstimmen. Auch der Wirt und dessen Bruder befanden einmündig, daß die Angeklagten Stühle und Biergläser schwangen und brüllten; schlägt sie tot!

Die Aussagen des parteilosen Zeugen Wittig werden von Schmiermagen geradezu auf den Kopf gestellt. Wittig sagt mit Bestimmtheit aus, das Kurth ein Bierglas hatte und Steffens damit schlagen wollte und Dahlheim geschlagen habe. Der Autobesitzer Bäcker, der mit der SPD nichts zu tun hat, soll nach Angabe der Angeklagten, von der SPD bestochen sein, um gegen die „Herren“ Kommunisten ungünstig auszusagen; sogar den Beweis wollte man dafür antreten. Bäcker schilderte nur die Vorgänge, wie er sie gesehen hatte, wodurch die Angeklagten nicht belastet wurden. Hier sieht man wieder, daß Verleumdung Trumpf ist.

Kommt in die Wählerversammlung

Freitag, 15. November

- Altherrn, Gasthof 20 Uhr. Referent: Bürgermeister Neuschmann.
Wöhler, Gasthof Friedel, 20 Uhr. Referent: Bürgermeister Reichsamer.
Lauha, Schützenhaus, 20 Uhr. Referent: Landtagsabgeordneter Rebrig.
Zöbinger, Gasthof Brödel, 20 Uhr. Referent: Stadtverordneter Lungwilt.
Wiederzisch, Neuer Gasthof, 20 Uhr. Referent: Stadtverordneter Johannes Lang.
Dewitz, Gasthof, 20 Uhr. Referent: Landtagsabgeordnete Berla Thiel.
Schönefeld, Sächsischer Hof, 20 Uhr (mit roten Spaten). Referent: Stadtrat Dr. Klemann.
Thella, Gasthof, 20 Uhr. Referent: Stadtverordneter Ernst Frenzel.
Großkletsch, Feldschloß, 20 Uhr. Referent: Oberstadtssekretär K. Stoye.
K. Stoye, Reichsadler, 20 Uhr. Referent: Robert Diehe.
Großpöna, Gasthof, 20 Uhr. Referent: Stadtverordneter Franz Lortius.
Burghausen, Restaurant Alt-Heidelberg, 20 Uhr. Referent: Stadtverordneterkandidat Hans Wesse.
Guldengossa, Gasthof, 20 Uhr. Referent: Stadtverordneterkandidat Emil Rauch.

Sonnabend, 16. November

- Zöbinger, Friedenseiche, 20 Uhr. Referent: Stadtrat Freytag.
Wöhler, Gasthof, 20 Uhr. Referent: Stadtverordneter Franz Lortius.
Stahmeln, Zur Linde, 20 Uhr. Referent: Gemeindevorordneter Bittlinger.
Engelober, Schule I, 20 Uhr. Referent: Joh. Lang.
Größern, Gasthof Liebesell, 20 Uhr. Referent: Stadtverordneter Zöbinger.
Wachau, Gasthof Müller, 20 Uhr. Referent: Stadtverordneter Robert Lungwilt.
Portitz, Gasthof, 20 Uhr. Ref.: Stadtverordneterkandidat Hans Wesse.
Großsch, Gasthof Grüne Aue, 20 Uhr. Referent: Reichstagsabgeordneter Richard Lipinski.

Thema in allen Versammlungen: „Reaktionäre oder aufbauende sozialdemokratische Gemeindepolitik?“ SPD. Groß-Leipzig.

Was sagte der Staatsanwalt zu den beideten Aussagen Heine mann, Kraak und Bogt?

Trotzdem die Aussagen von den drei Zeugen beschworen wurden, habe ich das Gefühl, daß sie die Unwahrheit gesagt haben.

Sehr milde Richter hatten die Herren Kommunisten gefunden, deshalb sprechen sie auch wohl nicht von Klaffenjucht? Dem mit 20 Mark Geldstrafe und die Kosten des Verfahrens sind sie gut weggekommen. Bei der nächsten Verhandlung werden verschiedene Angeklagte wohl nicht so billig davonkommen. Man hat wieder kommunistisiert, weshalb Heine mann und einer der Angeklagten schon ein bißel in Untersuchungshaft gesessen haben.

Mit den Menschen, die dort vor Gericht standen, wird die SPD die Welt und auch das Stadtparlament in Bad Lausitz nicht erobern. Es kennzeichnet aber die Stellungnahme einer Partei sowie einer Zeitung, wenn sie sich auf die vollbrachten Taten solcher Elemente stützt und sie als Kronzeugen ins Feld führt.

Ein echt kommunistischer Bericht, den die SAZ von der Gerichtsverhandlung am 8. November brachte. Schmiermagen ist es

schließlich selbst zu viel gewesen, die Ausführungen des Angeklagten Kurth zu berichten. Denn er sagte aus, die Zeugen wären vor der Verhandlung von der SPD instruiert worden. Er sei früher selbst Sozialdemokrat gewesen, er kenne das, es soll nur bei Gericht Verwirrung angerichtet werden. Nach Namen gefragt, wer ihn darüber unterrichtet hätte, weiß er nichts zu sagen, also, die SPD sind alle Lumpen. Die unschuldsvollen Engeln, als die sie in der SAZ hingestellt werden, zogen während des Wahlkampfes von einer sozialdemokratischen Versammlung zur andern und veranfaßten Radfahrerinnen. Die Genossin Berla Thiel, M. d. L., mußte in Währa in einer Verarmung vor diesen Heiden flüchten. Frechheit und Verlogenheit stand ihnen an die Stirn geschrieben, Schmiermagen scheint von derselben Qualität zu sein. So lügt er in seinem Bericht, Steffens habe vor Gericht angegeben, er sei nicht überfallen worden, sondern vom Rabe gestürzt. Wie schon erwähnt, sind die kriminellen Unternehmungen so weit durchgeführt, daß Schmiermagen bald wieder Stoff für einen Bericht in der SAZ über eine neue Gerichtsverhandlung haben wird.

Die Spaten pfeifen es von den Dächern, auf welchem niedrigen Niveau die Bad Lausitzer Kommunisten angelangt sind. Die Arbeiter haben sich längst von diesen Leuten abgewandt, mit Ausnahme derjenigen, die ihre Zeit mit Knöpfenaufnähen verbringen müssen.

Trotz aller Verleumdung und Lügenberichten wählt die Arbeiterschaft am 17. November sozialistisch.

Großzügig organisierter Raubüberfall

Im Neunort, 13. November.

Ein außerordentlich verwegener Raubüberfall wurde am Mittwoch auf die Borratsmagazine der Brooklauer Wert versucht. Etwa 20 schwerbewaffnete Verbrecher fielen plötzlich über das Wachpersonal her. 13 Wächter wurden gefesselt für die Dauer des Ueberfalles unschädlich gemacht. Der Versuch, den schweren Geldschrank des Büros zu sprengen, schlug jedoch fehl. Den Verbrechern ist dadurch eine Beute von 38 000 Dollar in bar entgangen. Die Kühnheit der Räuber, die bald darauf wieder das Weite suchten, ohne daß es der Polizei bisher gelang, auch nur einen von ihnen zu fassen, war um so größer, als sich in der Umgebung der Schiffswerft mehr als 100 bewaffnete Marinesoldaten aufhielten, von denen jedoch niemand auch nur das geringste von dem Ueberfall wahrgenommen hat.

Erzieherin verhöört 35 Kinder

In Prag wurde dieser Tage eine gewisse Rosa Novy verhaftet da sie der Kinderfürsorgeanstalt keine befriedigende Auskunft über den Verbleib von drei Mädchen geben konnte, die ihr zur Erziehung übergeben worden waren. Im Laufe der Untersuchung hat sich, wie die Bössische Zeitung aus Prag meldet, herausgestellt, daß der Novy im Laufe der letzten elf Jahre mehr als 35 Kinder anvertraut wurden, die sämtlich unaufrindbar sind. Die Novy pflegte sich, wenn sie jährlich einmal die Obervermündschaft vorführen mußte, fremde Kinder auszuborgen. Man nimmt an, daß die vermissten Kinder von der Novy an fremde Pflegereltern weiterverkauft und unter falschem Namen in die Register eingetragen worden sind. Die Deffentlichkeit ist besonders darüber empört, daß der Novy Kinder anvertraut wurden, obwohl sie wegen Kindesentführung, Meineid und Erpressung mehrfach verurteilt ist.

Das Wrack der „Stolpmünde“ gefunden

Im Funkenhagen, 11. November.

Rügenwalder Fischer, die nördlich vom Leuchtturm Funkenhagen dem Zunderfang nachgingen, stießen sieben Seemeilen seewärts auf ein Wrack. Es wird vermutet, daß es sich bei dem in einer Tiefe von 28 Meter liegenden Wrack um die untergegangene „Stolpmünde“ handelt. Von einem Rügenwalder Fischer wurde im Neß die Leiche des Kochmaats Friz Jung, Stettin, gefunden. Der 19jährige junge Mann war erst vor kurzer Zeit von der „Stolpmünde“ angeheuert worden. Da der Tote nur mit Hemd und Hose bekleidet war, findet die Annahme Bestätigung, daß außer dem wachhabenden Steuermann und dem Mann am Ruder, der noch nicht gefunden ist, niemand mehr an Deck war. Die notdürftige Kleidung des Leichtmatrosen läßt darauf schließen, daß Jung noch im Augenblick des Kenterns auf Deck gestürzt und dann sofort über Bord gespült worden ist.

Advertisement for Herm. Liebau clothing store. Features various fashion illustrations for men and women, including coats, suits, and dresses. Text includes 'Und wenn auf Teilzahlung in 3 bis 6 Monats-Raten oder bis 24 Wochen-Raten' and 'Herm. Liebau Roßplatz 8 I. Etage Die große Ecke Kurprinzstraße'. Also includes 'Sonderabteilung: Teppiche, Gardinen, Decken, * Strickwaren Hüte und Unterwäsche für Damen u. Herren * Oberhemden Beachten Sie unsere billigen Preise!'.

Aus dem Reich der Technik

Tonfilm

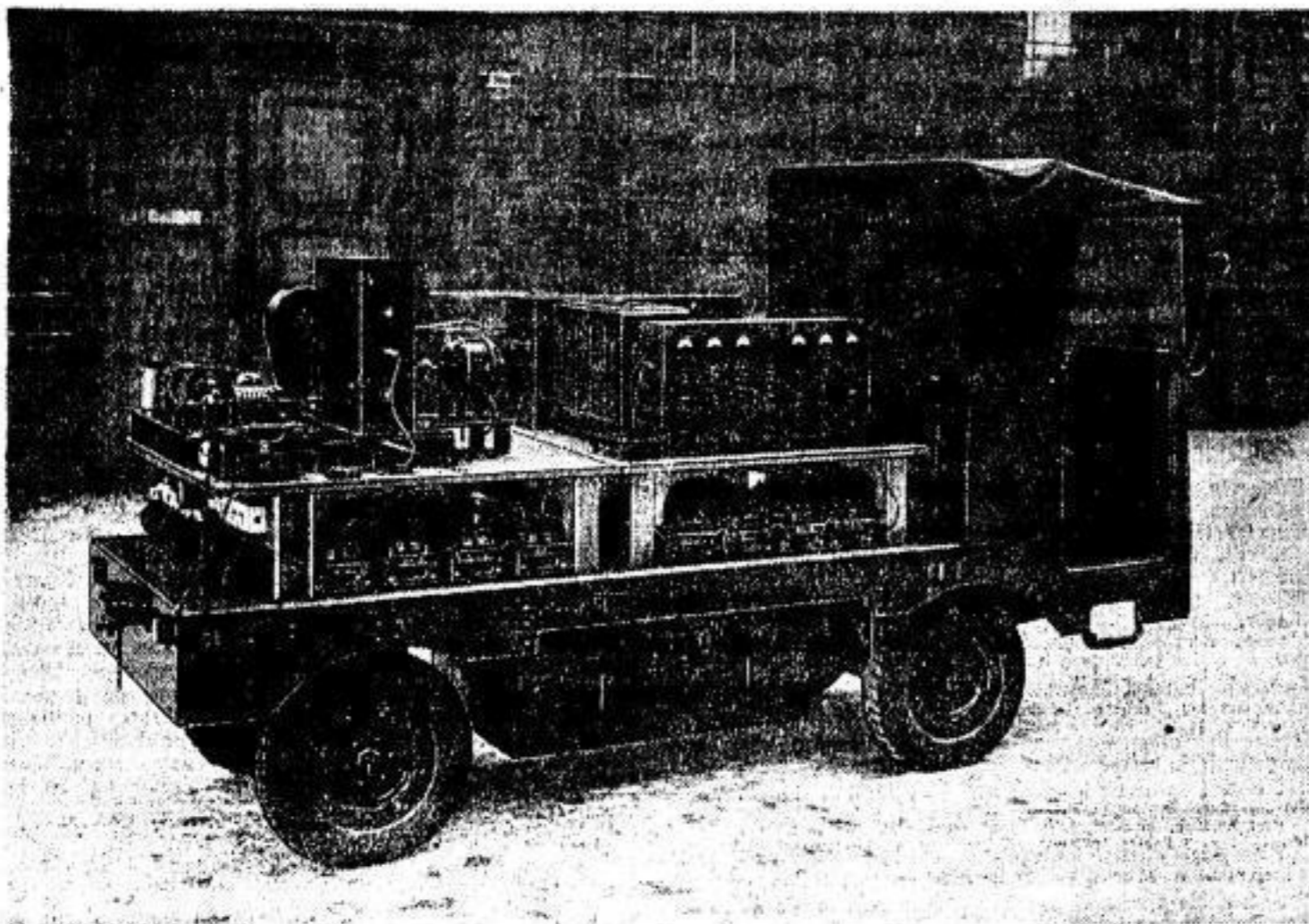
Der Schall wird photographiert

Der Tonfilm marschiert. Der alte Gedanke — er ist so alt wie der Tonfilm selbst —, die Lichtbildwiedergabe durch eine Wiedergabe der Naturgeräusche oder eine mit dem Film selbst verbundene musikalische Unternehmung lebendiger zu gestalten, ist zur Wirklichkeit geworden. Manchem technisch Interessierten, der das neueste Wunderwerk der Technik an Auge und Ohr vorüberziehen läßt, drängt sich damit unmittelbar die Frage auf, wie man des Problems Herr geworden ist, wie der Tonfilm zustande kommt und wie man ihn wiedergibt.

Die einfachste Form des Tonfilms ist die Verbindung von Schallplatte und Film. Man zeichnet die Geräusche, Worte, Töne und dergleichen, während der Filmaufnahme mit der

welche Stücke entfernen, der Gleichlauf wird gestört und bleibt es ein für allemal.

Man ist daher schon seit langer Zeit bestrebt, den Ton auf dem Filmband selbst zu fixieren. Fällt dann ein Stück heraus, so treten zwar in der Wiedergabe sprunghafte Uebergänge auf, der Gleichlauf von Bild und Ton bleibt aber gewahrt. Man hat zunächst versucht, die Schallschwingungen auf dem Filmbstreifen selbst — ähnlich wie in die Wachplatten einzugravieren, aber das Zelluloid ist infolge seiner Zähigkeit nicht recht dazu geeignet. Die Lösung des Problems brachte die photographische Schallaufzeichnung. Der deutsche Physiker Ernst Kuhmer hat



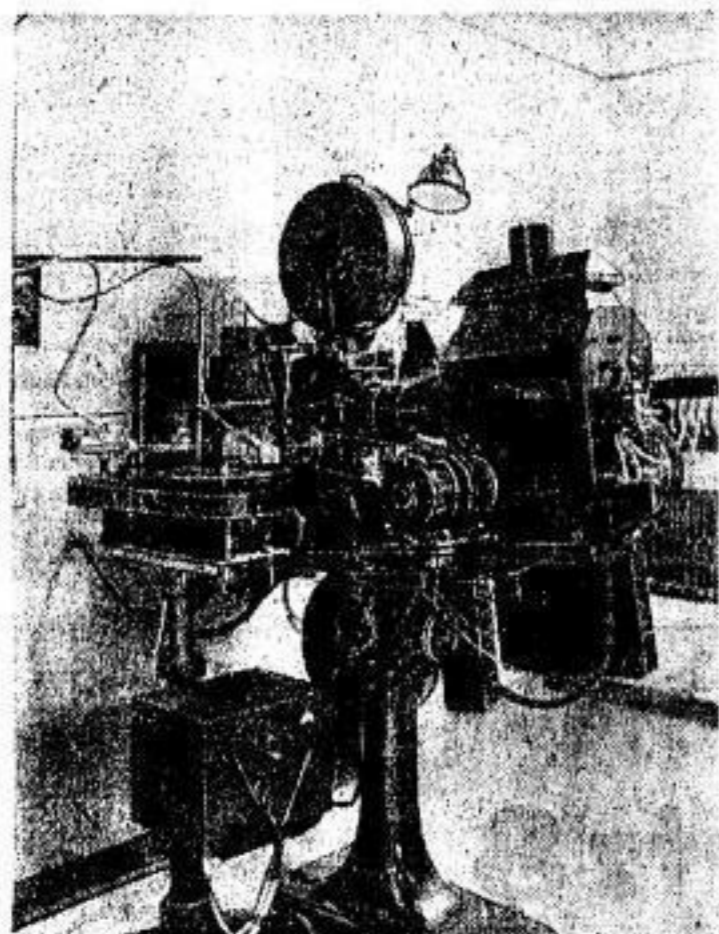
Fahrbare Aufnahmeapparatur der Klangfilm G. m. b. H. (Elektrokarren).

üblichen phonographischen Aufnahmeapparatur auf Wachplatten auf und stellt in üblicher Weise Schallplatten her, die man bei der Wiedergabe gleichzeitig mit dem Film ablaufen läßt. Dabei ist es natürlich sehr wichtig, daß die Wiedergabe von Bild und Ton zeitlich haarscharf übereinstimmt, damit die optischen und akustischen Eindrücke genau zusammenfallen. Es werden besondere Vorrichtungen erforderlich, die den absoluten Gleichlauf (die sogenannte Synchronisierung) von Filmprojektor und Schallplattenapparat sicherstellen, der gleichzeitige Beginn beider Apparate muß gewährleistet sein; auch muß für eine übergangslose Wiedergabe mehrerer Schallplatten hintereinander gesorgt werden. Das alles läßt sich in befriedigender Weise durchführen. Schwierigkeiten ergeben sich nur, wenn der Film reißt und unter Wegschneiden einiger Bilder zusammengeklebt werden muß; aus der Platte lassen sich natürlich nicht irgend-

ne zum erstenmal durchgeführt und drei deutsche Techniker, Bogt, Engl und Masolle, haben mit ihrer Hilfe vor nunmehr rund sieben Jahren den ersten echten Tonfilm der Welt geschaffen. Dann lehte allenthalben in der Welt eine lebhaftige Entwicklungsarbeit ein; sie brachte erhebliche Verbesserungen und hat den Tonfilm publikumsreif gemacht. Das Grundprinzip ist das gleiche geblieben.

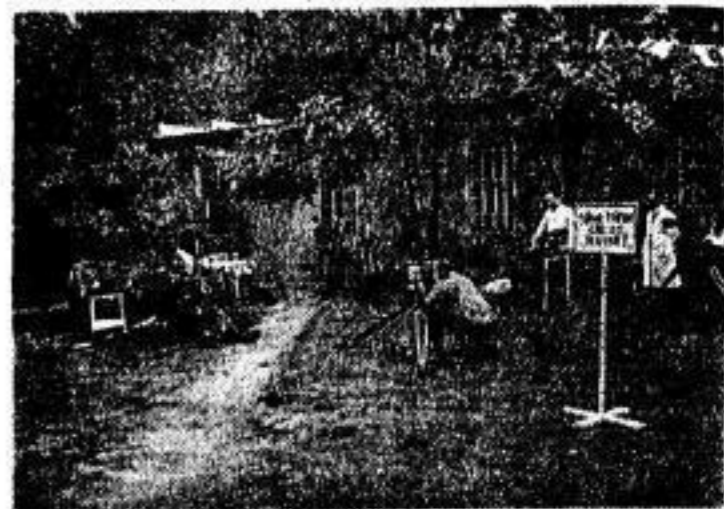
Es beruht auf der an sich recht einfach erscheinenden Tatsache, daß man die Schallschwingungen der Musik, der Sprache, der Geräusche usw. für die Aufnahme des Films in Helligkeitsschwankungen einer Glühlampe umformt, die man photographisch auf dem Film als aufeinanderfolgende, mehr oder weniger starke Schwärzungen festhält. Bei der Wiedergabe vollzieht sich der Vorgang in umgekehrter Richtung; Die Schwärzungsunterschiede des Tonstreifens werden in Helligkeitsschwankungen und diese wieder in Schallschwingungen umgeformt.

Das alles geschieht auf elektrischem Wege, und zwar sind es zwei Geräte, die die „Seele“ der Tonfilmtechnik bilden: die Kerkzelle und die photoelektrische Zelle. Die erste spielt bei der Aufnahme des Tonfilms die entscheidende Rolle, die lehte bei seiner Wiedergabe. Die Kerkzelle wandelt die der Sprache oder Musik entsprechenden Stromschwankungen, die das Mikrophon (in der uns vom Telephon her geläufigen Weise) liefert, in Helligkeitsschwankungen um, indem sie das Licht einer gleichmäßig brennenden Glühlampe — jenen Stromschwankungen entsprechend — mehr oder weniger stark hindurchtreten läßt. Man wirft es nur auf einen nur $\frac{1}{100}$ Millimeter breiten Spalt, an dem der Film (ein besonderer Film für die Tonaufnahme) mit gleichbleibender Geschwindigkeit, (und zwar genau der gleichen, wie sie der Film in der Aufnahmekamera besitzt) vorbeigeführt wird. Der Spalt bildet sich dabei als eine Aufeinanderfolge zahlloser feiner Striche, die bald heller, bald dunkler sind („Intensitätsstreifen“), auf dem Film ab. Diesen Tonfilm kopiert man mit dem negativen Bildfilm zusammen auf einen gemeinsamen Positivfilm, und zwar so, daß der Tonfilm als schmaler Streifen von etwa drei Millimeter Breite innerhalb



Klangfilm-Wiedergabe-Apparatur mit Plattenteller.

der Perforation neben den Bildern einherläuft. Bei der Wiedergabe richtet man das Licht einer gleichmäßig brennenden Lampe durch einen ebensolchen Spalt, wie er bei der Aufnahme verwendet wird, auf den Tonstreifen, das durchfallende Licht, das nun — je nach dem Schwärzungsgrad der Intensitätsstreifen — in rascher Folge mehr oder weniger stark geschwächt wird, fällt auf eine photographische Zelle, die es in elektrische Stromschwankungen umwandelt. Diese bringt uns schließlich ein Lautsprecher als Schallschwingungen zu Gehör. Natürlich sind sowohl bei der Aufnahme wie bei der Wiedergabe Verstärkereinrichtungen er-



Tonfilmaufnahmen mit Klangfilmgerät.

forderlich, auch muß der Tonstreifen gegen den Bildstreifen um ein gewisses Maß verlegt sein; denn der Film wird im Projektor bekanntlich ruckartig fortbewegt, für die Tonwiedergabe ist aber ein ganz gleichmäßiges Vorbeiführen des Films am Lichtspalt erforderlich. Die jeweilige Tonpartie befindet sich daher nicht neben der zugehörigen Bildpartie, sondern folgt ihr im Abstand von etwa 36 Zentimeter.

Die Güte des Tonfilms läßt für anspruchsvolle Hörer natürlich heute noch einiges zu wünschen übrig. Auch der Tonfilm wird, wie der stumme Film, eine Zeit ständiger Verbesserung und Vervollkommnung durchmachen müssen. Schon heute sind die Studien hierfür bei der Klangfilmgesellschaft, die in Deutschland die Aufnahme- und Wiedergabegeräte baut, eifrig im Gange. Für den Tonfilm ist natürlich die Aufnahme von aktuellen Wochenereignissen in Bild und Klang von besonderem Interesse. Unser 1. Bild zeigt ein von der Klangfilmgesellschaft eingerichtete Tonfilmaufnahmeauto für diese Zwecke bei der Aufnahme einer sportlichen Veranstaltung. Der Wagen enthält neben dem Motor aus austauschbaren Batterien eine vollständige Tonaufnahmeeinrichtung mit zwei Mikrophonen (links) und zwei Bildkameras, von denen eine zwischen den Mikrophonen und die zweite auf dem zu einer Plattform ausgebildeten Dach des Wagens aufgestellt ist. Das Auto, von dem aus auch im Fahren Aufnahmen gemacht werden können, hat sich auf einer Fahrt von mehr als 500 Kilometer in den steirischen Alpen sehr gut bewährt.

Heilkraft des Goldes

Daß man in früheren Jahrhunderten dem Golde nicht nur die Kraft, Krankheiten zu heilen, also das Leben zu verlängern, zusprach, daß das „Große Magisterium“ oder der „Stein der Weisen“ seinem Besitzer sogar körperliche Unsterblichkeit sicherte, galt während der Blütezeit der Alchimie, deren Lehren noch zu Anfang des vorigen Jahrhunderts in manchen Köpfen spukten, als unerschütterliche Tatsache. Man fertigte Arzneien daraus und brachte Gold besonders zur Aufzucht, so daß es trinkbar wurde. Die Goldinkturen, das Aurum potabile, spielte in den Apotheken eine große Rolle. So finden wir bemerkenswerte Beiträge zu dem Glauben an die Heilkraft des Goldes in den Sächsischen Akten des Hauptstaatsarchives, medizinische Sachen betreffend, vom Ende des 16. Jahrhunderts. Die Kurfürstin-Witwe Sophia von Sachsen erinnerte sich in den ersten Tagen des Jahres 1686, daß ihr Barbara von Schönberg von der herztätigsten Wirkung eines in ihrem Besitz befindlichen Goldstückes gesprochen habe. Die Kurfürstin bat sie ihren schwerkranken Vater, ihr das Goldstück zu leihen, so wie Frau von Schönberg überhandte es gut verwahrt in einer Schachtel „beneden den Hadlin so darzu gehörig“ mit nachstehenden Vorschriften: „Mann soll das Gold auf glühenden Kohlen ganz heiß und glühende werden lassen und hoch fein unter Metall weder von Eisen, Kupfer, Messing oder Silber dazu kommen lassen, dann das Gold solcher Metalle Kraft an sich ziehen tut und wann das Gold glühende worden, soll manns in einem goldenen Bechern, so mit Wein eingesehnet, hängen, doch also das Gold allein im Wein hänge und ann keinen Ort den Böhern bewers und wann der Wein von dem glühenden Golde voll erhitzt, soll man denn wieder vertuelen lassen, und dann zur Rotdurft gebrauchen, welcher dann das Herz voll Sterken soll. Mann magt auch solch Goldt wann es uff Kohlen glühend gemacht, Inn Schlecht Wasser oder Inn gebrannt Wasser hängen und oberzaller massen erhsen und wieder vertuelen lassen, welches dann einem Jedem nach Gelegenheit seiner Krankheit für Wirkung mag gegeben werden.“

Auch aus anderen Akten geht hervor, daß Kurfürstin-Witwe Sophie, die von ihrer Schwiegermutter nicht nur in deren geheimen medizinisches Wissen eingeweiht worden war, sondern auch deren Apotheke geerbt hatte, sich viel mit der Arzneimittellehre beschäftigte. So bat sie Sebastian von Mettsch um ein Mittel gegen die Gelbfucht, und sie schrieb ihm am 11. April 1605: „Ihr könnt einen Silberzahn ins Irntgeschir legen und allezeit davon trinken, desgleichen einen Becher von gelben Wachs fertigen und innwendig am Boden einen Portugaleser (das war elge Goldmünze) hängen lassen und denselben zum Irntgeschir brauchen, auch obemerkten Zahn darein legen. Soll nächst göttlicher Hilfe gut vor solche Krankheit sein.“

Starkstromkabel auf Masten

Die Detroit Edison Co. hat ein dreidrahtiges Kabel für 24 kV auf Masten verlegt. Das Kabel hat 178 Millimeter Kupferquerschnitt und 8 Millimeter dicke Papierisolierung, die Außen haben 3,8 Millimeter Mantel aus Blei mit 1 Proz. Antimon. Der Nulldurchmesser des Kabels beträgt 80 Millimeter, das Gewicht 18,63 kg/m. Die Spannweite zwischen den Masten beträgt 57 Meter.

Linoleum

neu eingetroffen!

Läufer und Vorlagen

| |
|---|
| Druck-Vorlagen 70/115 60/90 45/75 ohne Kante mit kl. Fehl. Stck. 225 145 85 |
| Inlaid-Vorlagen 60/90 cm, durchgehende Muster, zum Ausschneiden . . . Stck. 175 |
| Linoleum-Läufer Reste 180 cm 110 cm 90 cm 67 cm breit Meter 225 195 175 125 |
| Linoleum-Läufer Druck, mod. Muster 180 cm 110 cm 90 cm 67 cm breit Meter 435 325 255 155 |
| Inlaid-Läufer durchgeh. Muster, mit kl. Fehl. 180 cm 110 cm 90 cm 67 cm breit Meter 750 650 550 345 |
| Granit-Läufer durchgehende Muster, mit bedruckter Kante 90 cm breit Meter 550 67 cm breit Meter 345 |
| Linoleum glatt braun, 100 cm breit, 2,2 mm stark . . . in Restlängen Meter 375 |
| Druck-Linoleum 150 cm breit, moderne Muster Meter 550 |

Beachten Sie unsere Spezial-Fenster
Königsplatz — Nonnenmühlgasse

Linoleum-Teppiche u. Balatum

| |
|---|
| Balatum-Läufer 110 cm 90 cm 67 cm ohne Kante Mtr. 245 195 145 |
| Balatum 200 cm breit, mod. Muster, große Auswahl qm 210 |
| Balatum-Teppiche 200, 350 200, 300 200, 250 150, 200 ohne Kante Stck. 1470 1260 1050 630 |
| mit Kante Stck. 1985 1700 1425 900 |
| Druck-Teppiche 200, 300 200, 250 150, 200 saisonliche Muster u. kl. Fehlern Stck. 2250 1850 1050 |
| Inlaid-Teppiche 200, 300 200, 250 150, 200 durchg. Muster mit kl. Fehlern Stck. 2950 1850 1575 |

Plüsch-Teppiche, Fell-Vorleger

Felle besonders billig!

| |
|---|
| Chinesische Ziege 60/100 cm, mit Rand, verschiedene Farben Stck. 850 |
| Chin. Ziege 65/125 60/115 60/100 50/80 gefärbt Stck. 1950 1650 1250 890 |
| Ausnahme Größe ca. 250/350 200/300 165/225 180/200 |
| Tapestry-Teppich Stück 5800 3900 2950 2350 |
| Boucle-Teppich Stück 8500 5800 3900 2950 |
| Velour-Teppich Stück 11500 5800 4500 1950 |

Linoleum-Stückware

| |
|---|
| Linoleum 200 cm breit, in Restlängen mit kleinen Fehlern qm 175 |
| Druck-Linoleum 200 cm breit, mit kleinen Fehlern qm 295 |
| Druck-Linoleum 200 cm breit, moderne Muster qm 375 |
| Granit-Linoleum 200 cm breit mit kleinen Fehlern Coupons qm 375 |
| Granit-Linoleum 200 cm breit, zum Auslegen von Küchen, mit kleinen Fehlern qm 440 |
| Inlaid-Linoleum 200 cm breit, durchgehende Muster m. kl. Fehlern . . . qm 375 |
| Inlaid-Linoleum 200 cm breit, durchgeh. Muster m. klein. Fehlern, qm 490 |
| Druck- u. Inlaid-Teppiche 200/250, m. Fehlern, zum Ausschneiden Stück 1450 |

Verkauf II. Stock



Freie Sängerschaft Grotzsch

(Deutscher Arbeiter-Sängerbund) — Leitung: Hans Schins

Herbst-Konzert

am 24. November 1929 (Totensonntag) auf der Wiprechtsburg, unter Mitwirkung der Kaufmannschen Kapelle! Im zweiten Teil des großen Chorwerk

„Die Eisjungfrauen vom Königssee“

Karten im Vorverkauf im Zigarren-Geschäft Zimmermann und bei Franz Schirm 60 Pfg., an der Abendkasse 75 Pfg. Einlaß 19 Uhr, Anfang 20 Uhr. Einen genußreichen Abend versprechend ladet der Vorstand die Arbeiterschaft von Grotzsch und Umgegend ein.

Schuhe für Damen, Herren und Kinder zu stadtbekannt billigen Preisen nur bei **Buxbaum** Mittelstraße 22

Gute Geigen!

Lauten, Gitarren, Cellis, Zithern, 12saitige Mandolin, Schul-Geigen, billigst • Teilzahlung • Wald, Hirtelstr. 5, I.

Billiger als Fleisch! Nur heute Freitag und morgen Sonnabend d. beliebten **Mast-Kochhühner** 1.25 Pfd. Delikatessen-Geschäft Windmühlenstraße 17, gegenüber Walder Hirsch



Köstliche Kaffee

wird aus sorgfältig gewählten Mischungen hergestellt, ist von bestem Brand und herbortragendem Aroma. Er bereitet dem Kenner wirklichen Genuß, weil er stets frisch in unseren Verteilungsstellen zu haben ist. Er ist in vier Preislagen vorrätig

1/4 Pfund **-.70, -.90, 1.00, 1.10**

Konsumverein

Leipzig-Plagwitz u. Umg., e. G. m. b. H.

Abgabe nur an Mitglieder
Aufnahme in allen
Verteilungsstellen

Vereinshaus Froshburg, Großschocher

Das eigene Heim der Arbeiterschaft am Orte

Sonntag 17. Nov. Haus-Kirmes Montag 18. Nov.

Unterhaltungs - Musik und Wahlergebnis - Bekanntgabe
in allen Räumen

ff. Gans- u. Hasenbraten / Div. Biere und Weine
ff. Riesen - Pfannkuchen

Wir laden alle Interessenten und Genossen freundlichst ein D. V.

Voranzeige: Am 6. 7 und 8. Dezember: Gr. Gellügel-Auskegeln auf dem Billard. — Für Vereinsveranstaltungen: Neues Tanz-Parkett.

Einen Winter-Mantel für wenig Geld ist der Wunsch einer jeden Dame.

Wir haben einige hundert Mäntel in 5 Preislagen zusammengestellt, um jedem Gelegenheit zu geben, auch für den kleinsten Betrag einen modernen, feischen Mantel erstehen zu können.

Befuchen Sie uns bitte unverbindlich. Sie werden bestimmt diese Leistungen anerkennen

Die 5 Preislagen:

Serie I sind Velour- und Ottomane-Mäntel Rücken-, Biesen-Garnierung, Kragen und Manschetten Pelz-Plüsch
Unser Schlager

9⁵⁰

Serie II besteht aus Ottomane und Stoffen engl. Art, Kragen, Manschetten Pelz imit., Sattel-Futter, moderne Macharten
praktische schöne Dessins

19⁵⁰

Serie III bringt Ottomane-Mäntel sowie Tuch und moderne Gitterflausche, teils ganz auf Damassé gefüttert, modernste Verarbeitung, mit echtem Pelz reichlich garniert
zu dem sensationellen Preis von

29⁵⁰

Serie IV finden Sie eine große Auswahl in Ottomane-Mäntel sowie einzelne Stücke Sportmäntel engl. Art, hoch moderne Ausführung, aparte neue Dessins
besonders empfehlenswert

39⁵⁰

Serie V ist vertreten mit einer enormen Auswahl in allen neuesten Stoffen, wie rein wollene Phantasie-Flausche, Schnitt-Veloure, Duveline und Woll-Ottomane, tadellose Verarbeitung
eine wirkliche Leistung

49⁵⁰



Ottomane

Dieser Mantel kostet nur **9⁵⁰**

Aus den Damenkleiderabtl. empfehlen wir für den Winter die Hauptpreislagen 13.90 10.90 8.90 4.90 als besonders vorteilhaft

Gebr. Fried

Das Kaufhaus für Jedermann :: Leipzig, Windmühlenstraße 1-5

Arbeiterportierinnen und Arbeiterportier

Von Heinrich Wuttke.

Am 17. November sind Stadtverordnetenwahlen. Die bürgerlichen Parteien, unter der Führung des Oberbürgermeisters Dr. Rothe, machen die größten Anstrengungen, die bisherige proletarische Mehrheit des Kollegiums zu brechen. Sie wollen, wie im Rate, auch im Stadtverordnetenkollegium, wieder die Mehrheit haben. Weist du, Arbeiterportier, was das bedeutet? Weist du, was das für die Arbeiterschaft für Folgen hat, wenn das Bürgergremium wieder die alleinige Macht im Rathaus hat? Das bedeutet Abbau der sozialen Fürsorge, Vermehrung von Not und Elend, Verschärfung der städtischen Unternehmungen, wie Straßenbahn, Gas- und Elektrizitätswerke an die Kapitalisten und damit Preissteigerung, Einstellung des städtischen Wohnungsbau und Auslieferung desselben an die privaten Bauherren, damit Verteuerung der Wohnungsverhältnisse, Befestigung der städtischen eigenen Regie und Übertragung aller Arbeiten an Privatunternehmer, damit Erhöhung der Ausgaben und Vermehrung der Lasten, die auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden, ferner Verschlechterung auf allen Gebieten für die werktätige Bevölkerung.

Und was bedeutet für dich als Arbeiterportier eine bürgerliche Mehrheit? Denke an die Vorkriegszeit, wo das Bürgergremium auf dem Rathaus die alleinige Mehrheit hatte. Den Arbeiterturnern waren die städtischen Turnhallen verschlossen. Die bürgerlichen Vereine erhielten die Mittel zum Bau von schönen, eigenen Turnhallen. Die Arbeiterturner mußten in dumpfen Kneiplokalen, in Baracken oder Scheunen turnen. Sie erhielten kein Gelände zur Errichtung von Sportplätzen, die bürgerlichen jedoch bekamen alles. Neben den Geldern zu Turnhallen erhielten sie noch jährliche laufende Unterstüßungen. Für die Arbeiterportier dagegen hatte man keinen roten Pfennig übrig. Sie wurden als Bürger zweiter Klasse betrachtet und behandelt.

So wird es wieder werden, wenn das honeste Bürgergremium am 17. November siegt.

Schaut einmal das Amt für Leibesübungen an! Dort sitzt als städtischer Turndirektor Herr Groß, Reaktor der deutschen Turnzeitung und Gauvertreter des Schlafkeldganges, dort waltet als Stadtdirektor Herr Kurth, Obergartenturnwart bei Blumens, dort sind noch einige deutsche Turner, die reaktionär bis auf die Knochen sind, als Hilfskräfte tätig. Da brauchst du dich nicht zu wundern, wenn auch heute noch den bürgerlichen Vereinen Vorteile über Vorteile zugeschanzt werden. Auch heute noch erhalten die bürgerlichen Vereine auf faitem Wege, d. h. ohne Wissen der Arbeitervertreter, im Ausschuss die schönsten Plätze, während unseren Vereinen fortgesetzt die größten Schwierigkeiten bei der Erwerbung von Plätzen und der Benützung von Turnhallen gemacht werden.

Das kann, das wird geändert werden, wenn auch wir, als Arbeiterportier, bei den Wahlen unsere Pflicht tun!

Das Ziel muß sein, mit Hilfe der proletarischen Stadtverordnetenmehrheit die bürgerliche Ratsmehrheit zu brechen, denn dort ist der Hemmschuh jeden sozialen Fortschrittes. In den nächsten zwei Jahren scheiden circa 10 bürgerliche besetzte Stadträte aus, teils wegen Krankheit und Alter, teils wegen Ablauf der Dienstzeit. Bei einer Arbeitermehrheit im Stadtverordnetenkollegium ist die Wahl von Arbeitervertretern zu besetzten Stadträten und Bürgermeister und damit auch eine Arbeitermehrheit im Rate möglich. Allerdings aber nur dann, wenn die kommunistische Partei nicht dem Befehl aus Moskau folgt. Die Bolschewiken fordern und der Parteitag der KPD hat beschlossen, bei den Wahlen keine sozialdemokratischen Stadträte und Bürgermeister zu wählen. Wenn die KPD diese verbrecherische Parole befolgt und namhafte Führer der kommunistischen Partei bestreiten das, so bedeutet das die Wahl von bürgerlichen. Auf ein Jahrzehnt hinaus bleibt im Rate wieder eine reaktionäre arbeitervfeindliche Mehrheit vorhanden. Die Kommunisten nähern also mit ihrer Parole nur dem reaktionären Bürgergremium und stützen auch weiter das kapitalistische System, schädigen die Interessen der Arbeiter, weil dann die bürgerliche Ratsmehrheit, wie bisher, die Durchführung aller Beschlüsse der Stadtverordneten verhindern kann, die im Interesse der Arbeiterschaft gefaßt wurden. So erweist sich die kommunistische Partei als Schädling der Arbeiterklasse, als Verräter an den Interessen der werktätigen Bevölkerung. Deshalb:

Keine Stimme diesen Arbeiterverrättern! Keine Stimme der KPD.

Arbeiterportier! Denk auch an den niedrigen und gehässigen Kampf, den die KPD gegen die Arbeiterportierbewegung, besonders gegen unseren Arbeiter-Turn- und Sportbund führt. Denk daran, wie die Kommunisten unsere stolze Organisation, die wir in rastloser Arbeit aufgebaut haben, zerschlagen und zerstören wollen, weil wir uns nicht unter die Krute des Moskauer Papstes beugen wollen. Deshalb hinweg mit diesen Rechten des Kapitales, mit diesen Helfershelfern der Reaktion. Hinweg mit der KPD!

Wählt die Partei, die bisher allein den Arbeiterportier wirksam unterstützt hat, der viele Millionen Arbeiter und Angestellte ihr Vertrauen entgegenbringen, die stets und überall nur die Interessen der werktätigen Bevölkerung mit allem Nachdruck vertreten hat. Wählt die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei!

Wählt Liste 1.

Wählt die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei! Wählt Liste 1.

Wählt die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei! Wählt Liste 1.

Wählt die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei! Wählt Liste 1.

Wählt die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei! Wählt Liste 1.

Wählt die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei! Wählt Liste 1.

Wählt die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei! Wählt Liste 1.

Wählt die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei! Wählt Liste 1.

Wählt die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei! Wählt Liste 1.

Wählt die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei! Wählt Liste 1.

Wählt die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei! Wählt Liste 1.

Bekanntmachungen

Bezirk. Zentralrat der KPD. Montag, den 18. November, 10 Uhr, Sitzung im Bundeshaus.

Bezirk. KPD. Montag, den 2. Dezember, 10 Uhr, Sitzung im Sportplatz E.-H. (Vine 3).

Turner. Bezirk. Alterlegenutzer. Mittwoch, den 20. November, gemeinsame Alterlegenutzer in der Bundeskulturhalle, Beginn 11 Uhr für über 30 Jahre alte, 15 Uhr für alle übrigen Altersturner.

Nachfahrer. Bezirksgruppe Leipzig. Sonntag, den 24. November, 14 Uhr, Generalversammlung in den Drei Eichen.

Wahlberechtigte. Bezirksgruppe Leipzig. Sonntag, den 24. November, 14 Uhr, Generalversammlung in den Drei Eichen.

Achtung, Arbeiterportier!

Wie die KPD den Arbeiterportier fördern und unterstützen will, zeigt ihre Kandidatenliste. Den einzigen, der als Arbeiterportier anzupprechen wäre, den Bundesgenossen Strodt hat sie kaltgestellt. In ganz ausfichtloser Stelle hat sie ihn aufgestellt. Die SPD dagegen hat acht, zum größten Teil noch aktive Bundesgenossen unter den Kandidaten; die meisten an aussichtreicher Stelle. Darunter die Genossen Hermann Schubert, Hermann Schäfer, Karl Kremer, die ein Leben lang für den Arbeiterportier gekämpft und gewirkt haben. Arbeiterportier, zieht daraus die Lehre! Wählt SPD, Liste 1.

Handballspielvereinigung.

Bezirksgruppe Leipzig. Sonntag, den 18. November, 10.30 Uhr, Volkshaus. Spielort: Anstalt der Genossenschaft am 17. November besteht für alle Vereine Spielort. Wir hoffen, daß sich jeder Genosse zur Wahlarbeit seiner Partei zur Verfügung stellt.

Sächsischer Spielvereinigung, Bezirk Leipzig e. V.

Rede dieser am 17. November, 10.30 Uhr, im Volkshaus. Arbeiterportier, zieht auch nicht bloß! In dem Aufzug der oppositionellen Weirichtung führt man, daß alle Stimmen am 17. November der Liste 3 gehen. Wir helfen demgegenüber, daß alle Stimmen an die Arbeiterportier gehen. Wir helfen demgegenüber, daß alle Stimmen an die Arbeiterportier gehen. Wir helfen demgegenüber, daß alle Stimmen an die Arbeiterportier gehen.

Athleten.

Am Freitag ringen folgende Mannschaften: 10 Uhr: Sophia gegen Adler in Wahren. 11 Uhr: Olympia gegen Eintracht. 12 Uhr: Olympia gegen Eintracht.

Allen Sportbedürftigen kauft nur Sportzentrale Westend L. Plagwitz, Zschocherstraße 41, Filiale des Arbeiter-Turnvereins. - Fotos billig.

Turnerheim Freie Turnerschaft e. V., Großsch.

Am Wahltag, dem 17. November, abends, Bekanntgabe der Wahlergebnisse durch Radio im Gesellschaftsraum und Gaststube. In der Zwischenzeit Unterhaltungsmusik, Nachmittagskinderbelustigung: Leipziger Arbeiter-Turnspiele. - ff. Volkshausweine, gute Biere, vorzügliche Küche - Freundschaft laden ein. Der Vorstand.

Naturfreunde.

Bezirk. Leipzig. Sonntag, den 18. November, 10.30 Uhr, im Volkshaus. Spielort: Anstalt der Genossenschaft am 17. November besteht für alle Vereine Spielort.

Bezirk. Leipzig. Sonntag, den 18. November, 10.30 Uhr, im Volkshaus. Spielort: Anstalt der Genossenschaft am 17. November besteht für alle Vereine Spielort.

Bezirk. Leipzig. Sonntag, den 18. November, 10.30 Uhr, im Volkshaus. Spielort: Anstalt der Genossenschaft am 17. November besteht für alle Vereine Spielort.

Bezirk. Leipzig. Sonntag, den 18. November, 10.30 Uhr, im Volkshaus. Spielort: Anstalt der Genossenschaft am 17. November besteht für alle Vereine Spielort.

Samariter.

Bezirk. Leipzig. Sonntag, den 18. November, 10.30 Uhr, im Volkshaus. Spielort: Anstalt der Genossenschaft am 17. November besteht für alle Vereine Spielort.

Wasserport.

Bezirk. Leipzig. Sonntag, den 18. November, 10.30 Uhr, im Volkshaus. Spielort: Anstalt der Genossenschaft am 17. November besteht für alle Vereine Spielort.

Verband Volksgesundheit.

Bezirk. Leipzig. Sonntag, den 18. November, 10.30 Uhr, im Volkshaus. Spielort: Anstalt der Genossenschaft am 17. November besteht für alle Vereine Spielort.

Schach.

Bezirk. Leipzig. Sonntag, den 18. November, 10.30 Uhr, im Volkshaus. Spielort: Anstalt der Genossenschaft am 17. November besteht für alle Vereine Spielort.

Arbeiter-Radiobund

Bezirk. Leipzig. Sonntag, den 18. November, 10.30 Uhr, im Volkshaus. Spielort: Anstalt der Genossenschaft am 17. November besteht für alle Vereine Spielort.

Stiermattentag.

Bezirk. Leipzig. Sonntag, den 18. November, 10.30 Uhr, im Volkshaus. Spielort: Anstalt der Genossenschaft am 17. November besteht für alle Vereine Spielort.

Advertisement for Friedrich Treumann, featuring the slogan 'Jede Firma behauptet, billig zu sein' and a list of clothing items like 'Herren-Ulster' and 'Paletots' with prices.

Aus der Umgebung

Engelsdorf.

11. Zur Gemeindevorordnetenwahl Sonntag, den 17. November, sind vier Wahlbezirke eingeteilt. 1. Bezirk: Wahllokal "Goldener Stern": Ortsteil Sommerfeld bis zum Bahnhof. 2. Bezirk: Wahllokal Restaurant "Vindengarten": vom Bahnhof bis einschließlich Feldstraße. 3. Bezirk: Wahllokal Schule 1: von Feldstraße bis Querstraße, Ringelstraße einschließlich Ringelplatz. 4. Bezirk: Wahllokal Restaurant "Guter Tropfen": Waffelturmstraße, Hans-Weigel-Straße bis Werkstättenstraße. Wahlzeit von 9-18 Uhr. Eingegangen sind sechs Wahlvorschläge: Liste 1 SPD, Müller, Wiedemann, Otto. Liste 2: Bürgerbund Arnold, Jäger, Günther. Liste 3: Freie Wählervereinigung (Hakenkreuz) Kue, Kirsten, Otter. Liste 4: APD (Marko Thälmann) Otto, Wagner. Liste 5 (Demokraten): Winter, Baum. Liste 6: APD, Weber, Grohdi.

Wählerversammlung der SPD, Sonnabend, 20 Uhr, in der Schule 1. Referent: Stadtverordneter Joh. Lang. Gelesen, sorgt dafür, daß am Wahltag weder das Bürgerium, noch die Kommunalverwaltungen der SPD, mit ihren fünf zwanzigjährigen Kandidaten, noch die APD, unter Führung eines Grohdi triumphieren kann. Agitiert für den Sieg der Sozialdemokratie!

Berichtigung. Zu dem Eingangs in Nr. 281 vom 8. November der Leipziger Postzeitung. Ein kleiner Auszug aus einem Leipziger "Eborado" gebe ich die Erklärung ab, daß die gemachten Angaben unwarhaft sind und vollständig aus der Luft gegriffen wurden. Es ist unwarhaft, daß ich Hakenkreuzler und Diffameur bin und habe ich nie mit derartigen Organisationen etwas zu tun gehabt. Es ist unwarhaft, daß ich eine Frau, die vier Kinder hat, durch unflätige Ausdrücke behandelt hätte und ist eine derartige Auseinandersetzung niemals vorgekommen. Eine derartige Frau ist bei uns gar nicht beschäftigt, nur eine Frau, die drei Kinder hat, die aber eine derartige Auseinandersetzung persönlich mit sich weiß. Es ist ferner unwarhaft, daß ich eine Betriebsrätin angeblich hinausbefördern wollte und auch eine Kontrolliererin in derselben unerlaubten Form heruntergeputzt hätte. Es ist ferner unwarhaft, daß Arbeiterinnen bei ihrem Austritt sich geküßelt hätten, bei Wiedereintritt in den Betrieb nicht eher wieder angusang, solange ich noch bei der Firma Adolf Behold beschäftigt sei. Zum Beweis führe ich noch an, daß auf Veranlassung des Betriebsrates der Firma Adolf Behold am 12. November eine Belegschaftsversammlung stattgefunden hat, die eine derartige Verurteilung über die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Behold als unwarhaft bezeichnet und verurteilt. Ich erkläre den Einleger als Verleumder und bedauere ich, daß er sich nicht öffentlich nennt, damit ich ihn gerichtlich belangen kann. — Richard K e f, Werkmeister der Firma Adolf Behold.

Kütha. Eine Erinnerung. Der auch in der weiteren Umgebung Küthas bekannte General a. D. Freiherr von Friesen ist am 7. November an einer furchtbaren Krankheit verstorben und am 11. November unter großem Pomp beigesetzt worden.

Der Tod dieses Mannes erinnert an ein Vorkommnis, welches sich am 11. November 1918 zutrug. Nachdem die Republik ausgerufen und überall Arbeiter- und Soldatenräte gewählt worden, hatte die MSP für den 11. November eine Volksversammlung nach Stadt Leipzig einberufen, um auch hier Arbeiterräte zu wählen. Das Referat zu dieser Versammlung hatte Gen. Parteifreier Schöning übernommen. Da durch den Massenandrang sich das Lokal als zu klein erwies, wurde die Versammlung nach dem Marktplatz verlegt. Nach dem mit kolossalem Jubel aufgenommenen Referat formierte sich der Zug und zog nach dem Rathaus. Vom Rathaus aus ging es nach dem Schloß, um dem Schloßherrn vor Augen zu führen, daß eine neue Phase der Weltgeschichte angebrochen war. Der Freiherr erschien auch sofort und, nachdem Gen. Schöning in einer feurigen Ansprache alle Anwesenden ermahnte, treu zur Republik zu stehen, erklärte der Freiherr: „Ich weiß genau, wie die Dinge liegen, als Einzelner kann man nicht gegen den Strom schwimmen.“

Agnes

Roman aus der Zeit des Sozialistengesetzes

Von Bruno Schönlank

Copyright 1929 by Der Bücherkreis, G.m.b.H., Berlin.

Agnes fuhr das erstemal in Berlin Droschke. Als sie noch Gyziebetin in Polen gewesen war, da fuhr sie vierpännig mit den polnischen Schlachtfischen. Um diese Zeit lag da schon Schnee, und die edlen Balkenblätter schienen den Boden kaum zu berühren, wenn sie mit Peitschenknall und Schlittengelächel dahinjagten. Diese polnischen Männer und Frauen hatten die ausgeglichteste Höflichkeit gegen ihresgleichen, achteten aber das niedere Volk ihrer polnischen Mägde und Knechte geringer als die Schweine. Schon damals hatte sich in ihr, die man als Dame bebandelte, das Gerechtigkeitsgefühl jäh aufgebäumt.

Agnes liebte Pferde, denn sie hielt sie für die schönsten Kreaturen, deren Augen mehr zu wissen scheinen, als je Menschen denken und fühlen.

Das Pferd vor der Droschke war ein altes, abgetrippertes Geschöpf. Doch sie hätte jetzt selbst die Peitsche nehmen können, um es anzureiten. Doch das Pferdchen tat sein Bestes auf die Zusage des Kutschers, und bald näherten sie sich der Innenstadt. Hier war noch Jubel und Trubel auf den Straßen. Hier brannte noch die Illumination, leuchteten die Transparente.

Aus den Raststätten klang Musik. In den Tanzpalais hielten die Dirnen große Ernte, denn das einmal vom Petrolismus lebende Blut suchte Entspannung in Wein, Weiß und Gelang.

Gesang und Gebrüll der goldenen Jugend und der Bürger füllte die Nacht. Die Polizei ließ gewähren, denn heute war das ja alles aus Liebe zu dem Kaiser, und da durfte man sich einmal austoben.

Eine Schar halbrundener Studenten stiel dem Droschkengaul in die Fügel. „Wohin, schöne Frau?“ Agnes sah den Führer der lebenslustigen Gesellschaft ernst an. Der zog sich mit verlegenem Schreden zurück. „Kommt weiter,“ rief er den Seinen zu, „es ist eine Rastpause.“

Immer näher kam Agnes dem Südbogen. Hier lagen die Häuser fast alle dunkel, nur aus den Kneipen dröhnte Singlang und Gelächter. „Nur noch ein paar Minuten,“ seufzte Agnes, „nur noch ein paar Minuten, dann weiß ich es.“

Gleichmäßig tappete der Fußschlag des zottigen Droschkenpferdchens. Im Rhythmus der Fußschläge fing sie an zu beten, sie wußte

nicht wie: „Mein Gott, nur das nicht. Mein Gott, nur das nicht!“ Ihre religiöse Erziehung ließ sie wieder zum Kinde werden und Schulkuchen wie ein hilfloses Geschöpf. Jahrelange Gottesglaube sind nicht aus dem Blute zu entfernen, es bleibt immer noch im Unbewußten ein Rest, der in den Stunden hilfloser Verzweiflung an die Dürstertische dringt.

Agnes war ein tief religiöser Mensch, der seine Religion in der Arbeit für die Armen und Unterdrückten gefunden. Die heidnische Lebensfreude war ihr fremd. Sie wäre im frühen Mittelalter vielleicht eine Heilige geworden oder hätte als Ketzerin auf dem Scheiterhaufen geendet.

Endlich hielt die Droschke vor ihrer Mietkasserne. Mit zitternden Händen zahlte sie und griff febrig nach ihrem Hauschlüssel. Doch das Haus war noch offen. In der Hausflur stand eng aneinandergepreßt ein junges Mädchen.

Wichtig löste sich das Mädchen aus der Umarmung. Es war die Tochter von Frau Bohrt, die blonde Martha, und rief: „Fräulein Wandig, es ist gut, daß Sie kommen. Ihre Mutter... Meine Mutter hat schon alles angestellt, was ist...“

„Was ist, um Gottes willen, was ist...“

„Der Arzt war schon da...“

Wie gepeitscht jagte Agnes die vier Treppen hinauf.

Sie fand Frau Bohrt oben, die weinend und begütigend auf sie ein sprach. „Leise, leise, ihre Mutter schläft gerade, der Arzt hat ihr eine Spritze gegeben. Es muß ganz plötzlich gekommen sein.“

Frau Bohrt ging leise hinaus und ließ Agnes allein. Gott sei Dank, die Mutter atmete noch, lag aber wie bewußtlos. Leise beugte sich Agnes über die alte Frau und strich ihr jählich über die Stirn.

Es war, als ob die Mutter ihre letzte Lebensenergie noch für ihre Tochter aufgespart. Sie machte die Augen auf. Es kostete ihr Kraft, als wären die Augenlider aus Blei. Mühsam öffnete sie den Mund, brachte aber anfangs nur unartikuliertere Laute hervor.

„Mutter, Mutter,“ rief weinend Agnes, „meine liebe Mutter!“

Mit einer übermenschlichen Anstrengung suchte die alte Frau die letzten Tropfen ihres Lebenswills, mit einer plötzlichen Klarheit sah sie ihre Tochter an. Der Mund bewegte sich wieder und flüsterte leise, aber klar: „Agnes, mein liebes Kind!“

„Mutter, daß ich heute nicht bei dir war. Soll ich dir den Pfarrer holen lassen.“

„Nein, liebes Kind, ich finde meinen Weg allein.“

Wieder umfing die alte Frau eine Ohnmacht. Die Petroleumlampe goß ihr milches Licht, doch es war zum Erdrücken dämpf in dem Zimmer.

Agnes rief die Fenster auf. Sie handelte dämpf nach einem Gebot, daß die entschwebende Seele den Weg hinausfinden müsse.

Kalt und klar, wie ein Lebensseliger, drang die Luft hinein und weckte den letzten Lebensgeist der alten Frau zu einer Klarheit und Frische, die Agnes neue Hoffnung machte.

„Agnes, liebes Kind, ich muß fort von dir. Verrenne dich nicht, bleib immer gut und treu. Verprieß mir in die Hand, daß du nie Gefängnisbrot isst.“

Schluchzend griff die Tochter nach den erkaltenden Händen. Ein untröstlicher Schimmer ging über das Gesicht der alten Frau, ein leichtes Lächeln, „Agnes“ wählte sie auf ihren Lippen formen, doch es erstarb auf halbem Wege.

Frau Wandig war hinübergeschlummert und ließ Agnes allein zurück.

Erst schlüpfte Agnes ein verzweifelltes Schluchzen, bald aber war sie von dem stillen, im Tode so schönen Gesicht ihrer Mutter so überwältigt, daß sie in stillen Weinen fiel.

Sie faltete der Mutter die Hände und drückte ihr die Augen zu.

Nun war sie ganz allein. Ihr Blick schweifte in das Nebenzimmer.


Ein merkwürdiges Verlangen packte sie, sich an die Maschine zu setzen und zu nähen, zu nähen ohne Unterlaß, als müsse dann ihre Mutter wieder „Agnes“ rufen.

Unruhig ging sie auf und ab. Die Stunden flossen dahin. Bald mußte es wieder Morgen sein. Ab und zu beugte sie sich über den Leichnam, ob nicht doch noch ein Fünkchen Leben in ihm wäre.

Neue Verzweiflung schüttelte sie. Das Alleinsein kam ihr schmerzlich-bitter zum Bewußtsein.

Sie griff nach ihren Klaffstern, um Trost zu finden. Sie blätterte in den Schillerischen Gedichten, die ihr in ihrer starken Rhetorik immer soviel gegeben, doch sie spürte, daß sie diesmal auch den Schmerz allein tragen müsse. Sie klammerte sich, wie immer, an ihr starkes Pflichtbewußtsein und machte noch in der Nacht an ihre Geschwister. Bei dem Brief an Dora stieg es ihr bitter auf. Hätte sich Dora nicht einmal hinausfinden können? Ihr Bruder Max schwärzte wer weiß wo in der Welt herum, er hatte seiner Mutter gekanntes Herzeleid genug zugefügt, und doch sprach sie immer noch lieb von ihm.

(Fortsetzung folgt.)



„Wie machen Sie das nur?“
Den ganzen Tag arbeiten Sie so intensiv im Beruf, und trotzdem sind Sie das blühende Leben selbst. — „Sehr einfach: erstens eine Stunde Sport, zweitens acht Stunden tiefen Schlaf — und natürlich den coffeinfreien Kaffee Hag. — Sie wissen ja: Mehr Genuß und gute Gesundheit durch Kaffee Hag.“




...und bis zum 10. Jahre dürfen Sie als besorgte Mutter für die zarte, empfindliche Haut Ihres Kindes nur die milde, reine

NIVEA KINDERSEIFE

verwenden. Nivea-Kinderseife wird nach ärztlicher Vorschrift hergestellt; mit ihrem seidenweichen Schaum dringt sie schonend in die Hautporen ein und macht sie frei für eine gesunde und kräftige Hautatmung.

Preis 70 Pig.




NIVEA-CREME

ist Tages- und Nachtcreme zugleich.

Am Tage schützt sie Ihre Haut vor den schädlichen Einflüssen rauher Witterung. Sie ist überdies hervorragend geeignet als Puderunterlage, da sie ein Verstopfen der Hautporen durch den Puder verhindert; sie läßt aber den Puder haften und später leicht wieder entfernen. Des Nachts wirkt das hautpflegende Eucerit, das nur in der Nivea-Creme enthalten ist, als Hautnähmittel, alle Gewebe verjüngend, kräftigend und pflegend. Runzeln und Falten werden schnell und vollkommen beseitigt.

Dosen RM. 0.20- 1.20 / Tuben aus reinem Zinn 0.60 u. 1.00

Nivea-Creme dringt in die Haut ein u. hinterläßt keinen Glanz.



Mit Kreditberilligung
in 3-6 Monats- oder 32 Wochen-raten!

So schön kleiden

Konfektion

Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidung in stetiger Auswahl

M. Baumgärtel
Königsplatz 9! Durchgang Krämerstr.

2. Volks-Bekleidungs-Woche bei Mettner

Es sind wieder große Mengen neuer, modernster **Ulster und Paletots** aus unseren zwei eigenen Kleidertabriken eingetroffen. Jetzt ist es eine Lust, an unsern frisch aufgefüllten Lägern zu wählen **Für alle** die nicht über einen dicken Geldbeutel verfügen, ist bei uns bestens gesorgt

TEILZAHLUNG
1/4 Anzahlung, Rest in 20 Wochen-Raten.
5 Hauptpreise für Ulster, Paletots, Anzüge:

| | | | | |
|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 39. | 46. | 58. | 69. | 78. |
| Anzahlung 10.- | Anzahlung 11.50 | Anzahlung 14.50 | Anzahlung 17.50 | Anzahlung 19.50 |

Franz Mettner

Eigene Großfabrikation unserer Inhaber

Zeitzer Str. 8, im Hause GDA.



Unsere **Rekord-Leistung:**
Eleganter Ulster aus velourartigen Stoffen, modern Karos, tadelloser Sitz, auf K'Saldo Teilzahlung
nur 58.-

Spielwaren Haus- und Küchengeräte
werden mit einer **Preisermäßigung bis zu 50 Prozent** verkauft im **Konkurs-Ausverkauf** der Firma **Gehr. Arnecke, Leipzig Burgstraße 26 - Laden**
Geschäftszeit: 9-1 und 3-7 Uhr
Der Konkursverwalter **Dr. Korn**

Teilzahlung für jedermann

KREDIT

Sie kaufen zu billigen Preisen Sie zahlen in Raten Sie erwerben Qualitätswaren

In unseren Spezial-Abteilungen: Herren-Damen-Kinder-Konfektion, Schuhwaren - Textilwaren, Möbel jeder Art

Friedr. Grodzinski
Petersstraße 30

Jeder Bücherfreund
bedürft seinen Bedarf an Väter-, wissenschaftlicher und Unterhaltungs-Literatur entweder in der Zentrale oder in den Zweiggeschäften der **Leipziger Buchdruckerei AG**
Haupt- u. Filialgeschäft: Taubertstr. 19-21

1000 Zentner Lebkuchen gratis.
Zwecks Einführung, auch in den weitesten Kreisen, gebe ich für ca. 5.- RM keine Lebkuchen gratis, wenn Sie sofort ein großes Paket echte, feine Nürnberger Lebkuchen, Pfeffer, Pfeffer und Schokoladengebäck, feine Milchschokolade etc. zum spottbilligen Preis von nur 5.00 RM. Nachnahme bestellen. Sie kaufen! Viele Dankschreiben und Nachbestellungen!
Lebkuchen-Fabrik Schmidt, Nürnberg N. 29.

Gewerkschaftliche Anzeigen
Ortsausschuß des V. D. G. B. Leipzig
Volkshaus, Zeitzer Straße 32, Fernruf 340 21

Deutscher Metallarbeiter-Berband, Ortsverwaltung
Leipzig Tel. 34011, 34021 u. 37741 Geschäftszeit norm. Leipzig von 9-12 Uhr, nachmittags 1/2-1/7 Uhr, Sonnabends vormittags 9-12 Uhr.
Schmiede! Heute, Freitag, 19.30 Uhr, findet im Volkshaus **Versammlung** statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Wiedlein über das Volkshaus, 2. Berichtedenes.

Gicht- und Rheumatismus-Tee von **Dr. Zinsor & Co.**
seit Jahren vorzüglich, bewährt Pak. 10 u. 2,50, fast all Apoth. Dr. Zinsor & Co. G. m. b. H. Leipzig 88
25 000 Anerkennungen

Die Einkaufsstätte für Jedermann

A. C. O.
Verkaufs-Firma der Allgem. Credit-Organ, Albertstraße 66

Feinster braun Lack-Damenspangenschuh mit Zierstepperei, Konkurrenzlos in **Qualität und Preis** **8.90**

Die große Mode
Zweifarbige Damenspangen- und Schnürschuh **8.90**
Rahmenarbeit . . . 14.90 12.50

Für Ball und Gesellschaft
Elegante Damen-Lackspangen und Pumps **11.90**
14.90 12.50

Herren-Halbschuh **8.90**
randgenäht, nur gutes Fabrikat mit Lackverzierung

Herren-Halbschuh **8.90**
braun, randgenäht, guter Straßenschuh

Eleganter Herren-Lackschuh **10.90**
für Ball und Gesellschaft 15.90 14.50 12.50

Garantie-Stiefel für Nässe und Kälte **9.90**
mit Doppelsohle, genäht u. genagelt, rein Leder
40-47 36-39 51-55
15.90 13.50 10.50 27-30

Original echt Russenstiefel und Schneeschuh **7.90**
Nur das beste Fabrikat in großer Auswahl



Statt Karten.
Für die wohlthuenden Beweise liebevoller Teilnahme in Wort und Schrift sowie die Ehrungen, die mir beim Hinscheiden meiner lieben, treu sorgenden, unergötlichen Frau **Auguste Becker** zu teil geworden sind, sage ich allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Ehe- und der Schar der Firma Kahle, den Genossen und Genossinnen der Freidenker und des Preisvereins, sowie der Frauengruppe der S.A.D. Thonberg, den Sängern für den erhebenden Gesang und den Hausbewohnern herzlichsten Dank. Insbesondere Herrn Theo Waver für seine tröstlichen Worte am Sarge meinen herzlichsten Dank.
Leipzig, den 16. November 1920.
In tiefer Trauer
Gustav Becker.

Staubsauger
Staubsauger billig
anzuge Mäntel
Hosen usw.
sowie neue bei
Gardaroben
METZGER
Spargasschen 14
am Thüringer Hof.

In Riesmengen zu erstaunlich billigen Preisen

Umschlagschuh 36-42 **1.95**
Niedertreter 36-46 **1.95**
Ohrenschuh 18-20 **75**

Filiale: **Merseburger Str. 35** **ist und bleibt Schuh-Becker**

Filiale: **Kirchstr. 89** Hauptgeschäft: **Poststraße 15**

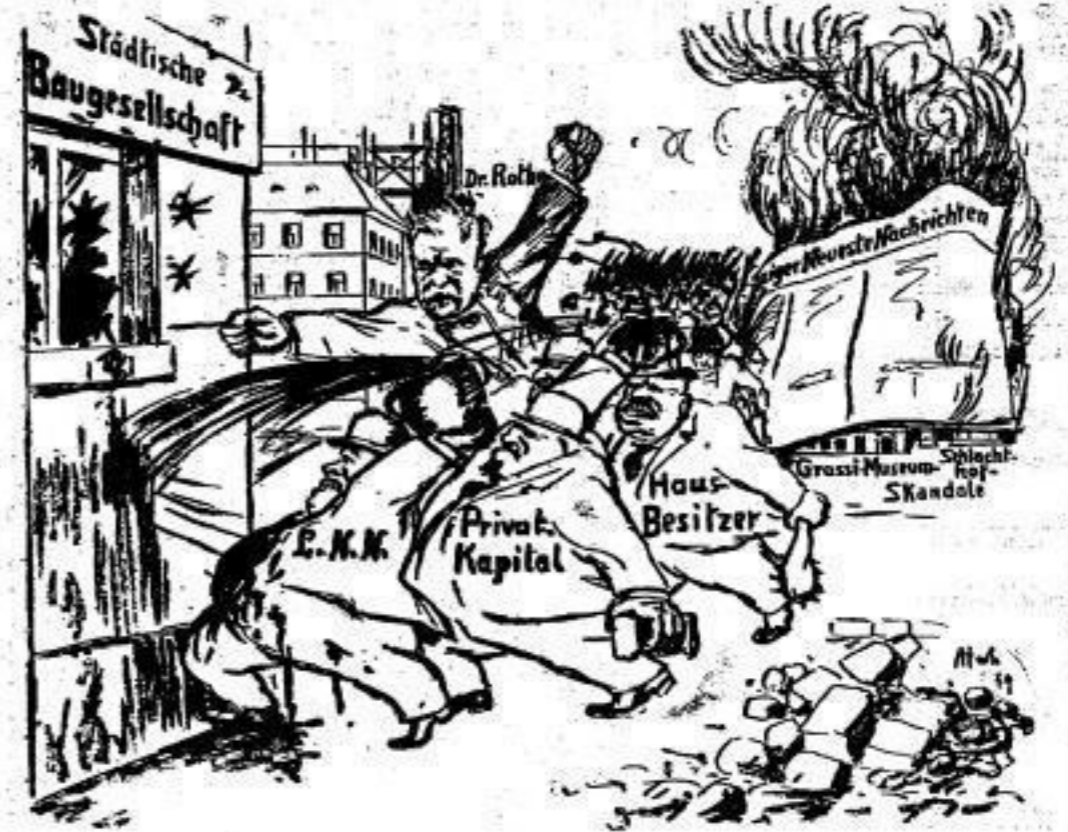
Filiale: **Hallische Str. 130**

Novemberstürme



Leipziger Volkszeitung

Kampfbeilage für die Gemeindewahlen am 17. November 1929



Sturm auf die Regiebetriebe. Der Ober voran

Der Totentanz der Ratsruinen

Leipziger Oberbürgermeister als Weinpfeifenbläser

Eine delikate Anfrage

An den Rat der Stadt Leipzig!

Das Ministerium des Innern hat auf die Aufforderung der sozialdemokratischen Stadterordnetenfraktion wegen der unbefugten Gewährung eines Betrages von 6000 Mark an Herrn Stadtbaurat Peters für die Kranzbeiletzung eines andern Stadtbaurats festgesetzt, daß ein rechtswirksamer Beschluß zur Gewährung

des Betrages nicht vorliegt. Der Rat hat die Stadterordneten bisher ohne Mitteilung darüber gelassen, ob die Auszahlung des Betrages an Stadtbaurat Peters trotz der Entscheidung des Ministeriums unbeanstandet geblieben ist, und wenn dies der Fall sein sollte, aus welchen Mitteln der Betrag gezahlt worden ist. Da nach der Entscheidung des Ministeriums des Innern der Betrag nicht gezahlt werden darf, wird der Rat ersucht, den Stadterordneten umgehend darüber Mitteilung zugehen zu lassen.

Wieder, das ist ein kommunalpolitischer und sozialer Fortschritt, dessen Höhe und schnelle Verwirklichung ein Beispiel bietet, das Paris gut läßt, nicht aus den Augen zu verlieren."

So urteilt ein führender Kommunalpolitiker des Auslandes, der eigentliche Oberbürgermeister von Paris über die Leistungen der Berliner Stadtverwaltung. Sein Urteil ist um so interessanter und wertvoller, als er kein Sozialist ist, sondern durch und durch ein Bürgerlicher, dem die planmäßige

soziale Kaufarbeit der Berliner Bevölkerung abgerungen hat. Sein Zeugnis kann uns, denen das Hauptverdienst an diesen Leistungen gebührt, mit Genugtuung und Stolz erfüllen. Es ist zugleich höchstwertig für die Körpermänner, die das „rote Berlin“ beschimpfen, die die geleistete Arbeit leugnen, um ihre eigene Profügier zu verschleiern. Die die sozialdemokratischen Gemeindevorstände entweder als moralische Lumpen oder unqualifizierte Verwaltungsschuster oder Gerächtsläger hinstellen, nur weil sie ihre privilegierte Futtertrippelstellung wieder erlangen möchten.

Gesetzgebung gegen Gemeindevirtschaft

Der preussische Handelsminister für Regie und Droffkung und Treuhandkontrolle der Gemeindeverwaltung

In Rahmen eines großen politischen Vertrages in Hannover über „Politische und wirtschaftliche Notwendigkeiten“, führte der preussische Handelsminister Dr. Schreiber u. a. folgendes aus: Wenn das deutsche Bürgertum die Stellung im Staat behaupten will, daß die es durch seine kulturelle und wirtschaftliche Leistung Anspruch hat, so ist es notwendig, daß sich alle diejenigen zu einer großen Partei zusammenfinden, die auf der Grundlage einer republikanischen Staatspolitik für eine reale Lebenspolitik, für eine liberale Kulturpolitik und eine das Privatigentum und die Unternehmungskraft fördernde soziale Wirtschaftspolitik zu arbeiten bereit sind.

Die Quelle der unerfreulichen Korruptionsercheinungen, die wir in Berlin und andernorts erlebt haben, ist das Uebermas von gemeindlicher Wirtschaftsbetätigung. Es ist nicht notwendig, daß die Gemeinden über die Versorgungsbetriebe hinaus sich an allen möglichen Wirtschaftsbetrieben betätigen. Es ist zu hoffen, daß die in die Wege geleiteten Befreiungen zwischen den zuständigen Regierungsstellen, dem Deutschen Städtebund und den Berufsvertretungen der Wirtschaft zu einer klaren Abgrenzung des Gebietes der Gemeindevirtschaft führen. Sollte das nicht der Fall sein, darf die Gesetzgebung nicht zögern, auf diesem Gebiet zu einschneidenden Bestimmungen zu gelangen. Es ist ferner notwendig, daß die gemeindliche Wirtschaftsbetätigung weit durchsichtiger gehalten wird als bisher. Der Bürger hat ein Recht darauf, die Wirtschaft seiner Gemeinde in ihrer Gesamtheit überblicken zu können. Und genau wie die Verwaltung von Reich und Ländern durch die Einrichtung von Oberrechnungs- und Oberrechnungsausschüssen neben der Kontrolle des Parlaments bis ins einzelne geprüft wird, so erscheint es erforderlich, daß auch die Verwaltung der Gemeinden und namentlich ihre Wirtschaftsbedarfe einer härteren Kontrolle unterstellt wird. Eine Eingrenzung

der Selbstverwaltung ist darin nicht zu erblicken. Es ist nicht notwendig, daß diese Kontrolle durch vermehrte staatliche Aufsicht erfolgt, die gar nicht in der Lage ist, dieser Aufgabe gerecht zu werden. Die großen Vereinigungen der Gemeinden sollten vielmehr sich bemühen, ob es nicht möglich wäre, zentrale und unabhängige Treuhand-Organisationen zu schaffen, denen diese Prüfung unter Mitwirkung berufener Gemeindevorstände anvertraut werden könnte. Ich glaube, daß durch diese Einrichtung die Atmosphäre bereinigt werden könnte, die gegenwärtig die Gemeindepolitik schwer belastet.

So berichtet der demokratische Professionsist. Er sowohl wie der preussische Handelsminister verhalten mit ihren von Allgemeinwohlwünschungen trübenden Worten nur schlecht, wie sehr sie die Regierlichkeit der Gemeinden zu lassen beginnen. In ihrem Selbstweien hat die wirtschaftliche Entwicklung Bahnen eingeschlagen, auf denen auch die Gemeindevirtschaft als Nährmutter eines großen Teiles der Privatwirtschaft nicht mehr entbehrt werden kann. Dadurch sind die Herrschaften in die peinliche Lage gekommen, nicht mehr überblicken zu können, was der Privatwirtschaft zutrifft. Am liebsten möchten sie ihr alles ausliefern. In der kapitalistischen Gesellschaft aber freisen die Großen die Kleinen. Das demokratische Bewußtseinst aber erschwert es den Großen, die Gemeinden zu beherrschen. Und die Kleinen wissen nicht, ob sie mit ihnen oder gegen sie anzuhängen sollen. Die Schlussfolgerung ist, den Einfluß der überhaupt nicht privatwirtschaftlich interessierten Kreise der Bevölkerung zu stärken. Das wird weder die große noch die kleine Profügier die Massen überteuern. Dann erst wird es möglich, die Produktion mit energischeren Schritten in das Jahresspinner der Bedarfsdeckung und der Volkswirtschaft zu leiten.

Aus dem Paradies der freien Wohnungswirtschaft

Mein Parteisekretariat für Groß-Leipzig ging folgendes Schreiben ein:

Bester Genosse Wilhelm!

Seute früh machte ich Dir Mitteilung betreffend der Jagdmachmeister Wohnungsbauteil. Ich habe mich inzwischen genau erkundigt. In dem Hause Straße des 18. Oktober Nr. 11 findet eine 5-Zimmer-Wohnung mit Bad, Dachkammer und Bodenkammer, Dampfheizung und Fahrstuhl 4000 bis 5000 Mark Miete pro Jahr. Außerdem ist ein Balkon zuzufügen von 10000 bis 14000 M. zu leisten. — Wenn auch überhand Einrichtungen vorhanden sind, die ein einfacher Haushalt nicht braucht, so ist der Preis für eine Wohnung von 120 bis 140 Quadratmeter Wohnfläche

reichlich hoch. Es zeigt, wohin wir kommen, wenn die „freie“ Wohnungswirtschaft eingeführt wird. Jedenfalls kann unseren Hausgenossen mal die Leistungsfähigkeit des privaten Wohnungsbauers unter die Nase gerieben werden.

Mit Parteigrüß

(folgt Unterschrift)

Der Schreiber hat recht. Die ihm abgeforderten Mietfüße zeigen, wohin die Hausbesitzer und sonstigen Freunde der Wohnungsbewirtschaftung feuern wollen. Den Mietern soll der Rücken belastet werden, daß die Knochen krachen!

Stopft den Mietzahn den klammerfalten Kragen, aber nicht mit fetten Mieten, sondern für immer!

Wählt Sozialdemokraten! Liste 1

Taffen, ob der Beitrag der Stadtkasse wieder
aufgeführt werden soll.

Die Stadtoverordnetenfraktion der SPD.
Mit dieser Anfrage der sozialdemokratischen Stadtover-
ordnetenfraktion wird dem Herrn Oberbürgermeister einmal auf
den Zahn gefügt, was er denn nun eigentlich getan hat, um
die 6000 Erhaltungsmacht, die er Herrn Stadtrat Peters zu-
schlangte, wieder in die Stadtkasse zurückzuführen. Bisher hat
er die Rüge der übergeordneten Behörden ignoriert. Er hat
sie ebenso hübschneigend eingestrichelt, wie der Stadtrat Peters
„seine“ 6000 Mark. Keiner hat bisher einen Finger krümmen
gemacht, um das unrechte Gut wieder zurückzuföhren.

Es stinkt im Rathaus

Doch die Hoffnung, daß der Jahr der Zeit über diese läse
Geschichte auch mal wieder Gras wachsen lassen werde, ist bis-
her nicht in Erfüllung gegangen. Die Neue Leipziger Zeitung
behaupete, wie wir schon gestern berichteten, daß Stadtrat
Peters wegen Arbeitsunfähigkeit um seine Pensionierung ein-
gekommen ist. Sie fügt noch hinzu, daß der Oberbürgermeister
die Pensionierung verzögere.

Nicht nur dem Stadtrat Peters, sondern auch, worauf wir
schon vor Monaten ohne Namensnennung hinwiesen, dem
Stadtrat Dr. Köhner erging es so.

Hebrigens scheint es, als habe auch die Neue Leipziger Zeitung
bereits ein lautes, unappetitliches Wort in der Oberbürger-
meisterlichen Suppe von der verwaltungsmäßigen Vorbildung
gefunden. Denn das Blatt schreibt neben dem schon gezeig-
ten von uns Zitieren:

„Eins aber wird man schon heute betonen müssen, daß
die Ergänzung des Ratkollegiums unter dem Gesichtspunkt
erfolgen muß, nur Männer von anerkannter Tüchtigkeit und

Eignung auszuwählen; denn die besten Männer sind für
Leipzig gut genug.“

Dies ist nun verwaltungsmäßige Vorbildung nicht die
Rede. Man weiß allerdings nicht, ob die Neue Leipziger Zeit-
ung das so gemeint hat. Dieses monatlich demokratisch schil-
dernde Blatt zeichnet sich ja nicht so sehr aus durch die Konse-
quenz dessen, was es sagt, als durch das konsequente Verhwei-
gen dessen, worauf es ankommt. Der Ober hat trotz seiner
„verwaltungsmäßigen Vorbildung“ die Stadt schon oft mit
schwerem Schaden hineingerastelt.

Gerade zu der Zeit z. B., als der Ober den Gesundheits-
zustand des Stadtrats Peters auf 6000 Erhaltungsmacht
herunterdrückte, erwagten sich in dem von Peters ver-
serrten Deputat die handstehenden Uebertreibungen im
Sich- und Schlaflosigkeits-Anbau, für die die Stadtkassen
mit etwa vier Millionen Mark büßen mußten.

Wenn der Oberbürgermeister mit seiner „verwaltungsmäßigen
Vorbildung“ für die Schäden, die Leipzig unter seiner ge-
wöhnlichen kommunalen Führung erlitten magte, gerade diese
müde, würde er weniger auf gestempelte „Vorbildung“ als auf
gesunde Verwaltungsvornunft setzen. So aber nimmt er seine
Rücksicht darauf, daß ein von Alter und Krankheit geschlagener
Mann unmöglich den tausenden Betriebsführern einer Groß-
verwaltung gewachsen sein kann. Mag die Stadt dabei um
Millionen geschädigt werden. Mag die Verwaltung tollends
verloren. Nichts gibt! Dogmatisches Kommandiert der
Ober. Rücksichtslosigkeit ist sein Hauptcharakterzug, und wenn
der von ihm erzwungene Totentanz der Ratstraten die Stadt in
Schutt und Asche legt. Der Ober läßt wie ein halbblinder
Totentanzmusiker auf einem Scheitelschwan, und alle, alle
müssen tanzen. Aber die delikate Anfrage der Stadtover-
ordnetenfraktion wird ihm doch einiges Kaputtbrechen machen.
Und auf die Antwort darf man gespannt sein. Der Ausgang
der Wahl am 17. November wird darauf allerdings auch sei-
ne Wirkung ausüben.

Die Meute rast

Die bürgerlichen Parteien wollen absolut beweisen, daß
sie nicht minder „tüchtig“ sind wie die Kommunisten im Ver-
leumdern der SPD. Jeden Tag ein neuer Schwindel. Sie
alle richtigzustellen, ist nicht möglich. Nichts ist auch nicht
möglich. Denn wer das Zeug alles gläubig hinnehmen soll, der
mag auch schon so autoritätslos sein wie die Lügenführer
in der SPD oder politisch so naiv und „verwaltungsmäßig
vorgebildet“ wie der Herr Oberbürgermeister Dr. Köhner.
Nicht, um dagegen zu polemisieren, sondern nur, um unseren
Lesern eine Probe von der Güte bürgerlicher Bürgerlichen-
Wahlmoral zu geben, seien hier ein paar Sätze aus einem
Artikel der SPD zitiert. Die Sozialdemokratie ja bedrohen,
ist nicht nur bei den Kommunisten, sondern auch in den
„besseren Kreisen“ modern.

Die Sprache der Gasse

Es klingt auch den Her- und Hinforten wie Sphären-
musik in den Ohren, wenn sie schreiben und lesen:

„Man mag sich zu den inner- und außerpolitischen
Sorgungen der letzten Wochen, besonders zum letzten Volks-
kongress, stellen wie man auch immer will, was der jetzige
Reichsinnenminister — und der preussische Innenminister
in seiner Personhaft dazu — sich an Terror leistete,
dünnte geradezu bei einem Nisternisch des vergangenen
Jahrhunderts Bewunderung erwecken. Die neuen Herren
Wahlhüter kennen nur die Freiheit, die sie meinen. Diese
besteht nur so lange, bis sie selbst durch deren Gebrauch an
die Macht gelangt sind. Kein Terror und keine „reaktionä-
re“ Maßnahmen ist ihnen genug, wenn sie dazu dienen
soll, den „berzwickten“ Ministern ihren Kubel in den
pöblichen Antikörper zu erhalten. Die Dienstreise werden
sie auch nicht verachtungsvoll von sich weisen, wie mild
sie sich auch immer gebärden, wenn ein bürgerlicher Hoch-
mann als Oberbeamter eine entsprechende Vergütung er-
hält. Es gibt eben — heute weniger denn je — keine Frei-
heit schiedlich mehr, sondern nur noch die, die Bonzen und
Sozialminister angenehm und zur Erhaltung ihres Postens
braucher ist.“

Das ist die Sprache der Politiker der Gasse, die Sprache
derer, gegen die noch Schiller die Fächer selbst vergebens
kämpften. Der Befehl der Selbstschreiber der SPD lautet:
Bekämpfe die SPD. Vernagelt die Hirne der Wähler. Macht
sie so dumm und dumm, daß sie die Verleumdung bürgerliche
wählen. Man glaubts erreicht. Deshalb führt man fort:

Solcher Gehirngestalt wird auch bekämpft in
das Leipziger Rathaus einzeln, wenn der Stadtrat
„rot“ zusammengeführt sein wird. Verleumdert werden dann
auch in Leipzig nur rote geistungsstüchtige Beamte wer-
den, hervorgehobene Stellen werden nur noch rote Par-
teischmücker bekommen. Allgemeine Gesundheit in „Ro-
t“ kann einziehen, sofern nicht noch die aufrechten Charak-
tere in der Beamtenhaft ihrer alten Beamtenansprüche
treu bleiben und selbst wirtschaftliche Hintertreibung nicht
schemen. In den Zeiten wirtschaftlicher Krise unterliegen
schwache Charaktere den roten Ehrenentwürfen leider nur
zu leicht. Schon diese Verleumdungen, auf Grund des
Parteiliches „etwas“ zu werden, ist Skandal und
Korruption.“

Das klingt ziemlich hoffnungslos. Fast scheint es, als
gäbe man die Partie bereits verloren. Uns soll es recht sein.

Wie man die Frauen gegen die Männer aufhetzt

Doch weil es so leicht tödlich ist, was bürgerliche Wahl-
strategie glaubt den Wählern, besonders den Frauen, ge-
winnen zu können, noch ein paar Sätze aus einem Flugblatt
an die Mütter.

Frau, deine Macht ist riesengroß! Nimm du das Ganze:
Ehr, Arbeit, Wohlstand. Nimm du die Holzgespenker, die
am Sonntag über dich und uns herabjubeln dröhen!
Soll dein Mann, dein Vater, soll der Mann, den du lie-
st immer lücheln — soll er eines Tages kommen, müde und ver-
zweifelt, mit dem einen kalten Satz auf seinen Lippen:
„Ich bin abgerban!“ Denk daran, daß Weibmacht kommt!
Denke an den ersten Januar, den schwarzen Tag der Kin-
digungen. Denke an die neuen Strazern, an die neuen

Mieten, an die Lebensmittelpreise — tausend Sorgen wer-
den dich erschlagen, wenn am Sonntag die Sozialisten
sagen. Alles wird zusammenbrechen, wenn die Sozialisten
weiterhin Millionen nur für Experimente in die
Welt verpuffen dürfen. Wir verlangen alle bessere Wohl-
fahrtspflege, neue Schulen — aber erst, wenn wir es leisten
können. Nicht, wenn dadurch Schulden über Schulden unsere
Stadt dem Abgrund nahebringen.

Es muß doch sehr jämmerlich in dem Jahr der bürger-
lichen Wahlkämpfe aussehen, sonst würden sie sich mit solchen
Bühnen nicht herausgetrennen. Doch zur Klarheit gestellt
sich die Aufhebung der Männer gegen die Frauen. Mutter,
komm und wähle bürgerlich. Dein Mann braucht das ja
nicht zu wissen. Dein Mann könnte die Demagogie der ver-
einigten Bürgerliste durchschauen.

Sprich nicht von deinem Einfluß! Folge deinem Her-
zen undereit — selbst wenn dein Mann, das ewig große

Kind, etwas anderes will. Gehe hin und tue dir und groß
das Gute! Stimme für die Männer, die allein die öffent-
liche Wirtschaft in den Händen haben. Stimme für die
Frauen, die für dich im Matsch stehen. Frauen, die du
immer, wenn du Sorgen hast, sprechen oder denen du stets
schreiben kannst. Hör auf uns und glaube uns: alles droht
zu klagen — alles liegt in deiner Hand!

Frauen, werdet ihr diesen Kastenlängergeiern Gehör
schenken? Werdet ihr einer Wahlkämpfergesellschaft, die
auch in politischen Gegenjag mit eurem Mann bringen will,
Gehör schenken? Werdet ihr nicht, wenn diese feinen
Beratungen euch führen wollen? Nicht dem Mann sollt ihr
vertrauen, mit dem ihr alles Elend, das kapitalistische Wirt-
schaftsordnung bringt, teilen müßt, nicht mit ihm sollt ihr
eure Seite an Seite gehen, sondern mit denen, die eure Stim-
me gegen euch und euren Mann nicht brauchen wollen. Gebt
diesen Besen, was sie verdienen. Nicht eure Stimme, son-
dern einen Fohrt.

Lügen haben kurze Beine

Pariser Kommunalpolitiker über die Gemeindeverwaltung durch die nicht „verwaltungsmäßig vorgebildeten“ sozialdemokratischen Verwaltungsorgane in Berlin

Kampfbatt bemühen sich mit vereinten Kräften Deutsch-
nationaler, Kommunisten und Sozialistischer die tatsächlichen
Grundlagen des Kommunalwahlkampfes unter einer Reihe
von Schmeiß und Verleumdung zu orteben. Von Berlin aus
wird über das ganze Land das Schlagwort „Einsatz-Korrupti-
on“ aus voller Lunge hinausgebrüllt, besonders von den
Kommunisten und Deutschnationalen, die durch ihre Gängel und
Brah, ihre Verzerrung und Degener am tiefsten in diesem
Sumpfe stehen. Dadurch soll die Aufmerksamkeit der Wähler
von den großen Problemen abgelenkt werden, um die es bei
der Entscheidung vom 17. November in Wirklichkeit geht. Eine
gemeine und blöde Differenzierung der Berliner Stadtver-
waltung soll die tatsächlichen kommunalpolitischen Leistungen
vergesen lassen, die gerade Berlin in den letzten Jahren unter
sozialdemokratischer Führung erzuochen hat.

Kürzlich erschien in Paris eine offizielle Denkschrift, die
nach eingehendem Studium der Berliner Gemeindeeinrich-
tungen an Ort und Stelle von französischen Kommunalpoli-
tikern verfaßt worden ist. Der Verantwortliche dieser Den-
kschrift ist der Präsident des Pariser Gemeinderates Remar-
chand, ein Angehöriger des nationalen Blocks, also kein Sozial-
ist. Aber er hat den Mut der Objektivität, den weder der
Leipziger Oberbürgermeister, noch die bürgerliche Presse inner-
halb und außerhalb Leipzigs aufbringen.

In dem einleitenden Kapitel der Denkschrift, das die ge-
sammelten Erfahrungen zusammenfaßt und das vom Präsi-
denten Remarchand redigiert ist, heißt es:

„Unser Bericht über Groß-Berlin kann als Gesamtge-
bilde unserer Wahrnehmungen gewertet werden. Es muß
bei dieser Gelegenheit betont werden, daß die Angliederung
der Gemeinden, die um die ehemalige Stadtgemeinde her-
umlagen, durch die Republik bewerkstelligt werden konnte,
während die kaiserliche Regierung dies nicht vermocht hatte.
Wie dem auch sei, wurden die hauptsächlichsten Ausdehnungs-
arbeiten — Straßenbau, Wasserversorgung, Hygiene, Be-
leuchtung, Parks — unter außerordentlich billigen Ver-
einstimmungen durchgeführt. Unter Ausnutzung der in einem
bestimmten Zeitpunkt erhaltenen Entlohnung der Stadt hat
die Berliner Kommunalverwaltung dieses weiche Kapital
fertiggestellt. Es muß allerdings auch hervorgehoben wer-
den, daß eine beträchtliche Kräfteanstrengung geleistet wurde,
um im Rahmen der Möglichkeit die Wohnungsfrage zu lösen,
um der arbeitenden Bevölkerung bessere und billiger Woh-
nungen zu erhaltungsreichen Preisen zu verschaffen.“

Im weiteren Verlaufe der Denkschrift wird darauf hin-
gewiesen, wie in Deutschland unter den neuen politischen Ver-
hältnissen und durch den vermehrten Einfluß der darben-
den Bevölkerungsschichten auch der Wohlfahrtsfrage in den Ge-
meinden ein weites Feld gegeben wurde. Wörtlich lesen wir
dortüber u. a.:

„Ob in Berlin, in München oder in Hamburg — alle
Probleme des bürgerlichen Lebens: Trinkwassererzeugung,
öffentliche Verkehrsmittel, Gesundheitswesen, bürgerliche
Bekleidung und vor allem Wohnungsbau, beherrschen
gegenwärtig die Geißten einer jeden Großstadt.“

Am nun die Probleme zum Besten des allgemeinen
Wohles einer Bevölkerung zu lösen, die in jeder Großstadt
täglich wächst, und um dieser Bevölkerung das Magi-
n um von Wohlstand und Komfort zu ver-
schaffen, haben überall in Deutschland die Ingenieure,
Architekten, Gelehrten, Erziehungssystematisch Fortschritte
geschafft und die technische Anwendung dieser Fortschritte
organisiert. Am besten läßt sich die Wahrheit dieser Behau-
ptung erweisen, wenn man die Entwicklung Groß-
Berlins studiert, die allen übrigen deutschen
Städten als Muster dient.“

Wja: Am besten sind alle diese Probleme in Berlin ge-
löst. In dem Berlin des sozialdemokratischen Einflusses. In
dem Berlin der Verwaltung nicht „verwaltungsmäßig vor-
gebildet“ Parteibeamten. Der Verfasser dieses Teiles
der genannten Denkschrift bemerkt ausdrücklich: Nicht ein-
zelne spezialisierte Fortschritte oder spezialisierte private
wirtschaftlich interessierte Verbände hätten diese Arbeit
geleistet, sondern die Zusammenfassung aller Fähigkeiten und
aller Organisationen“. Mit einem Satz empfiehlt der Präsi-
dent des Pariser Gemeinderates, daß auch die französische
Hauptstadt in Zukunft sich „als bereit rationelles und kluges
System“ aneignen möge.

Remarchand faßt in seinem Schlußkapitel seine Eindrücke
zusammen und faßt dabei über die Entwicklung der Berliner
Gemeinden, Parks und Promenaden u. a. aus:

„Die Deutschen haben es verstanden, mit viel Geschick-
lichkeit die Gelegenheiten auszunutzen, die ihnen die Topo-
graphie der Umgebung bot. Ohne allzu große Kosten wurde
ein klug ausgedachtes Programm größten Maßstabes durch-
geführt und ergänzt: Spiel- und Sportplätze, Wasserpar-
kellen, Strand- und Sommerbäder, Fließschiffbahnen,
Park-Restaurants und Waldkonzerte ziehen die Berliner
Bevölkerung an, die sich dort erholt, erfrischt und tummelt,
ohne gewissermaßen die Stadt zu verlassen. Die Berliner
Kommunalbehörden haben sich von diesem elementaren
Grundjah leiten lassen, den man gut tät, überall sonst
zu befolgen: daß nämlich eine täglich an Bevölkerung zu-
wachsene Stadt immer mehr Hygiene, immer
mehr Komfort, immer mehr Gelegenheit zur körper-
lichen Betätigung und immer mehr Lebens-
freude sichern muß, besonders der arbeitenden Be-
völkerung und den kinderreichen Familien,
die sich weite Kreise und Modelle nicht leisten können.“